

faschistischer Methoden gegen die Arbeiterklasse sind die „Demokraten“. Die sozialdemokratische Führung brachte es nicht fertig, eine feste Koalitionsregierung zu bilden, weil das Trustkapital zu harte Bedingungen an sie stellte. Die innerparteilichen Voraussetzungen in der Sozialdemokratie waren damals für die Annahme solcher Bedingungen noch nicht zur Genüge geschaffen. Deshalb versuchte sie, sich eine gewisse Manövriermöglichkeit zu bewahren, damit Schritt für Schritt der sozialimperialistische Kurs bis hinunter zur untersten Parteiorganisation durchgesetzt werden konnte.

Der erste Schritt zur direkten Eingliederung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die Politik des Trustkapitals war die Unterstützung und die Praktizierung der kapitalistischen Rationalisierungs-, Schlichtungs- und Konjunkturpolitik. Besonders 1927 versuchten die reformistischen Führer den Arbeitern zu beweisen, daß im Interesse der Erweiterung des Innenmarktes Streikbewegungen nicht geführt werden dürfen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften müsse sich auf den Druck auf Staatsapparat und Unternehmerorganisationen beschränken, damit auf dem Verhandlungswege Lohnerhöhungen erreicht werden. In den Beschlüssen des ADGB wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Höhe der Lohnforderungen und die Taktik bei den Lohnbewegungen den Konjunkturinteressen der kapitalistischen Wirtschaft untergeordnet werden müssen, weil eine Verschlechterung der Konjunktur, die infolge zu hoher Lohnforderungen oder als Ergebnis großer Arbeitskämpfe eintreten könnte, zu einer Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter führen würde.

Der Widerspruch zwischen der proimperialistischen Politik des Parteiapparates und den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiter trat am klarsten bei den Fragen der imperialistischen Rüstungspolitik in Erscheinung. Die Unterstützung der kapitalistischen Wehrpolitik war die notwendige Konsequenz der reformistischen Wirtschaftspolitik. In dem Maße, wie die Grenzen des Innenmarktes klarer in Erscheinung traten und infolge der kapitalistischen Rationalisierung der Kampf um den Absatz auf dem Weltmarkt zur zentralen Frage wurde, mußten die Sozialdemokraten offener die Konsequenzen ihrer reformistischen Wirtschaftspolitik ziehen. Während die Severing, Leipart und Co.

die Reklametrommel für „Deutschlands Weltgeltung“ rührten, mußten sie notwendigerweise auch offen die kapitalistische Zollpolitik und die Rüstungspolitik verteidigen. So wurde unter Führung der KPD der Kampf gegen den Panzerkreuzerbau zum Signal des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik des deutschen Trustkapitals und der Sozialdemokratie.

Dieser Kampf um den Panzerkreuzerbau ist nichts anderes als der Ausdruck der verschärften imperialistischen Gegensätze im Weltmaßstab und insbesondere der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Deshalb sind die Lehren der Panzerkreuzerkampagne der KPD von großer Bedeutung für die gesamte Komintern. Im Gegensatz zu anderen Kampagnen (zum Beispiel Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung) stand im Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik, gegen die imperialistische Kriegspolitik für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion die KPD allein gegen die Front vom Trustkapital bis zur Sozialdemokratie. Die Kraft der Partei reichte zu Beginn der Kampagne noch nicht aus, die proletarische Einheitsfront von unten in Form der Schaffung von Kampforganen oder Ausschüssen gegen Panzerkreuzerbau und imperialistische Kriegspolitik zu bilden. Teile der Partei hatten die Veränderung der Lage und die Bedingungen des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik noch nicht erkannt, sondern glaubten, durch Abschwächung unserer Losungen eine breitere Basis für den Kampf gegen die Front von Trustkapital und Sozialdemokratie zu erhalten. Statt dessen erforderte die Situation die schärfste Herausarbeitung der kommunistischen Grundsätze und die Aufzeigung der Zusammenhänge zwischen den Auswirkungen der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Staatspolitik in den ökonomischen und politischen Tagesfragen und der sozialdemokratischen Panzerkreuzerpolitik.

Die weitere Entwicklung des Kampfes gegen die Panzerkreuzerpolitik beweist, wie notwendig es ist, im Kampf gegen die Sozialdemokratie die Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus klarer herauszuarbeiten, um die Arbeiter davon zu überzeugen, daß Schlichtungswesen, Polizeiterror, Stärkung der Staatsgewalt, Änderung des Wahlrechtes usw. Bestandteile der Kriegsvorbereitungen sind, und daß es notwendig ist, das Proletariat wehrhaft zu machen durch Organisierung von Klassenkampforganen, durch

Organisierung von Streikbewegungen gegen Schlichtungssystem und Gewerkschaftsapparat, durch Schaffung von Selbstschutzorganen gegen Polizeiterror und staatlichen Streikbrecherschutz, durch Zertrümmerung des Reichsbanners und Stärkung des Roten Frontkämpferbundes.

Gleichzeitig ist es nötig, gegenüber den Phrasen der „linken“ sozialdemokratischen Führer die Kampfbedingungen und Kampfaufgaben nach Kriegsausbruch zu diskutieren. Das sind die Fragen der Organisierung von Massenstreikbewegungen, die Bedeutung der politischen Arbeit in der Armee, die Verbrüderung der Arbeiter an der Front, die Notwendigkeit des illegalen Kampfapparates, die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg durch Steigerung der Massenstreikbewegungen zum Aufstand, die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion. Angesichts des wachsenden Widerstandes der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Panzerkreuzerpolitik schiebt die Sozialdemokratie ihre linke Schulter in den Vordergrund, um die Arbeitermassen zu täuschen und die Abwanderung von der Sozialdemokratie zu verhindern. Es ist deshalb besonders notwendig, daß auf dem bevorstehenden Parteitag auf Grund der Erfahrungen der Panzerkreuzerkampagne die Partei auf eine prinzipielle Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und insbesondere gegen ihre linken Phrasenhelden eingestellt wird.

Seit dem Essener Parteitag haben sich im Prozeß der Verschärfung des Klassenkampfes die Methoden der Anwendung der Einheitsfronttaktik klarer herauskristallisiert. Es war für die Orientierung der Partei symbolisch, daß auf dem Essener Parteitag sozialdemokratische und parteilose Betriebsarbeiter ihren Willen zur aktiven Unterstützung der Politik der KPD bekundeten. Rechte und Versöhnler haben später über diese Kundgebung gehöhnt, weil es nicht sofort gelang, organisatorische Formen der proletarischen Einheitsfront auf Massenbasis zu entwickeln. Das wurde erst in den großen ökonomischen Kämpfen im Ruhrgebiet, an der Wasserkante usw. erreicht. In allen diesen Bewegungen wurde die Einheitsfronttaktik ausschließlich von unten angewendet. Die offen sozialimperialistische Rolle der Sozialdemokratie, ihre Entwicklung zu einem Bestandteil des kapitalistischen Staatsapparates sowie die Spaltungspolitik des Reformismus in

den Massenorganisationen der Arbeiter macht ein Herantreten an die sozialdemokratischen Leitungen sinnlos. Eine solche Maßnahme würde eine Ignorierung der Erfahrungen der Arbeitermassen und eine Verschleierung der bürgerlichen Klassenpolitik der Sozialdemokratie bedeuten.

In der Zeit nach dem Essener Parteitag versuchte die Partei in den ersten größeren Wirtschaftskämpfen durch die Wahl gewerkschaftlicher Streikleitungen den Einfluß der Bürokratie zu brechen und die Voraussetzungen für den Kampf gegen das Schlichtungswesen zu schaffen. Entgegen den von den Reformisten eingesetzten „Streikleitungen“ wurde also das Hauptaugenmerk auf die Verwirklichung der proletarischen Demokratie unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb gerichtet. Die zunehmende Aktivität der Unorganisierten und die offene Streikbruchpolitik des reformistischen Apparates lehrte aber, daß es notwendig ist, in der Vorbereitung und Durchführung von Bewegungen von vornherein selbständige Einheitsfrontorgane der Arbeiter zu bilden, die von allen Arbeitern des Betriebes, den organisierten und den unorganisierten, gewählt werden.

In den letzten Monaten, wo ein weiterer Konjunkturabstieg und eine zunehmende Aktivität der Arbeiterklasse zu verzeichnen sind, gehen die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfer immer mehr zur Anwendung faschistischer Methoden gegen die Arbeiterklasse über. Polizeiverbote und Gummiknüppelattaken gegen streikende Arbeiter sind das Symbol der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Unter diesen Bedingungen des verschärften Klassenkampfes wären auch kleine, scheinradikale Manöver der Sozialdemokratie geeignet, die Linksentwicklung der Arbeiter zu begünstigen. Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie der Sozialdemokratie heute nicht mehr solche Manöver erlaubt wie im Jahre 1927. Am klarsten kam dieser verstärkte Druck der Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie im Ruhrkampf zum Ausdruck. Die Nichtdurchführung des Wissell-Schiedsspruchs durch die Ruhrindustriellen und die Tatsache, daß der Sozialdemokrat Severing, entsprechend den Forderungen der Industriellen, einen neuen Schiedsspruch fällen mußte, zeigt, wie das Trustkapital die Sozialdemokratie zur vollen Verantwortung für die kapitalistische Politik heranzieht. Ebenso

charakteristisch ist der Abschluß des Werktarifs zwischen den Bürokraten des Textilarbeiterverbandes und der Direktion des Trusts der Norddeutschen Wollkämmerei.

Während es der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten immer weniger gelingt, die Arbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Bestimmungen und dem Schlichtungssystem am Kampf für ihre Forderungen zu hindern, versuchen sie mit Hilfe des Polizeiterrors von vornherein die revolutionären Bewegungen im Keime zu ersticken und durch Demonstrationsverbote, Presseverbote, Vorbereitung von Organisationsverboten und dergleichen die Bewegung zu unterdrücken. Während in der Zeit vor dem Ruhrkampf vorwiegend ökonomische Kämpfe geführt wurden, sehen wir jetzt ein Hand-in-Hand-Gehen ökonomischer und politischer Bewegungen. Die ökonomischen Kämpfe bilden die tragfähige Basis für die Verschärfung des politischen Kampfes, in den immer breitere Massen hineingezogen werden.

Der politische Kampf der Arbeitermassen gegen den Polizeiterror und überhaupt gegen die politischen Unterdrückungsmaßnahmen gewinnt die größte Bedeutung. Wie die Partei gelernt hat, im Kampf gegen Schlichtungswesen und Reformismus die Einheitsfront der Arbeiter zu bilden, so muß sie jetzt die Massen zur Bildung von Klassenkampforganen im Kampf um Demonstrationsfreiheit, für den Sturz der Regierung des Trustkapitals, für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung mobilisieren.

Um die leninistische Einheit der Partei

Der innerparteiliche Kurs der Essener Parteitagsbeschlüsse wird durch den Willen zur Konzentration aller revolutionären Kräfte in der Partei unter schärfstem Kampf gegen trotzkistische und rechte Abweichungen gekennzeichnet. Auf dem Parteitag traten nur die Ultralinken offen als Fraktion auf, während die Rechten um Böttcher, Tittel usw. versuchten, im Rahmen der Parteitagsbeschlüsse ihre opportunistischen Auffassungen über Produktionskontrolle und „linke“ Sozialdemokratie einzuschmuggeln. Nach dem Essener Parteitag nutzten die Rechten jede Gelegenheit aus, um die Losung der Produktionskontrolle und ihre versöhnlerische Stellung zu den „linken“ Sozialdemokraten zur

Auffassung der Gesamtpartei zu machen. Gleichzeitig verlangten sie die Veröffentlichung von Brandlers „Entwurf zu einem Aktionsprogramm“. Die Forderung auf Veröffentlichung dieses Aktionsprogramms nach Annahme der Essener Parteitagsbeschlüsse bedeutete die Propaganda einer Gegenplattform und damit die offene Aufnahme des Kampfes gegen die Parteitagsbeschlüsse.

Die Verstärkung des Vorstoßes der Rechten hatte bestimmte objektive Ursachen. Im Zusammenhang mit der Hochkonjunktur in Deutschland im Jahre 1927 gab die Bourgeoisie den Arbeitern einige Brosamen in Form einer durchschnittlich fünfprozentigen Lohnerhöhung. Der Reformismus bekam dadurch vorübergehend eine etwas größere Manövriermöglichkeit, und die Rechten zogen daraus die Schlußfolgerung, daß es falsch sei, zu behaupten, die Reformisten führen keine Arbeitskämpfe. Offensichtlich verwechselten die Rechten die Verbesserung der Lage einer schmalen arbeiteraristokratischen Schicht mit der Lage der breiten Arbeitermassen, deren Reallohn fast keine Veränderung erfuhr. Weil die Anhänger der rechten Gruppe die reformistische Politik nur als „unzulänglich“, nicht aber als prinzipiell arbeiterfeindlich betrachteten, vertraten sie am konsequentesten die Theorie „Zwingt die Bonzen!“

Der Sinn dieser Taktik bestand darin, den Reformisten erst die Möglichkeit zu lassen, die Arbeiterinteressen zu verraten, um sie nachher „entlarven“ zu können. Eine solche Taktik müßte notwendigerweise zur Folge haben, daß die Arbeiter die Kommunisten zwar als radikale Kritiker anerkennen, aber der kommunistischen Partei nicht folgen, weil sie nicht in der Tat den Kampf der Arbeitermassen organisiert.

Die Grunddifferenz mit den Rechten ist also die Frage der führenden Rolle der Kommunisten in der Organisierung und Durchführung der Arbeitskämpfe. Diese revolutionäre Kampfführung setzt aber die Klarheit über den Weg zur Diktatur des Proletariats voraus. Das Wesen der Politik der Brandler-Gruppe besteht darin, durch Übergangslösungen (Produktionskontrolle, Preiskontrolle, Aufhebung des Bankheimnisses usw.) die Arbeiter zum Kampf um die Macht zu überlisten, sie in dem Glauben zu wiegen, daß ohne Bewaffnung des Proletariats und ohne poli-



1. Mai 1929. Die Polizei jagt brutal die Demonstranten auseinander.

tische Arbeiterräte, ohne Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung gebildet werden könne. Praktisch bedeutet diese Politik die Verhinderung der Massenstreikbewegungen auf Grund der Tagesforderungen der Arbeiter und die Verschleierung des Kampfes um die Diktatur des Proletariats.

Im Prozeß der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland versuchte die Brandler-Gruppe in zunehmendem Maße ihre falschen Losungen (Produktionskontrolle usw.) während des Kampfes in der Partei und unter den Arbeitermassen zu begründen. Gleichzeitig baute sie ihre Fraktionsorganisation auf.

Das Charakteristische der Politik jener Gruppe von Genossen, die später die Bezeichnung Versöhnler erhielten, war der Versuch, durch eine falsche Konzentration der Kräfte in der Partei die Voraussetzungen für eine Änderung des politischen Kurses zu schaffen. Statt Konzentration der fortgeschrittensten, aktivsten, revolutionärsten Kräfte in der Partei versuchten sie eine Konzentration mit jenen Genossen, die ihre opportunistischen Auffassungen noch nicht oder nur teilweise überwunden hatten. Die Versöhnler unterschätzten die rechte Gefahr in unserer Partei. Seit der Zeit der aufsteigenden Welle der Aktivität der Arbeitermassen im Jahre 1927 (der VI. Weltkongreß charakterisierte diese Zeit als den Beginn der dritten Periode) entwickelte sich die opportunistische Gefahr zur Hauptgefahr. Schon in den ökonomischen Kämpfen des Jahres 1927 trat das klar in Erscheinung, obwohl damals die ultralinken Gruppen noch nicht vollständig überwunden waren. Vor dem neunten Plenum des EKKI wandten sich die Versöhnler mit aller Energie dagegen, daß die rechte Gefahr als die größere Gefahr bezeichnet wurde, und sie versuchten später die Beschlüsse des neunten Plenums als belanglos hinzustellen und verschleierten, daß auf dem neunten Plenum im Zusammenhang mit der Losung „Kampf Klasse gegen Klasse“ das Hauptfeuer gegen die rechte Gefahr gerichtet wurde.

Allmählich arbeiteten die Versöhnler ihre politische Linie klarer heraus. Nach den Reichstagswahlen im Mai 1928 propagierten sie die Auffassung, daß die Wahlen ein Sieg der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie seien und daß die Bourgeoisie infolge dieses Wahlergebnisses mit demokratischen Mitteln ihre

Politik durchführen könne. Die Genossen sahen nicht, daß gerade infolge der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und der Linksentwicklung der Arbeiter die Sozialdemokratie zur Verantwortung für die kapitalistische Politik herangezogen wird, damit sozialdemokratische Führer die Reorganisation des Staatsapparates im Interesse der Diktatur des Trustkapitals durchführen und als Schlichter, Polizeipräsidenten usw. unter Anwendung faschistischer Methoden den ökonomischen und politischen Druck auf die Arbeiterklasse verschärfen. Das war gerade deswegen nötig, weil die „demokratischen“ Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter nicht ausreichten. Die falsche Einschätzung der Lage durch die Versöhnler kam auf dem VI. Weltkongreß in dem Versuch zum Ausdruck, die dritte Periode faktisch als Stabilisierungsperiode zu kennzeichnen. Im Zusammenhang damit verteidigten die Versöhnler die Losung der Rechten „Zwingt die Bonzen!“ und versuchten, durch Gerede über ultralinke Abweichungen des Zentralkomitees vom Kampf gegen die rechte Gefahr abzulenken.

Die Konfliktstoffe, die sich schon seit der Zeit vor dem neunten Plenum des EKKI angehäuft hatten, wurden plötzlich der gesamten Partei anlässlich des Falles Wittorf zum Bewußtsein gebracht. Die Ausnutzung des Falles Wittorf durch die Versöhnler war nur eine konsequente Fortsetzung ihrer bisherigen „Konzentrations“- und Personalpolitik. Unter Verschleierung der politischen Gründe versuchten sie, den Fall Wittorf zur Änderung der Zusammensetzung der Parteiführung auszunutzen, und damit die Voraussetzungen für die Änderung des politischen Kurses zu schaffen. Offensichtlich richtete sich diese Taktik der Versöhnler gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses.

Während die Rechten und die Versöhnler im Fall Wittorf die Parteimitglieder unter der Losung „Für oder gegen die Korruption“ zu verwirren versuchten, mußten beide Gruppen während des Ruhrkampfes politisch Farbe bekennen. Im Feuer des Kampfes zeigte es sich, daß die politische Linie der Partei richtig war und daß die Rechten auf die Positionen der „Wirtschaftsdemokraten“ abgeglitten sind, während die Versöhnler prinzipienlos hin und her schwanken. Während die Partei im Metallarbeiterkampf des Ruhrgebietes alle Kräfte einsetzte, um die Beschlüsse

des VI. Weltkongresses in bezug auf den Kampf gegen den Reformismus und die selbständige Kampfführung durchzuführen, unterstützten die Rechten die Politik des Reformismus, indem sie gegen die Forderungen der revolutionären Arbeiter auftraten und ebenso wie die Sozialdemokraten den Kampf für die Durchführung des Hungerschiedspruchs von Wissell propagierten. Ebenso wie die Reformisten versuchten sie die Arbeiter auf die Unterstützungsfrage und die Losung der „Wirtschaftskontrolle“ abzulenken. Nachdem die Rechten im Kampf als feindliche Organisation gegen die Partei auftraten, war die Säuberung der Partei von den Rechten die Voraussetzung dafür, daß die Partei in den kommenden Arbeiterkämpfen ihre revolutionären Aufgaben erfüllen kann.

Die Entfernung der offenen Rechten aus der Partei führte notwendigerweise zu gewissen Veränderungen in der Versöhnlergruppe. Während sich die Arbeiterelemente, die früher mit der Versöhnlergruppe sympathisierten, allmählich der Politik des ZK nähern, kommen die führenden Funktionäre der Versöhnlergruppe immer mehr in die Position von Platzhaltern der Rechten in der Partei. Die Versöhnler haben der politischen Resolution des ZK, die der Vorbereitung des Parteitages diene, eine eigene Plattform entgegengestellt und sind planmäßig bestrebt, in jeder politischen Frage ihren Standpunkt zu vertreten. Seit dem neunten Plenum des EKKI hat sich die Versöhnlergruppe zu einer Gruppe mit einer selbständigen Plattform und einer inneren Fraktionsdisziplin entwickelt. Ihre falsche Einschätzung der politischen Lage, die Unterschätzung der Anwendung des Polizeiterrors und faschistischer Methoden gegen die Arbeiterklasse hält sie aufrecht. In den Fragen der Streikstrategie unterschätzen die Versöhnler die Bedeutung der Mobilisierung der Unorganisierten und die Rolle der Kampfleitungen. Bei den Betriebsrätewahlen sabotierten sie die Beschlüsse der Partei, indem sie nicht den Kampf um die Gewinnung der Belegschaften für revolutionäre Betriebsräte listen führten, sondern versuchten, möglichst im Rahmen der Gewerkschaften oppositionelle Kandidaten auf eine „freigewerkschaftliche“ Betriebsratsliste zu bekommen. Im innerparteilichen Kurs haben sie ihre Taktik der Abgrenzung von den Rechten in Worten und des

Kampfes gegen die Politik des ZK und der Komintern in der Tat auch weiterhin aufrechterhalten. Der bevorstehende Parteitag muß von den bisher versöhnlerisch orientierten Funktionären eine klare Antwort verlangen, ob sie ihre großen Fehler in bezug auf die Einschätzung der Lage, in bezug auf die Streik- und Gewerkschaftspolitik und in bezug auf den innerparteilichen Kurs anerkennen, und ob sie bereit sind, vorbehaltlos und diszipliniert die Beschlüsse des Parteitags durchzuführen.

Aufgaben der Partei

Das Charakteristische der gegenwärtigen Phase des Kampfes der Arbeitermassen ist die Entwicklung des politischen Massenkampfes. Während die Arbeiter in der Zeit vom Essener Parteitag bis zum Jahre 1928 fast ausschließlich Kämpfe um ihre ökonomischen Forderungen führten und der politische Kampf vorwiegend im Kampf gegen das Schlichtungssystem zum Ausdruck kam, gewinnt jetzt im Verlauf der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes der politische Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsgewalt, gegen Polizeiterror und faschistische Politik, für den Sturz der Regierung des Trustkapitals, für die Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung entscheidende Bedeutung.

Die Hauptaufgabe der Partei besteht darin, im Kampf um die ökonomischen Forderungen, gegen Polizeiterror, gegen die imperialistische Rüstungspolitik die Arbeitermassen zur Formierung der proletarischen Klassenfront zu gewinnen und die organisatorischen Formen der proletarischen Einheitsfront herauszubilden. Die Partei muß auf dem bevorstehenden Parteitag in erster Linie alle Erfahrungen des Kampfes um die selbständige Streikführung und der Tätigkeit der Kampfleitungen auswerten, damit die gesamte Partei einheitlich auf die tatsächliche Durchführung unserer Linie des Kampfes „Klasse gegen Klasse“ orientiert wird. Jetzt ist das erst teilweise der Fall. In vielen Gebieten, wo in den ökonomischen Kämpfen die Partei noch nicht zur selbständigen Kampfführung übergegangen ist, ist der Parteimitgliedschaft das Wesen unserer Taktik noch nicht vollständig bewußt geworden.

Die Kommunistische Partei wird nur dann imstande sein, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, wenn sie versteht, auf Grund der Bedürfnisse der Arbeitermassen die politischen und ökonomischen Losungen richtig zu formulieren und durch Schaffung entsprechender organisatorischer Formen den Kampf um diese Forderungen vorzubereiten und zu führen. Angesichts der Streikbrecherrolle des reformistischen Gewerkschaftsapparates ist es deshalb notwendiger denn je, dem Kampfwillen der Arbeiter durch Vorbereitung der Kämpfe mit Hilfe von Arbeiterdelegiertenkonferenzen organisatorische Formen zu geben, zu denen die Delegierten demokratisch von den Betriebsbelegschaften gewählt werden. Die Vertreter der Betriebe sollen über die Forderungen entscheiden und beschließen, in welcher Weise Kampfleitungen, Streikleitungen, Aktionsausschüsse und dergleichen zur Vorbereitung und Führung der Bewegungen organisiert werden.

In dem Maße, wie es uns gelingt, in diesen Arbeiterbewegungen die Kampfleitungen zu Führern des Massenkampfes zu machen und neue Kader von Arbeiterfunktionären in den Betrieben zu entwickeln, werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Arbeiter in der Zeit des unmittelbaren Machtkampfes unter Führung der Kommunistischen Partei rechtzeitig politische Arbeiterräte organisieren. In diesem Sinne haben die Kampfleitungen, Aktionsausschüsse usw. eine große Erziehungsarbeit zu leisten.

Diese offensive Taktik gegen den Reformismus und die Schaffung zeitweiliger organisatorischer Formen des Massenkampfes darf aber nicht zum Ausklügeln irgendwelcher besonderer Organisationen der Unorganisierten oder von Unterstützungsvereinen der Ausgeschlossenen führen. Wir müssen auch weiterhin für die revolutionäre Einheit der proletarischen Klassenfront und gegen die reformistische Spaltungspolitik kämpfen. Würden wir in der Annahme, daß es später zu Gewerkschaftsspaltungen kommt, jetzt irgendwelche Organisationen bilden, so würden manche Arbeiter glauben, wir wollen die Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften herausziehen. Das würde die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen den Reformismus zumindest erschweren.

Der Kampf für die ökonomischen Forderungen der Arbeiter, gegen Schlichtungszwang und gegen Polizeiterrord ist ein Teil des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien. Deshalb müssen diese Fragen mit dem Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik der Sozialdemokratie und der Regierung des Trustkapitals in Zusammenhang gebracht werden. Die Vorbereitung des Internationalen Roten Tages, der am 1. August durchgeführt werden soll, erfordert, daß auf dem Parteitag die Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion gründlich behandelt werden, damit nach dem Parteitag eine wirklich breite Massenagitation im ganzen Reich eingeleitet wird. Dabei gilt es, in den Betrieben und Orten Einheitsfrontorgane zum Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik und zur Vorbereitung des Internationalen Roten Tages zu organisieren.

Die genannten politischen Hauptprobleme deuten bereits an, welche organisatorischen Fragen vor allem Gegenstand der Parteitagsdiskussion sein werden. Die erste Frage ist die Auswertung der Erfahrungen der Betriebszellen und die Ausarbeitung der Methoden zur Verbesserung der Betriebszellenarbeit, damit die Zellen wirklich zum Träger des politischen Kampfes der Partei werden. In dieser Beziehung wurde während der letzten Wirtschaftskämpfe und bei der Betriebsrätewahlkampagne die Arbeit der Partei verbessert. Aber der Parteitag muß demonstrativ eine Wendung in der Organisationspolitik beschließen, die darin zum Ausdruck kommen muß, daß in den Parteileitungen die Funktionäre der Betriebszellen der Großbetriebe den entscheidenden Einfluß haben und die Parteileitungen verpflichtet werden, systematisch die Arbeit der Betriebszellen zu instruieren, zu unterstützen und zu kontrollieren. Wenn diese Wendung in der Organisationsarbeit nicht durchgeführt wird, dann bedeutet das eine ungeheure Erschwerung der Organisation zeitweiliger Kampforgane in den Betrieben bei den verschiedenen politischen Anlässen.

Diese Orientierung auf die Großbetriebe wird die Partei auch befähigen, bei Zeitungsverboten, Demonstrationsverboten, Versammlungsverboten oder unter den Bedingungen der Halblegali-

tät die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zum Kampf gegen Trustkapital und Sozialdemokratie zu mobilisieren und zu organisieren. Der ganze Parteiapparat vom Zentralkomitee bis zur Zelle muß auf die Schwierigkeiten der Arbeit unter halblegalen Bedingungen eingestellt werden.

Das sind die hauptsächlichsten Probleme, mit denen sich der bevorstehende Parteitag der KPD beschäftigen wird. Es ist selbstverständlich, daß darüber hinaus die Fragen der Politik der Komintern und der KPdSU ebenfalls Gegenstand der Parteitageberatungen sein werden.

*„Die Kommunistische Internationale“, Heft 17,
24. April 1929.*

Über den Charakter der Kämpfe

Rede auf dem XII. Parteitag der KPD
(Weddinger Parteitag)
9. bis 16. Juni 1929

Ich möchte zu zwei Fragen sprechen: zur Frage des Charakters der gegenwärtigen Kämpfe und zur Frage der Barrikadenkämpfe in Berlin^[13].

Wir sehen in diesen Kämpfen auf der einen Seite die Formierung der proletarischen Klassenfront unter der Führung der Kommunistischen Partei, die Verbreiterung und Festigung der proletarischen Klassenfront, wie sie in der Bildung von Kampfleitungen zum Ausdruck kommt, auf der anderen Seite die verstärkten Rüstungen der kapitalistischen Staatsgewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, das Verwachsen der reformistischen Bürokratie mit dem Staatsapparat, die Faschisierung der Staatsgewalt und des sozialdemokratischen und reformistischen Apparates.

Als Ergebnis dieser Kämpfe sehen wir gegenwärtig im allgemeinen eine Steigerung der Kampfkraft der Arbeiter, selbst in den Fällen, wo keine unmittelbaren Erfolge für die kämpfenden Arbeiter erreicht wurden. Die Arbeiter kämpften für ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen, worauf die Unternehmer mit der Generalaussperrung der Metallarbeiter antworteten. In diesem Kampf formierten die Arbeiter zum erstenmal durch Bildung von Kampfleitungen die proletarische Klassenfront unter kommunistischer Führung. Der Ausgangspunkt des Kampfes waren ökonomische Forderungen. Der Kampf selbst wurde zu einem ausgesprochen politischen Kampf, der sich mittelbar gegen die kapitalistische Staatsgewalt richtete, während in den Berliner Maikämpfen die Arbeiterklasse unmittelbar unter politischen Losungen den Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt führte. Die Maikämpfe zeigen eine höhere Form des Kampfes als der Ruhrkampf. Das findet seinen Ausdruck darin, daß die Arbeiter das Demonstrationsverbot durchbrachen, daß sie, zum erstenmal seit 1923, zur Anwendung der Waffe des politischen Massen-

streiks übergangen, zur Abwehr des Polizeiterrors spontan Barrikaden bauten und eine Solidaritätsbewegung im Reiche durchführten.

Die Kampforgane, die Maikomitees, die Delegiertenkonferenzen usw. waren ausgesprochene Organe des revolutionären Kampfes der Arbeiter gegen die kapitalistische Staatsgewalt. Die Anwendung des Selbstschutzes durch die kämpfenden Arbeiter hat breiten Massen zum Bewußtsein gebracht, daß die Schutzpolizei nicht unüberwindlich ist, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt noch lernen wird, auch jene Methoden anzuwenden, die sie befähigt, sich gegenüber dem Polizeiterror zu verteidigen. Es ist ganz klar, daß die Auswirkung dieser Kampfmethoden eine Steigerung der moralischen Kraft des Proletariats und eine gewisse Schwächung und Zersetzung in den Reihen des Gegners bedeutet.

Die sozialdemokratische und die bürgerliche Presse sagt: Wenn nur die Polizei gekämpft hat, wie ist es dann möglich, daß in dem Beschluß der Kommunistischen Partei von spontanen Teilaufständen und vom aktiven Widerstand der Arbeiter die Rede ist? Wir wissen, daß in Zeitungen, die mit uns sympathisieren, solche Auffassungen vertreten worden sind. Aber wir erklären ganz klar: Die Regierung, die Polizei, die Sozialdemokratie versuchten, am 1. Mai mit Hilfe des Polizeiterrors die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuschlagen, und es war notwendig und richtig, daß die Arbeitermassen gegenüber dem Polizeiterror zu Selbstschutzmaßnahmen übergegangen sind. Wir sind nicht der Meinung, daß sich die Arbeitermassen von den Banden Zörgiebels wie Hunde niederschließen lassen sollten. Wir haben klar und eindeutig in allen unseren Dokumenten erklärt: Wir halten die Situation für die Durchführung des bewaffneten Aufstandes nicht für reif. Aus diesem Grunde haben wir keine Maßnahmen zur Organisierung des bewaffneten Kampfes ergriffen. Aber wir waren der Meinung — und die Entwicklung hat die Richtigkeit unserer Taktik bestätigt —, daß es notwendig war, organisierten Widerstand gegen den Polizeiterror zu leisten, indem die Arbeiter organisiert die Straße behaupteten und organisiert die Straßendemonstrationen durchführten.

Wir haben bei der politischen Beurteilung der Kampfleitungen

darauf hingewiesen, daß die Bildung der proletarischen Klassenfront, wie sie in der Form der Delegiertenkonferenzen, der Bildung von Kampfleitungen, Aktionsausschüssen, Selbstschutzorganen usw. zum Ausdruck kommt, den Arbeitern jene Kampferfahrungen übermittelt, die sie befähigen werden, in der Zeit des akuten Machtkampfes die Sowjets zu schaffen. Und ebenso sagen wir, daß der organisierte Kampf um die Straße, die organisierten Straßendemonstrationen, der proletarische Massenwiderstand gegen den Polizeiterror den Arbeitern solche Erfahrungen übermitteln, die sie befähigen werden, in einer anderen politischen Situation den Kampf zur Niederschlagung des kapitalistischen Gegners und seiner Polizeibanden mit Erfolg zu führen.

In diesem Sinne schließe ich mit den Worten von Marx, daß die Kommunistische Partei, ebenso wie es Marx im „Kommunistischen Manifest“ verkündet, der Auffassung ist, daß „die Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft ist“.

*Protokoll des XII. Parteitagés der KPD,
Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929,
S. 159—161.*

Der Weddinger Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland bringen es mit sich, daß gegenwärtig die Kampferfahrungen der KPD für die Politik der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern richtunggebend sind. Die auf dem Parteitag der KPD diskutierten taktischen Probleme sind deshalb auch von besonderer Wichtigkeit für die Beratungen des Plenums der Exekutive der Komintern.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteitages stand der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse. Im Rahmen dieser Hauptaufgabe der gegenwärtigen Periode gilt es, den Kampf um die führende Rolle in der Arbeiterbewegung, das heißt den Kampf um die Vernichtung des sozialdemokratischen Einflusses zu führen. Die Fortschritte im Kampf um die Gewinnung der Arbeitermassen sind abhängig von der Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe durch die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Zeit, wo die kommunistischen Parteien vorwiegend revolutionäre Propaganda entfalteteten, ist vorüber; es gilt, die Arbeiterkämpfe zu organisieren und die Losung *Lenins* zu verwirklichen:

„Tiefer hinein in die Massen!, ‚Engere Föhlung mit den Massen! ... wobei unter Massen zu verstehen ist: die Gesamtheit der Werktdtigen und vom Kapital Ausgebeuteten, besonders derjenigen, die am wenigsten organisiert und aufgeklärt, am stärksten unterdrückt und organisatorisch am schwersten zu erfassen sind.“¹

Entsprechend dieser Aufgabenstellung standen die Fragen der Lehren der Maikämpfe und der Streikstrategie und -taktik im Mittelpunkt der Parteitagsberatungen.

Die Einstellung der KPD auf den revolutionären Massenkampf fand in der Zusammensetzung des Parteitages sowie in der lebendigen Anteilnahme der Belegschaften zahlreicher Großbetriebe

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 396.

an den Parteitagsberatungen ihren Ausdruck. Von den 217 Parteitagsdelegierten waren 132 Betriebsarbeiter (auf dem Essener Parteitag 85), 76 Delegierte waren Betriebsräte (in Essen 5), 91 Delegierte waren Gewerkschaftsfunktionäre (in Essen 66). Von besonderer Bedeutung war die Teilnahme von 16 Betriebsarbeiterinnen (in Essen keine Betriebsarbeiterin, sondern nur 5 weibliche Delegierte, die Hausfrauen waren). Das Interesse der Bruderparteien fand seinen Ausdruck in der Anwesenheit von 13 Vertretern.

Während auf dem Essener Parteitag nur wenige Delegationen von Betriebsarbeitern den Parteitag begrüßten, hatten zum Weddinger Parteitag die Arbeiter und Arbeiterinnen vieler Großbetriebe, die Erwerbslosen, die Landarbeiter und auch zahlreiche Massenorganisationen der Arbeiter Vertreter entsandt. Die Delegierten der streikenden Arbeiter von Orenstein & Koppel, der ausgesperrten schlesischen Textilarbeiter, der Hennigsdorfer Walzwerksarbeiter, die 15 Wochen im Kampfe standen, waren der lebendige Beweis dafür, daß die KPD mehr und mehr versteht, die Sympathie der entscheidenden Schichten des Proletariats zu gewinnen und die Massen in den Kampf zu führen.

Der Weddinger Parteitag der KPD fand kurze Zeit nach dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie statt. Zwei Parteitage, zwei Welten. Auf dem Weddinger Parteitag waren vorwiegend Betriebsdelegierte und die Vertreter von Belegschaften zahlreicher Großbetriebe anwesend, auf dem Magdeburger Parteitag Minister, Staatsbeamte, Bürokratie. Während der Weddinger Parteitag die Fragen der Strategie und Taktik erörterte, um die Arbeitermassen an den unmittelbaren Machtkampf heranzuführen, erklärte sich der Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie für die Diktatur der Bourgeoisie unter Führung der Sozialdemokratie. Die Stellungnahme zu den Fragen der Diktatur im Wedding und in Magdeburg ist ein Ausdruck der ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und des Kampfes zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie um die Führung der Arbeitermassen.

Der Parteitag gab auf Grund der Beschlüsse des VI. Weltkongresses eine konkrete Erläuterung der Charakteristik der dritten Periode für Deutschland. Der deutsche Kapitalismus hat

am frühesten und konsequentesten die Rationalisierung durchgeführt, und es zeigen sich daher auch in Deutschland, verschärft durch die Auswirkungen des Versailler Vertrages, die Folgen der kapitalistischen Stabilisierungspolitik. Der Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit führte zu einer Steigerung der imperialistischen Aktivität des deutschen Kapitalismus, die in der Rüstungspolitik, in den Zollerhöhungen und der immer festeren Eingliederung in die Antisowjetfront zum Ausdruck kommt. Der imperialistischen Aggressivität nach außen entspricht die Hungeroffensive nach innen. In der Zeit der Zunahme des Heeres der ständig Erwerbslosen wird die Erwerbslosenunterstützung abgebaut, die Löhne werden mit Hilfe der Schlichtungsfesseln niedriggehalten, die Kulturreaktion wird durch Konkordat und Zensur gefördert. Die Faschisierung der Staatsgewalt unter führender Mitwirkung der Sozialdemokratie findet ihren Ausdruck in der Zentralisierung der Staatsgewalt, in der Vorbereitung der Verfassungs- und Wahlrechtsänderung, in der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes zur Beseitigung des Koalitionsrechtes, in der innigeren Zusammenarbeit zwischen staatlichen und bürgerlichen Wehrorganisationen, in der Unterdrückung des Roten Frontkämpferbundes und der kommunistischen Presse sowie der Vorbereitung des Verbotes der KPD.

Während auf der einen Seite der Klassenfeind seine Kräfte konzentriert, formiert sich auf der anderen Seite unter Führung der KPD die proletarische Klassenfront. Die Maikämpfe haben gezeigt, wie sich das Tempo der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland beschleunigt und welche großen Kampfenergien die Arbeitermassen bereits im Kampfe gegen die kapitalistische Staatsgewalt entfalten. Der Parteitag stellte fest, daß die Berliner Maikämpfe einen Wendepunkt der politischen Entwicklung in Deutschland darstellen, weil das Proletariat zum erstenmal seit 1923 dazu überging, unmittelbar den politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt zu führen, und weil es durch organisierte Massendemonstrationen trotz Polizeiterrors, durch Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks und durch Errichtung von Barrikaden dem Polizeiterror Widerstand leistete und teilweise zu Maßnahmen des Gegen-

angriffs übergang. Zum erstenmal seit 1923 gelang es, unmittelbar eine Solidaritätsaktion im Reiche durchzuführen.

Über das Ergebnis der Maikämpfe sagen die Parteitagebeschlüsse:

„Das positive Ergebnis der Berliner Maikämpfe besteht darin, daß die Massen im Kampfe mit der kapitalistischen Staatsgewalt eine höhere Stufe der proletarischen Bewegung erreicht haben, daß der Einfluß und die Autorität der KPD, als der einzigen Partei der Arbeiterklasse, gewachsen ist, daß das Selbstbewußtsein, das Kraftgefühl und die Aktivität des Proletariats sich erhöht haben und daß die Sozialdemokratie vor den breitesten Massen als Partei des Arbeitermordes, der Provokationen und des Polizeiterrors rascher und gründlicher als je zuvor entlarvt wird.“¹

Die internationale Solidaritätsaktion des Proletariats anläßlich der Maikämpfe beweist gleichzeitig die zunehmende revolutionäre Aktivität in allen kapitalistischen Ländern und lehrt, wie notwendig es ist, die Fragen des revolutionären Massenstreiks und des Kampfes um die Straße vor der breitesten internationalen Arbeiteröffentlichkeit zu diskutieren.

Gleichzeitig mit der Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks sehen wir in Deutschland eine Veränderung des Inhalts der ökonomischen Kämpfe. Es wächst nicht nur der politische Charakter der ökonomischen Kämpfe, sie nehmen auch einen mehr offensiven Charakter an. Während früher der Kampf um Lohn und Arbeitszeit in hohem Maße unmittelbar an die Ablaufzeit von Tarifverträgen gebunden war, entwickeln sich jetzt Teilkämpfe unmittelbar gegen den Tarifvertrag. Die Arbeiter gehen in zunehmendem Maße zur selbständigen Organisierung des Kampfes in den Betrieben über und führen Teilstreiks für Lohnerhöhungen, für Beseitigung sanitärer Mißstände usw. durch. Der Kampf der Hennigsdorfer Walzwerksarbeiter ebenso wie der Streik bei Orenstein & Koppel sind symptomatisch für die Entwicklung solcher Teilkämpfe, die die Voraussetzung für revolutionäre Massenkämpfe sind. Ebenso wie diese ökonomischen Kämpfe die Basis für eine breite politische Massenbewegung

¹ „Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD vom 9. bis 16. Juni 1929 in Berlin-Wedding“, o. O. u. J., S. 24.

schaffen, befruchten umgekehrt die politischen Massenbewegungen die Organisierung und Auslösung ökonomischer Kämpfe.

Diese Situation brachte es mit sich, daß sowohl in der Diskussion zum politischen Referat wie in der Diskussion zum Referat über Wirtschaftskämpfe und Gewerkschaftsarbeit die Frage der selbständigen Kampfführung, der Schaffung zeitweiliger Kampforgane, wie Kampfleitungen, Streikleitungen, Aktionsausschüsse, Selbstschutzorgane und dergleichen, im Mittelpunkt der Beratungen stand. Die Überwindung der Kluft zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern, die Entwicklung der Aktivität der unorganisierten Arbeiter, die Herstellung der Kampfeinheit in den Betrieben ist gegenwärtig die wichtigste Frage des Kampfes um die führende Rolle in der Arbeiterbewegung. Die Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe, aber auch der Berliner Mai-kämpfe, zeigen die große Bedeutung der Delegiertenversammlungen. Diese Delegiertenversammlungen sind nicht nur ein guter Gradmesser der Auffassungen der Massen der Betriebsarbeiter, sondern sie geben die maximale Möglichkeit der Beeinflussung und kollektiven Beschlußfassung und schaffen wichtige Voraussetzungen für die wirkliche Durchführung der Beschlüsse in den Betrieben.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Wirtschaftskämpfe beschäftigte sich der Parteitag mit den Erfahrungen der Betriebsrätewahlen und den Aufgaben der Betriebsräte. Der Parteitag stellte fest, daß überall dort, wo die neue Taktik der Aufstellung selbständiger revolutionärer Listen durch die Belegschaften konsequent durchgeführt wurde, bedeutende Erfolge zu verzeichnen sind. Der Parteitag hob hervor, daß die Betriebsrätewahlen zum Anlaß der Mobilisierung der gesamten Belegschaft, des Kampfes um die Einheit der Belegschaft auf dem Boden eines bestimmten Kampfprogramms gemacht werden müssen und daß zur Vorbereitung der Wahl die aktivsten Arbeiter herangezogen werden müssen. In den Beschlüssen wird gesagt:

„Alle Arbeiten der revolutionären Opposition zur Durchführung der Wahl leitet ein von den Massen gewählter revolutionärer Wahlschuß, der jedoch nicht identisch ist mit dem gesetzlichen Wahlvorstand.“¹

¹ Ebenda, S. 73.

Die Reformisten versuchen, den Einfluß der Kommunisten in den Betrieben zu brechen, indem sie kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre nicht anerkennen oder der Funktion entheben. Sie wollen auf diese Art von unten her die Durchführung einer revolutionären Betriebsrätearbeit unterbinden. Der Kampf gegen den Reformismus für die Gewinnung der Mehrheit der Belegschaft erfordert deshalb die Schaffung eines revolutionären Funktionärkörpers, der nicht eingesetzt, sondern von den Arbeitern gewählt wird.

Die Schaffung dieses revolutionären Betriebsvertrauensmännerkörpers ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Gewinnung der Mehrheit der Betriebsarbeiter.

Die Durchführung der Wendung unserer Taktik, die Organisation der revolutionären Kampfführung, die selbständige Listenaufstellung bei den Betriebsrätewahlen erfordert die Verstärkung der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften. Es genügt nicht, die aktiven Elemente der Unorganisierten zu gewinnen, sondern es ist ebenso notwendig, den Gewerkschaftslegalismus der Gewerkschaftsmitglieder zu überwinden (Abhängigmachung der Kampfführung von der Stellungnahme der reformistischen Leitungen, Tariftreue, Trennung von unorganisierten und organisierten Arbeitern usw.). Die verstärkte Arbeit zur Gewinnung von Gewerkschaftsmitgliedern ist notwendig, damit Organisierte und Unorganisierte Schulter an Schulter kämpfen.

Während früher die Arbeit zur Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder vorwiegend in den Gewerkschaftsveranstaltungen durchgeführt wurde, liegt jetzt infolge der Beseitigung der Demokratie in den Gewerkschaften und der Änderung unserer Taktik das Schwergewicht der Arbeit mehr denn je im Betrieb. Die Hauptarbeit zur Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder müssen die kommunistischen Betriebszellen leisten. Gleichzeitig ist die systematische Zusammenfassung und Beeinflussung aller oppositionellen Arbeiter in den Gewerkschaften wichtig.

Den zunehmenden Einfluß der Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften beantwortet die reformistische Bürokratie mit Massenausschlüssen und Zerschlagung ganzer Gewerkschaftsorganisationen. Der Kampf gegen diese Spaltungspolitik muß von



24. August 1930.
Auf der Riesenkundgebung im Stadion Neukölln zur bevorstehenden Reichstagswahl.



den Betrieben aus auf breitester Massenbasis geführt werden. Durch breiteste Massenmobilisierung, Schaffung von Einheitsfrontorganen gegen die Ausschluß- und Spaltungspolitik, durch Unterschriftensammlungen, Boykott der eingesetzten Kommissare usw. müssen sowohl die organisierten wie die unorganisierten Arbeiter gegen die reformistische Spaltungs- und Streikbruchpolitik in Bewegung gebracht werden.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft also für die Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes, und sie setzt alle Kräfte ein, um die Spaltung der Arbeiterklasse, wie sie von den Reformisten systematisch organisiert wird, zu überwinden.

Entsprechend den politischen Aufgaben wurde bei der Beratung der Organisationsfragen das Schwergewicht auf die quantitative und qualitative Stärkung der Betriebszellenarbeit gerichtet:

„Der Parteitag fordert von allen Parteiorganisationen und der Gesamtmitgliedschaft, daß eine entschiedene Wendung in der Organisationspolitik der Partei hinsichtlich einer wirklichen und restlosen Umstellung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen durchgeführt wird.“

Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert insbesondere die Umstellung der Agitproparbeit auf die Betriebe. Außerdem wurde in der Orgkommission des Parteitages die Frage der Umstellung des Parteiapparates diskutiert. Der Apparat muß aktionsfähiger, politisch zuverlässiger, disziplinierter und beweglicher gestaltet werden. Die Organisationen wurden verpflichtet, die Leitungen auf ihre Aktionsfähigkeit hin zu überprüfen, sie von opportunistischen und verkalkten Elementen zu säubern und aktive Arbeiterelemente aus den Betrieben in den Parteikader aufzunehmen. Diese Aktivierung des Parteikaders ist die Voraussetzung zur Überwindung des teilweise bestehenden Widerspruches zwischen Beschlußfassung und Durchführung. Das wichtigste Mittel zur Steigerung der Kampfkraft der Partei ist die Entfaltung der proletarischen Selbstkritik auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse. Mit Hilfe der Masse der Parteimitglieder müssen die Schwächen und Mängel der Parteiarbeit überwunden werden. In der Orgkommission wurden auch die Fragen der illegalen Arbeit eingehend erörtert. Ebenso wurde zu den neuen

Aufgaben und Formen der Massenarbeit in den Massenorganisationen der Arbeiter Stellung genommen. Die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten in diesen Organisationen erfordert die Verstärkung des Kampfes gegen die Versuche der Sozialdemokratie, die Massenorganisationen zu verbürgerlichen, und gleichzeitig die verstärkte Organisierung der Opposition.

Die Beratungen des Parteitages und die Beschlußfassung zeigen die Stärkung der Kampfkraft und der Einheit und Geschlossenheit der Partei. Die Rechten sind nicht nur innerhalb der Kommunistischen Partei erledigt, sondern sie haben auch in den Massenorganisationen der Arbeiter keinen Anhang mehr. Damit sind zwar opportunistische Schwankungen in der Partei nicht vollständig überwunden, diesen Schwankungen ist aber die organisierende, führende Kraft genommen. Opportunistische Schwankungen zeigten sich in der Unterschätzung der Bedeutung der Maikämpfe, in der pessimistischen Einschätzung der politischen Streikbewegungen in den Maitagen, in der Bagatellisierung der Barrikadenkämpfe, in den Versuchen, bei den Betriebsrätewahlen die selbständige revolutionäre Massenbewegung durch Spitzenkombinationen zu ersetzen, in Kapitulationstendenzen gegenüber den Ausschlußdrohungen und den Reversen der Reformisten. Diese opportunistischen Schwankungen müssen auf dem Wege der Selbstkritik durch gründliche Diskussion aller Probleme in den Zellen und durch Auffrischung des Funktionärkörpers überwunden werden.

Die Versöhnler bemühen sich, die opportunistischen Schwankungen, die sich bei verschiedenen Aktionen in einzelnen Organisationen zeigten, zum System unserer Parteipolitik zu machen. Sie haben dabei die Rolle der Rechten in der Partei übernommen. In allen wichtigen Kämpfen vertraten sie eine Taktik, die der Linie der Partei entgegengesetzt war.

Ebenso sprechen die Versöhnler von den „demokratischen Formen der Reaktion“. Sie sehen nur einzelne Polizeimaßnahmen erkennen aber nicht, daß es sich um ein System von Übergangsformen zum Faschismus handelt, wie es ja auch ganz offen von Wels auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie anerkannt wurde. Die Versöhnler sehen trotzdem die Hauptaufgabe in der „Entlarvung der Demokratie“, also in der Feststellung,

daß der Polizeiterror nicht demokratisch ist, statt den Arbeitermassen zum Bewußtsein zu bringen, warum und wie in der gegenwärtigen Situation des verschärften Klassenkampfes systematisch Übergangsformen zum Faschismus geschaffen werden (Reorganisation der Staatsgewalt, Änderung des Wahlrechts, Einschränkung der Parlamentsbefugnisse, Schaffung eines Vereinsgesetzes, Verwachsen des reformistischen und des sozialdemokratischen Apparates mit dem Staatsapparat, Zusammenarbeit der republikanischen und der offen faschistischen Organisationen und gleichzeitig festere Verbindung dieser bürgerlichen Wehrorganisationen mit der staatlichen Wehrmacht).

In bezug auf den innerparteilichen Kurs fordern die Versöhner eine solche „Konzentration der Kräfte“, wie sie nach dem Essener Parteitag durchgeführt beziehungsweise von Ewert und seinen Freunden gefordert wurde. Diese „Konzentration“ wurde bekanntlich von den Versöhnern als Koalition mehrerer Richtungen in der Partei aufgefaßt, und sie versuchten, die Fraktionsarbeit der Rechten zur Stärkung ihrer eigenen Positionen im Kampf gegen die Politik der Parteimehrheit auszunutzen. Die von den Versöhnern verlangte „Konzentration“ würde faktisch Versöhnung der Partei mit dem Opportunismus bedeuten. Die Isolierung der Versöhner in der Partei hat zur Folge, daß sie versuchen, ihre eigene Isolierung als Isolierung der Partei darzustellen. Ganz im Stile der Brandler-Gruppe behaupten sie, „die Partei befindet sich in einem krisenhaften Zustand“, „die Politik der Partei hat den Masseneinfluß geschwächt“ und anderes.

Der Parteitag beantwortete die Fraktionsplattform der Versöhner mit der Annahme folgender Bedingungen an die versöhnlerischen Funktionäre:

1. Aufgeben des halbmenschwistischen Standpunktes und Anerkennung des fraktionellen Charakters ihrer dem Parteitag vorgelegten Plattform.
2. Sofortige Auflösung der Fraktion und aller gruppenmäßigen Verbindungen.
3. Disziplinierte Durchführung und Verteidigung der Parteitagebeschlüsse und aller Anweisungen der Parteiführung.*¹

¹ „Protokoll der Verhandlungen des XII. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Berlin 1929, S. 422.

größter Bedeutung ist, sehr nebensächlich behandelt. In dieser Frage mußten von der russischen Delegation noch bedeutende Ergänzungen angebracht werden.

Viertens gab es Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Gewerkschaftspolitik. Nicht nur die offenen Versöhnler, sondern auch einige Genossen aus der Führung der sowjetrussischen Gewerkschaften haben während des VI. Weltkongresses in den Kommissionen versucht, die falsche Taktik „Zwingt die Bonzen!“ als Taktik der Komintern festzulegen. Ich muß sagen, daß es leider nicht immer gelungen ist, diese opportunistischen Versuche der Änderung der Linie der Komintern, was die Gewerkschaftsfrage betrifft, in der notwendigen Weise zurückzuschlagen.

Fünftens waren die Genossen um Bucharin der Meinung, daß die Bezeichnung „Versöhnler“ beziehungsweise „Duldsamkeit gegenüber den rechten Gefahren“ nicht angebracht sei. Deshalb war eine solche Formulierung im ursprünglichen Thesenentwurf von Bucharin nicht enthalten.

Sechstens fehlte darin charakteristischerweise der wichtige Passus über die Bedeutung der Parteidisziplin in der gegenwärtigen Situation.

Auf dem VI. Weltkongreß ist es gelungen, nachdem die russische Delegation den Entwurf von Bucharin korrigiert und ergänzt hatte, diese Meinungsverschiedenheiten teilweise zu überwinden und in gewissem Sinne eine Einigung herzustellen, die in der Erklärung der russischen Delegation im Seniorenkonvent zum Ausdruck kam.

Nach dem VI. Weltkongreß haben die Genossen um Bucharin, Ewert, Humbert-Droz und Serra versucht, die vom Weltkongreß abgelehnten versöhnlerischen Anschauungen durchzusetzen. Im Präsidium der Komintern haben wir mit Vertretern der versöhnlerischen Auffassung in allen wichtigen Fragen Auseinandersetzungen gehabt. Bucharin, Humbert-Droz, Serra waren gegen den offenen Brief und für die Unterstützung der Versöhnler Ewert, Gerhart und Co., gegen den Ausschluß der Liquidatoren Brandler, Thalheimer usw.

Wir als deutsche Sektion begrüßen, daß die KPdSU dazu übergegangen ist, im Apparat der Gewerkschaften die notwendigen

Änderungen zu treffen, damit die Verbreitung jener opportunistischen Auffassungen unmöglich gemacht wird.

Angesichts der gruppenmäßigen Politik der Versöhnler nach dem VI. Weltkongreß genügt es nicht, daß in den vorliegenden Thesen den Versöhnlern drei Bedingungen gestellt werden. Es ist insofern eine Verschärfung dieses Absatzes notwendig, daß von den Versöhnlern verlangt wird, ihren politischen Standpunkt aufzugeben. Warum ist das notwendig? Wir haben sehr viele Erklärungen über die Durchführung von Parteibeschlüssen gehabt und haben dann erleben müssen, daß in einer Situation, wo die Partei sich in besonderen Schwierigkeiten befand, eine solche Gruppe die Situation ausnützte, um in fraktioneller Weise den Kampf gegen die Linie der Partei zu führen. Darum halte ich es für notwendig, daß von den Versöhnlern ganz eindeutig die Aufgabe ihres opportunistischen Standpunktes verlangt wird.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zu den Berliner Maikämpfen.

Wir haben festgestellt, daß das Charakteristikum der Maikämpfe darin besteht, daß die Arbeiter zum erstenmal seit Jahren einen unmittelbar politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt geführt haben. Die Massen sind zur Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks, zu organisierten Straßendemonstrationen entgegen dem Verbot und zum Barrikadenbau geschritten.

Einige Genossen waren wegen der Durchführung der politischen Massenstreikbewegung pessimistisch. Es gab Genossen, die erklärten: Was ist das für ein politischer Massenstreik; es haben doch nur 75 000 Arbeiter gestreikt, und die Berliner Straßenbahner haben nicht unmittelbar in den Kampf eingegriffen! Die Genossen sehen nicht, daß die Durchführung solcher politischer Teilstreiks die Voraussetzung war, damit in den kommenden Kämpfen größere Massen die Waffe des politischen Streiks anwenden.

Ich stelle diese Frage in den Vordergrund, weil auch in den anderen Sektionen der Komintern die Steigerung des politischen Kampfes nicht damit beginnen wird, daß sofort alle großen Betriebe, die Mehrheit der Arbeiterschaft, in den Streik treten. Man muß erkennen, daß es notwendig ist, überall, wo das möglich ist,

den Streik durchzuführen, weil erst die Erfahrungen die Massen befähigen, auf breiterer Basis den Kampf zu führen. Es ist natürlich, daß in einer solchen Situation, wo die Arbeiter zum unmittelbaren politischen Kampf übergehen, die Bewegung einen ungleichmäßigen Charakter hat. Während teilweise Arbeiter streiken, sympathisieren andere Arbeiterschichten vorerst nur mit ihnen. Die große Gefahr besteht darin, daß sich unsere Genossen auf die rückständigsten Stimmungen einstellen, daß sie Rücksicht auf die Schichten nehmen, die am stärksten unter dem Druck des Trustkapitals und des reformistischen Apparates stehen.

Die zweite Frage, die gestellt wurde, war die Frage der Durchführung der Demonstration. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Organisation des proletarischen Selbstschutzes wichtig. Ich möchte hier offen sagen, daß die Bildung der Selbstschutzorganisationen in dieser Situation schwierig ist, weil unsere Parteiorganisation nicht genügend in den Betrieben verwurzelt ist. Aber die Bildung der Selbstschutzorganisationen muß in den Betrieben geschehen. In der Zeit des verschärften Polizeiterrors können die Demonstrationen in der Regel nur von den Betrieben aus durchgeführt werden. Deshalb ist die Frage der Organisation der Selbstschutzorganisationen von der Arbeit unserer Betriebszellen abhängig. Die Selbstschutzorgane müssen wirkliche Einheitsfrontorgane sein. Wann können wir die Selbstschutzorganisationen bilden? In Verbindung mit Streiks, wenn der Klassenfeind die Streikbrecher schützt, wenn die Reformisten mit ihren Rollkommandos die Streikbrecher schützen und die Streiks niederschlagen versuchen, wenn faschistische Banden die Betriebsversammlungen zu sprengen versuchen und wenn Demonstrationen vorbereitet werden, ist es am günstigsten, die Selbstschutzorganisationen auf breitester Basis zu bilden.

Es ist darüber hinaus notwendig, den breiten Massen des Proletariats zum Bewußtsein zu bringen, daß diese organisierten Demonstrationen entgegen dem Verbot erfolgreich durchgeführt werden können, daß aber gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Arbeiter dem Polizeiterror Widerstand leisten. Die Erfahrungen, die die Polizei bei den Demonstrationen gemacht hat, sind zusammenfassend in einem Polizeibericht über die Wiener Kämpfe dargestellt. Ich glaube, wir sollten diese Mit-

teilungen des Polizeiberichts in den Arbeitermassen popularisieren. Es wird in ihm festgestellt, daß die Arbeiter, auch wenn sie keine Waffen haben, sehr viel Mittel gefunden haben, um den Kampf gegen die Polizei mit Erfolg zu führen. Sie haben Gruppen von Polizisten abgetrennt und entwaffnet. Es sind nach dem Bericht eiserne Schraubenmuttern, Klammern, Schrauben von Baustellen und Teile von Eisengittern weggeholt und als Waffen gegen die Polizei verwandt worden. Seitens der aufständischen Menge wurde Sand mitgeführt und den einschreitenden Beamten so ins Gesicht geschleudert, daß diese am Sehen und somit in ihrer Tätigkeit behindert wurden.

In einem anderen Bericht wird davon gesprochen, daß Salz und Pfeffer ebenfalls als Kampfmittel gegen die Polizei verwandt wurden. Es heißt wörtlich: „Seitens der aufständischen Menge wurden Kraftwagenbetriebsstoffe aus den auf den Straßen angebrachten Pumpen entnommen und zum Erzeugen einer Feuersbrunst verwendet.“

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, welche Mittel im Kampf gegen die Polizei angewandt worden sind. Die Arbeiter im Wedding und in Neukölln sind einen Schritt weiter gegangen, indem sie als Mittel des Kampfes gegen den Polizeiterror Barrikaden gebaut haben. Wir sagen, daß die Anwendung des Barrikadenbaus den konkreten Kampfbedingungen im Kampf gegen die Polizei in diesem Kampfgebiet entsprang, daß er ein Mittel der Abwehr und des Selbstschutzes gegenüber dem Polizeiterror war und den Zweck hatte, die Manövrierfähigkeit der Schutzpolizei zu unterbinden, Zersetzung im Lager des Gegners zu schaffen, das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu stärken und den Massen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Polizei nicht unüberwindlich ist. Obwohl die Situation für die Durchführung des bewaffneten Aufstandes nicht reif war, müssen wir in der jetzigen Situation den Arbeitermassen zum Bewußtsein bringen, daß solche Maßnahmen des Polizeiterrors, wie sie in Warschau, Berlin usw. angewandt wurden, in der gegenwärtigen Situation die Regel sein werden, und daß demzufolge auch die Arbeiter in der Regel entsprechende Selbstschutzmaßnahmen anwenden müssen. Welche Kampfmittel angewendet werden, das ist vom Charakter und der

Stärke der Massenbewegung und der Einschätzung der Lage abhängig.

Der „Vorwärts“ versucht die Arbeiter zu verwirren, indem er feststellt, daß eine akut revolutionäre Situation nicht vorhanden und die Politik der Komintern sinnlos sei. Er spekuliert auf jene falschen Auffassungen mancher Arbeiter, die angeblich auf den großen Tag des Endkampfes warten, bis dahin aber vorziehen, Skat zu spielen. Wir erklären demgegenüber offen, daß der Kampf um die Straße, die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes gegen den Polizeiterror, die Anwendung der Waffe des politischen Streiks notwendige Voraussetzungen für die Herbeiführung einer akut revolutionären Situation sind.

Zweifellos war die Politik der Polizei eine Provokation. Ich glaube, es ist notwendig, offen zu sagen, daß der Gegner, solange er die Macht hat, immer wieder versuchen wird, die Arbeiter zu provozieren, daß er versuchen wird, von sich aus den Zeitpunkt des Kampfes zu bestimmen, um uns zu isolieren, die organisierte Kraft der Arbeiterklasse zu schwächen und Demonstrationen der Kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse zu unterbinden. Wir müssen eine solche Taktik anwenden, daß der Gegner nicht uns isoliert, sondern daß wir den Gegner isolieren. Das ist uns gelungen. Die Sozialdemokratie ist infolge des Polizeiterrors bis zu einem gewissen Grade isoliert worden. Das ist ein großer Erfolg unserer Partei. Die Polizei hat eine Niederlage gehabt. Warum? Die Arbeiter haben trotz Polizeiterrors die Straße behauptet. Die Polizei mußte sich zurückziehen, weil die Arbeiter bestimmte Mittel angewandt haben, die es der Polizei unmöglich machten, weiter vorzugehen. Die Arbeiter zerschlugen die Lampen und setzten dadurch ganze Stadtteile in Finsternis und bauten Barrikaden. Diese Kampfmittel der Arbeiter im Wedding und in Neukölln haben das Selbstbewußtsein der Arbeiter gehoben, den Arbeitern zum Bewußtsein gebracht, daß trotz Panzerwagen die Polizei nicht unüberwindlich ist.

Der Kampf gegen die Zerschlagung der proletarischen Organisationen, gegen das Verbot des RFB muß von uns ebenso geführt werden wie der Kampf um die Straße am 1. Mai. Wenn die Partei eine andere Losung ausgegeben hätte als die: Weiterbestehen des RFB trotz Verbots, hätte das eine Ermunterung des Klassen-

feindes bedeutet, denn das Verbot des RFB war die Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei. Unser Kampf gegen das RFB-Verbot ist aber gleichzeitig ein Kampf gegen das Verbot der KPD. Er schafft die Voraussetzungen, daß beim Verbot der KPD die Massen wissen, daß wir weiterkämpfen, um auch unter diesen schwierigen Bedingungen die Massenkämpfe zu organisieren und zu führen.

Welches waren die Hauptfehler, die in Erscheinung traten? Erstens eine gewisse Unterschätzung des Klassenkampfes bei einem Teil unserer Genossen, die in der Illusion zum Ausdruck kam, daß am 1. Mai die Demonstration vielleicht ohne Blutvergießen oder ohne scharfe Auseinandersetzungen mit der Polizei vor sich gehen würde. Zweitens bestand eine gewisse Differenz zwischen den politischen Aufgaben und den organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Aufgaben. Es ist ganz klar, daß in einer Situation, wo wir selbständig die Kämpfe organisieren müssen, die Organisationsfrage eine viel größere Bedeutung hat als früher. Und hier zeigte sich am 1. Mai eine gewisse Schwäche in unserem organisatorischen Apparat.

Ich komme zum Schluß. Die Erfahrungen sowohl der ökonomischen wie der politischen Kämpfe in den letzten Monaten lehren, daß die ökonomischen Kämpfe eine immer größere politische Bedeutung haben und daß gleichzeitig die Arbeiter bereits dazu übergegangen sind, unter Führung der Kommunistischen Partei unmittelbar den politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt aufzunehmen. Wir sehen in allen ökonomischen und politischen Teilkämpfen, welches Ausmaß von Erbitterung in der Arbeiterschaft vorhanden ist, und das zeigt uns, daß wir uns nicht nur auf die systematische, lang andauernde Vorbereitung bestimmter Kämpfe einstellen dürfen, so wie wir es zum 1. Mai getan haben, sondern daß sich die Komintern auch auf den unerwarteten Ausbruch von großen politischen und ökonomischen Kämpfen einstellen muß. Die Sektionen der Komintern müssen auf die Organisation und auf den unerwarteten Ausbruch von Teilkämpfen in den einzelnen Betrieben eingestellt sein, die wir steigern und verbreitern müssen, weil sie die Voraussetzung für die Durchführung des revolutionären Massen-

kampfes sind. Die Berliner Erfahrungen zeigen, daß wir in Zukunft mehr und besser die konkreten Fragen des Tageskampfes mit dem politischen Kampf verbinden müssen, mit dem Kampf um das Endziel, für den Sturz der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats. Diese Losungen müssen einen größeren Raum in unserer Propaganda einnehmen, als es in der letzten Zeit der Fall gewesen ist. Daraus ergibt sich auch die Konsequenz für die Führung der Komintern, ihren Apparat, ihre Organisation so auszubauen, daß sie schneller auf die Ereignisse reagieren kann, als es zum Beispiel in Deutschland während des Ruhrkampfes und während der Berliner Maikämpfe geschehen ist.

Die Fragen des Kampfes um die führende Rolle in der Arbeiterschaft, die Frage der selbständigen Kampfführung, die Frage des Kampfes gegen den Sozialdemokratismus und der Anwendung höherer Formen des politischen Kampfes, der Anwendung der Waffe des politischen Streiks, des organisatorischen Kampfes gegen Polizeiterror usw., das müssen die Fragen sein, die diesem zehnten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern den Stempel aufdrücken, das müssen die Fragen sein, die im Mittelpunkt der Berichterstattung über dieses Plenum stehen müssen.

*Protokoll des zehnten Plenums des EKKI,
Moskau, 3. bis 19. Juli 1929,
S. 359—370.*

Die Aktivierung und Überprüfung des Mitgliederbestandes unserer Partei

In den 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale heißt es:

„§ 13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.“

Das zehnte Plenum der Exekutive hat das Anschwellen des revolutionären Aufschwungs als das wichtigste Merkmal der jetzigen Lage in den Vordergrund der Analyse gerückt und den Sektionen der Komintern den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als zentrale Aufgabe gestellt. Die Organisierung der revolutionären Offensive ist aber in entscheidendem Maße nicht nur von der richtigen politischen Linie der Sektionen der Komintern abhängig, sondern auch von den Arbeitsmethoden, der Organisationsstruktur und der bolschewistischen Initiative jedes einzelnen Parteimitgliedes. Während die politische Linie der Sektionen der Komintern im allgemeinen mit den Beschlüssen der Komintern übereinstimmt, besteht eine wesentliche Differenz zwischen den beschlossenen Aufgaben und ihrer Durchführung.

Die opportunistischen Abweichungen in der Kampagne gegen den imperialistischen Krieg, die opportunistische Vernachlässigung der Organisierung des politischen Massenstreiks, die Unentschlossenheit und die Schwankungen in der Organisierung der ökonomischen Bewegungen, die ungenügend aktive Führung der Arbeitermassen in den Betrieben gegen Faschismus und Sozialfaschismus, die Unterschätzung der Bedeutung der Einheitsfrontorgane in den Betrieben, alles das sind lebendige Beispiele der ungenügenden ideologischen und organisatorischen Festigung, des Zurückbleibens eines Teiles der Organisationen oder

einzelner Funktionäre hinter den gegenwärtigen Aufgaben und hinter der Linksentwicklung der Arbeitermassen. Während in der Sowjetunion die bolschewistische Partei im Kampf um den Aufbau des Sozialismus Tempogewinn zu verzeichnen hat (Überschreitung der planmäßig festgelegten Aufgaben), ist in den kapitalistischen Ländern teilweise ein Tempoverlust der Sektionen der Komintern zu verzeichnen.

Die Einstellung der Parteiorganisationen auf die Aufgaben in der dritten Periode erfordert eine gründliche Umstellung der Arbeitsmethoden und die Heranziehung neuer Kader mit Hilfe der Entwicklung der revolutionären Selbstkritik auf breitester Massenbasis. Vielfach haben sich die Parteiorganisationen mit dem Ausschluß der Liquidatoren begnügt, aber noch nicht erkannt, daß es darüber hinaus notwendig ist, den praktischen Opportunismus zu überwinden, jedes Parteimitglied von der neuen Taktik zu überzeugen und systematisch zur Parteiarbeit heranzuziehen und die Arbeitsmethoden umzugestalten. (Verbesserung der Massenarbeit der Parteiorgane, systematische Instruktion und Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse, besonders in den Großbetrieben, systematische Arbeitszuteilung an jedes Mitglied und Kontrolle der Durchführung, planmäßige Organisierung der Eroberung der Großbetriebe, Erfassung nicht nur der Kommunisten, sondern systematische Erfassung und Beeinflussung aller oppositionellen Arbeiter in den Massenorganisationen, Einstellung auf halblegale und illegale Arbeitsbedingungen usw.)

Bisher war es die Regel, daß die Ursachen bestimmter Fehler erst dann beseitigt wurden, nachdem bei Streiks, Wahlen und dergleichen die Mängel der Parteiarbeit offen in Erscheinung traten. Oftmals begnügte man sich dabei obendrein mit handwerksmäßiger Flickarbeit. Vielfach wurde unterlassen, die Fehler und Mängel der Parteiorganisation zum Gegenstand der Selbstkritik auf Massenbasis zu machen und die Überwindung dieser Fehler zur bolschewistischen Massenerziehung auszuwerten. Um rechtzeitig die Ursachen von Fehlern zu beseitigen, die Partei zu einer offensiven Taktik fähig zu machen, was in der gegenwärtigen Zeit des faschistischen Terrors doppelt notwendig ist, sollen die kommunistischen Parteien gebietsweise systematische Parteikontrollen organisieren.

Die Parteikontrolle muß ein Mittel sein, die Aktionskraft der Partei zu steigern, die Arbeitsmethoden und Organisationsstruktur zu verbessern, das politische Niveau der Parteimitglieder zu heben, die Initiative der Masse der Parteimitglieder zu entwickeln, die Arbeitszuteilung an jedes Mitglied zu organisieren, opportunistische und verkalkte Elemente aus dem Funktionärkörper zu entfernen, neue, aktive Parteiarbeiter heranzuziehen und unverbesserliche kleinbürgerliche Elemente aus der Partei zu entfernen. Das ist aber nur auf der Basis der Entfaltung breiter Selbstkritik der Masse der Mitglieder möglich. Zu dieser Selbstkritik ist besonders in den Betrieben, je nach den Bedingungen, unter denen die Partei arbeitet, auch die Heranziehung der sympathisierenden Arbeiter notwendig.

Die Kontrolle soll ein Mittel zur planmäßigen Aktivierung und Festigung der Kommunistischen Partei sein. Dabei sind zwei zusammenhängende Aufgaben zu erfüllen: a) die Kontrolle der Parteiorganisation (Bezirksleitung, Ortsleitung, Zellen, Fraktionen, also besonders Überprüfung des Parteiapparates, der Parteikader und der Arbeitsverteilung); b) Kontrolle der einzelnen Parteimitglieder (Erfüllung der Parteipflichten, Prüfung der politischen Festigkeit und Verbundenheit mit der Partei). Die Aufgaben und Methoden der Kontrolle sind vom Entwicklungsgrad der betreffenden Parteiorganisation abhängig. So falsch es wäre, die Richtlinien über die Säuberung der KPdSU auf die Sektionen der Komintern zu übertragen, so falsch wäre es auch, in einem Lande oder in Parteibezirken, wo noch nicht einmal die Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen durchgeführt worden ist, die gleichen Methoden anzuwenden wie etwa in der KPD. In der KPdSU wird gegenwärtig die Parteisäuberung durchgeführt, um die kleinbürgerlichen, bürokratisierten und korrumpierten Elemente zu entfernen, die Arbeitsverteilung, das ideologische Niveau und die Hegemonie im Interesse der sozialistischen Offensive zu verbessern. Die Parteisäuberung fällt dort mit dem Beginn der Durchführung des Fünfjahrplans zusammen.

In den kapitalistischen Ländern, in denen wir keine genügend gestählten Organisationen auf der Basis der Betriebe haben, kann das Schwergewicht der Parteikontrolle in der Regel nicht auf die Prüfung der einzelnen Mitglieder, die organisatorische Entfer-

nung von schwankenden Elementen konzentriert werden, sondern muß in erster Reihe ein Mittel zur Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Organisationsstruktur sein.

Auch die Prüfung der Parteimitglieder kann nicht genauso wie in der KPdSU durchgeführt werden. Wir müssen berücksichtigen, daß die KPdSU die einzige Partei im Lande ist, an die sich kleinbürgerliche und opportunistische Elemente aus Gründen des eigenen Vorteils, des Karrierismus usw. anschließen, weshalb die Entfernung entarteter Mitglieder durch planmäßige Säuberung geschehen muß. In den kapitalistischen Ländern geschieht der Prozeß der Säuberung teilweise im täglichen Kampf gegen die Klassenfeinde und unter dem Druck der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, und die Entfernung der offenen Opportunisten aus der Partei geht in gewissem Maße von selbst vor sich. Die Bedingungen des Kampfes selbst bringen es mit sich, daß die Parteimitglieder klar vor die Entscheidung gestellt werden, aktiv die Linie der Partei durchzuführen oder ihren kleinbürgerlichen Charakter zu zeigen und mit der Partei zu brechen.

Gleichzeitig muß beachtet werden, daß der Prozeß der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien bei weitem nicht abgeschlossen ist und daß die Fehler, vor allem der proletarischen Mitglieder, in der Regel durch systematische Erziehungsarbeit und andere Verteilung der Funktionen im Rahmen der Partei überwunden werden können. Vor der Entfernung von Mitgliedern in Verbindung mit der Generalkontrolle muß also sorgfältig geprüft werden, ob es möglich ist, diese Genossen im Rahmen der Partei zu politisch zuverlässigen, aktiven Parteimitgliedern zu erziehen. Selbstverständlich ist die Entfernung offener Opportunisten und solcher Parteimitglieder, die sich hartnäckig weigern, Parteiarbeit zu leisten, notwendig.

A. Die Kontrolle der Parteiorgane und des Parteiapparates. Vor allem muß die Tätigkeit der betreffenden Parteiorgane in den Bewegungen der letzten Monate geprüft werden. Weiter sind zu prüfen: soziale Zusammensetzung der Leitungen, Heranziehung neuer Funktionäre als Mitarbeiter, Tätigkeit der einzelnen Leitungsmitglieder — wobei speziell die Mitarbeit jedes Genossen in seiner Betriebszelle zu prüfen ist —, Arbeitsverteilung, Tätigkeit des Apparates, Verbindung und Berichterstattung,

Unterstützung und Kontrolle der Betriebszellenarbeit der Großbetriebe und der Arbeit in Betrieben ohne Zellen, Organisation der Straßenzellen, Stärke der Straßenzellen (sind alle Betriebsarbeiter aus Straßenzellen ausgeschieden?), Referentenschulung und -vermittlung, Stand der Schulungsarbeit, Entwicklung des Einflusses in den Massenorganisationen, Stand der Organisation der Opposition, Stand der Einheitsfrontorgane, Organisation und Tätigkeit der Wehrorganisationen, Gründung neuer Ortsgruppen, Arbeit auf dem Lande (System der Patenschaften zwischen Zellen und Landorten), Förderung der Arbeit der kommunistischen Jugendorganisation, Beitragsleistung der Mitglieder, Abrechnung, Kassenführung insgesamt, Mitgliederbewegung (wo wurde die Werbearbeit vernachlässigt?), Bewegung des Abonnentenstandes der Tagespresse und der Zeitschriften, Literaturvertrieb, Vorbereitung für die Arbeit unter halblegalen oder illegalen Bedingungen, Arbeit unter den Gegnern.

B. Kontrolle der Zellen. Die Prüfung der Zellenarbeit, der Arbeitsverteilung unter den einzelnen Parteimitgliedern und die Ausführung der Arbeiten durch sie geschieht in geschlossenen Zellenversammlungen. Außerdem sind Zellenversammlungen mit Sympathisierenden durchzuführen, in denen bestimmte politische oder Betriebsfragen behandelt werden und wo die Sympathisierenden veranlaßt werden, an der Parteiarbeit im Betrieb Kritik zu üben und Vorschläge zu machen. Auch in der Betriebszeitung sind die Arbeiter über die Parteikontrolle zu informieren und zur Mitarbeit aufzufordern. Die Prüfung der Zellenarbeit bezieht sich vor allem auf die Rolle der Zelle in den Massenkampagnen für die internationalen und nationalen Aufgaben, in den letzten Wirtschaftskämpfen oder Betriebsrätewahlen, im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und dergleichen. In diesem Zusammenhang sind zu prüfen: Tätigkeit der Zellenleitung, Arbeitsverteilung an die Zellenmitglieder, Funktionieren des Apparates der Zelle (Verbindung mit allen Abteilungen, mit den Arbeiterkorrespondenten, mit der Parteileitung), Tätigkeit der Betriebsräte, Aufbau des revolutionären Vertrauensmännerkörpers, Inhalt und Verbreitung der Betriebszeitungen, Tätigkeit der Arbeiterkorrespondenten, Zahl und Verlauf der Betriebsversammlungen, Mitglieder- und Zeitungsabonnenten-

stand, Beitragsleistung, Besuch und Inhalt der Zellenversammlungen sowie der Versammlungen mit Sympathisierenden, Kursus-tätigkeit, Arbeit auf dem Dorfe (Patenschaften), Stand der Wehrorganisationen, Tätigkeit des Einheitsfrontorgans im Betrieb.

In den Straßenzellen muß die Kontrolle den besonderen Bedingungen der Arbeit im Wohngebiet entsprechen. Die Kontrolle muß zum Anlaß der Überführung aller Betriebsarbeiter aus den Straßenzellen in Betriebszellen gemacht werden.

C. Prüfung der Parteimitglieder. Die Hauptfrage ist die Prüfung der Massenarbeit jedes Parteimitgliedes, seine Tätigkeit in den Bewegungen und Kämpfen. Die Prüfung der offenen Arbeit geschieht in den Zellenversammlungen, während andere Fragen vor der Kontrollkommission behandelt werden. Parteimitglieder, die nicht in die Zellenversammlungen kommen, sind im Betrieb oder in der Wohnung aufzusuchen, um sie von der Notwendigkeit des Versammlungsbesuches und der aktiven Teilnahme an der Parteiarbeit zu überzeugen. Parteimitglieder, die im Betrieb arbeiten, aber in Straßenzellen organisiert sind, müssen unmittelbar ihrer Betriebszelle zugeführt werden. Bei Prüfung der Parteiarbeit des Genossen sind auch seine Wünsche über eventuelle andere Verwendung anzuhören. Genossen, die sich in den letzten Kämpfen besonders bewährt haben, sind zum Zwecke der Verwendung in höheren Funktionen besonders zu registrieren. Außerdem sind noch zu prüfen: Beitragsleistung (Regelmäßigkeit und richtige Höhe), Presseabonnement, Mitgliedschaft in Massenorganisationen, Kursusbesuch (es ist vorzuschlagen, an welchen Kursen der Genosse teilnehmen soll). Parteimitglieder, die sich in den Bewegungen als unzuverlässig erwiesen haben und opportunistische Fehler begingen, sind auf Grund der Beschlüsse des zehnten Plenums zur Beantwortung konkreter Fragen über die Einschätzung der Lage, den Kampf gegen den Sozialfaschismus, die Einheitsfronttaktik, die Gewerkschaftstaktik, den demokratischen Zentralismus, die Parteidisziplin aufzufordern. Diese Aussprachen sind im Sinne kameradschaftlicher Überzeugung zu führen. Wenn die Kontrollkommission den Ausschluß bestimmter Genossen für notwendig hält, so gilt der Ausschluß erst nach Bestätigung durch die Bezirksleitung beziehungsweise durch das ZK. Bis dahin bleiben die Genossen vollberechtigte Parteimitglieder.

Die Kontrolle erfolgt gebietsweise zu einer bestimmten Zeit. Entsprechend den besonderen Verhältnissen in jedem Gebiet sind im Einvernehmen mit der höheren Parteileitung spezielle Ergänzungsrichtlinien für die Kontrolle auszuarbeiten. Die Kontrolle im Bezirksmaßstabe, in der Ortsgruppe und Zelle wird von Kontrollkommissionen (mit zeitweiligem Charakter) aus drei bis fünf Genossen durchgeführt, deren Zusammensetzung von der höheren Leitung bestimmt wird. Diesen Kommissionen müssen kampferprobte proletarische Elemente mit einer bestimmten Dauer der Parteimitgliedschaft angehören. Im Bezirk wird die Kontrollkommission aus erfahrenen Betriebsfunktionären und einem Vertreter des Zentralkomitees zusammengesetzt. In den Ortsgruppen und Zellen wird die Kontrollkommission aus Funktionären anderer Organisationen (zum Beispiel anderer Betriebszellen) und Mitgliedern der höheren Leitung gebildet. Bei der Kontrolle von Großbetriebszellen muß je nach ihrer Bedeutung ein Mitglied des ZK oder der Bezirksleitung mitwirken.

Am zweckmäßigsten geschieht die Kontrolle von oben nach unten. Wenn zuerst die Kontrolle der Bezirksleitung durchgeführt wird, wird sie eher fähig sein, die Kontrolle der unteren Organisationen vorzubereiten und die Zusammensetzung der unteren Kontrollkommissionen zu leiten. Die höheren Parteiorgane müssen die Kontrollkommissionen über die Tätigkeit, Fehler und Mängel der betreffenden Organisation informieren. Während der Kontrolle sind regelmäßige Beratungen der Mitglieder der Kontrollkommissionen aller Zellen eines Ortes oder Gebietes zwecks Austauschs der Erfahrungen und Verbesserung der Arbeit von der nächsthöheren Kontrollkommission einzuberufen.

Die Kontrolle der Parteileitungen (Bezirks- oder Ortsgruppenleitung) geschieht unter Hinzuziehung einer Anzahl Betriebsfunktionäre, die von den wichtigsten Betriebszellen gewählt werden. Wo es notwendig ist, können Spezialkommissionen zur Prüfung der Gewerkschaftsarbeit, der Landarbeit, der Kassenverhältnisse und dergleichen zur Unterstützung der Kontrollkommission bestimmt werden.

In den Zellenversammlungen wird die Kontrolle durch einen Bericht der Zellenleitung und durch das Referat eines Mitgliedes der Kontrollkommission über die Aufgaben der Parteikontrolle

eingeleitet. Die Kontrollkommissionen formulieren ihre Kritik und Vorschläge und berichten darüber in den Delegiertenkonferenzen und Zellenversammlungen bei Abschluß der Kontrolle. Dabei muß im Einvernehmen zwischen Parteileitung und Kontrollkommission ein konkreter Arbeitsplan über die nächsten Aufgaben für den Bezirk oder die Ortsgruppe oder die Zelle vorgelegt werden. In diesen Konferenzen und Mitgliederversammlungen erfolgt auch die Neuwahl der Leitungen. Ist die Mehrheit der Zellenmitglieder mit der Kritik und den Vorschlägen der Kontrollkommission nicht einverstanden, so kann sie bei der höheren Parteileitung Einspruch erheben.

Selbstverständlich ist die Parteikontrolle in der geschilderten Weise nur in den fortgeschrittensten Organisationen durchführbar. Die Grundlinie der Parteikontrolle ist in allen Organisationen gleich. Aber die Kontrolle muß entsprechend dem Entwicklungsgrad der Organisation und den Bedingungen, unter denen die Parteiarbeit durchgeführt wird, auf das Wichtigste konzentriert werden. In Organisationen, die noch nicht auf Betriebszellen umgestellt sind, muß zum Beispiel die Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen eine der wichtigsten Aufgaben sein. In anderen Organisationen, in denen sich große Teile der Parteimitgliedschaft durch Passivität auszeichnen, muß besonders die Heranziehung der Parteimitglieder zur Parteiarbeit und die Säuberung der Partei von kleinbürgerlichen Elementen erfolgen.

Keineswegs darf die Parteikontrolle als eine bürokratische Maßnahme behandelt werden. Die Parteikontrolle kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie *im Zusammenhang mit den politischen Aufgaben der Partei als ein Mittel zur Hebung des politischen Niveaus, zur Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Organisationsstruktur, zur Entwicklung der Initiative der Masse der Parteimitglieder organisiert wird.* Auf solche Weise durchgeführt, wird die Parteikontrolle die Autorität der Partei heben und ihre Werbekraft vergrößern.

„Die Kommunistische Internationale“, Heft 46,
27. November 1929.

Anmerkung des Verfassers

Das Verbot der Maidemonstration 1929 sowie die Erschießung von Arbeitern auf Befehl des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung und die Zulassung der faschistischen Mordorganisationen durch die Polizei Severings und der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in verschiedenen Städten — bei gleichzeitigem Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch Severing — zeigten, daß die sozialdemokratische Führung die Reaktion und die faschistischen Kräfte unterstützte. Deshalb wurde die Politik der sozialdemokratischen Führung als *sozialfaschistisch* charakterisiert. So treffend diese Einschätzung der sozialdemokratischen Führung war, so wurde sie doch mit der Zeit vielfach auf die Sozialdemokratie als Partei angewandt, wodurch sich die sozialdemokratischen Werktätigen getroffen fühlten.

Im Jahre 1932, als die Hitlerpartei den Kampf um die Macht führte, richtete die Kommunistische Partei das Hauptfeuer nicht vor allem gegen die Nazi-partei und die Wegbereiter der Hitlerdiktatur — die Brüning—Papen—Schleicher —, sondern ebenso gegen die Sozialdemokratie als Partei, ohne genügend zwischen der sozialdemokratischen Führung und den sozialdemokratischen Mitgliedern zu unterscheiden.

W. U.

Die Reformisten propagieren die Produktionssabotage in der UdSSR

Die Reformisten passen ihre Kampfmethoden gegen die Sowjetmacht geschickt den veränderten Bedingungen an. Während nach 1917 die unmittelbare militärische Intervention organisiert wurde, wenden in der Rekonstruktionsperiode die Feinde der Sowjetmacht die Produktionssabotage in den verschiedensten Formen an. Sie kombinieren die Vorbereitungen des äußeren Angriffs mit der direkten Produktionssabotage und der Propagierung der Sabotage der Arbeitsproduktivität im Lande.

In den letzten Wochen führte die sozialdemokratische Presse eine systematische Kampagne, um den sozialistischen Wettbewerb zu verleumden.

In der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 39 orakelt Herr Schwarz über die „großen Gefahren des sozialistischen Wettbewerbs“. Seine Gegnerschaft verkleidet er in der Auffassung, daß jedem Arbeiter die Beteiligung am Wettbewerb „freigestellt“ sein müsse. Herr Schwarz proklamiert also das Recht auf Sabotage des sozialistischen Wettbewerbs und Sabotage der Produktion. Er will gleichzeitig den deutschen Arbeitern einreden, daß die Arbeiter in der Sowjetunion nur „gezwungen“ am Wettbewerb teilnehmen. Die Sozialdemokraten haben solche große kapitalistische Scheuklappen, daß sie nicht erkennen können, daß die Arbeiter, wenn sie die Staatsmacht haben, wenn sie Herren der Wirtschaft sind, aus eigenem Antrieb am sozialistischen Wettbewerb teilnehmen, weil sie ja für sich arbeiten, für ihre ureigensten Interessen.

Der sozialistische Wettbewerb ist die kommunistische Methode des Aufbaus des Sozialismus. Mit Hilfe des Wettbewerbs wird die maximale Massenaktivität für die Umstellung der Wirtschaft auf sozialistischer Basis entfaltet. Die ungeheure Bedeutung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht nur für die Sowjet-

union, sondern für die Weltrevolution überhaupt hat am klarsten Lenin in seiner Schrift über „Die große Initiative“ entwickelt:

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft . . .

Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der vorgeschrittenen Technik bedienen.“¹

Das ist die beste Begründung der Notwendigkeit des sozialistischen Wettbewerbs. Mit Hilfe des Wettbewerbs wird den zurückgebliebenen Betrieben geholfen, ein höheres Produktionsniveau zu erreichen. Indem der Wettbewerb zu einer allgemeinen Steigerung der Arbeitsproduktivität führt, schafft er die Voraussetzungen zur Hebung des Lebensniveaus für alle Arbeiter, denn das Mehrprodukt wird in der Sowjetunion für die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterklasse verwendet. Einen Teil bekommt der Arbeiter sofort in Form von Arbeitszeitverkürzung, Verbesserung der sozialen Einrichtungen, Lohnerhöhung usw. Einen anderen Teil des Mehrproduktes erhält er erst später, indem durch die Schaffung neuer Produktionszweige und die Hebung der Produktionsqualität den Arbeitern die Möglichkeit einer höheren Lebenshaltung gewährt wird.

Die Überflügelung des Tempos der kapitalistischen Wirtschaft durch den sozialistischen Aufbau in der UdSSR bedeutet gleichzeitig die zunehmende ökonomische Unabhängigkeit der Sowjetmacht und die Stärkung der Landesverteidigung. Die Panzerkreuzersozialdemokraten wollen aber eine ökonomisch-militärische Schwächung der Sowjetmacht.

Der sozialistische Wettbewerb steht in prinzipiellem Gegensatz zur kapitalistischen Konkurrenz. Die Konkurrenz zwischen den Betrieben oder zwischen den Arbeitern bedeutet im Kapitalismus Niederringung des einen durch den anderen, Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen, Entlassung von

¹ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 576.

Arbeitern aus den Betrieben, Zerstörung der Solidarität der Arbeiter. Während die Reformisten gegen den sozialistischen Wettbewerb kämpfen, unterstützen sie die kapitalistische Rationalisierung und die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern in den kapitalistischen Betrieben. Sie predigen den Arbeitern „Arbeitsfreude“ und versuchen sie davon zu überzeugen, daß die Steigerung der Arbeitsleistung den Unternehmer veranlassen würde, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie ordnen damit die Arbeiterinteressen den kapitalistischen Profitinteressen unter. Die Reformisten sind notwendigerweise prinzipielle Gegner des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und der Methoden des sozialistischen Wettbewerbs, weil jeder Fortschritt des sozialistischen Aufbaus lebendig beweist, daß nur unter der Sowjetmacht die Entfaltung der Produktivkräfte, die Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten und die Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse möglich ist.

Herr Schwarz behauptet, daß der Wettbewerb „um jeden Preis — auch um den Preis der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und selbst der Verschlechterung der Warenqualität“ — durchgeführt würde. Diese Worte treffen vollständig zu, aber nicht für die Sowjetunion, sondern für die kapitalistische Rationalisierungspolitik der Reformisten. Während im kapitalistischen Deutschland im Zusammenhang mit der Durchführung des Youngplans^[14] ein Abbau der sozialen Einrichtungen durchgeführt und die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert wird, ist im Fünfjahrplan der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte ein umfassendes soziales Programm der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen festgelegt.

Am Ende des Fünfjahrplans wird der Nominallohn um 47 Prozent und der Reallohn um 71 Prozent höher sein als im ersten Jahr. Es kommt hinzu, daß die Lage der Arbeiter noch durch andere Leistungen verbessert wird, zum Beispiel werden die Ausgaben für Sozialversicherung um 100 Prozent erhöht. Der Fünfjahrplan, dessen reale Durchführbarkeit bereits durch die Bilanz des ersten Jahres bewiesen ist, bringt eine Steigerung des Verbrauchs der Bevölkerung um 66 Prozent. Selbstverständlich wer-

den im Zusammenhang mit technischen Verbesserungen und mit der besseren Organisierung der Arbeit im Betrieb auch die Akkordlöhne herabgesetzt. Das bedeutet aber keineswegs eine Senkung des Reallohnes der Arbeiter, denn gerade die Erhöhung der Produktivität der Arbeit ist die Voraussetzung für die Hebung des Lebensniveaus der gesamten Arbeiterklasse.

Niemand bestreitet, daß es bei diesem gewaltigen Aufbauwerk auch Fehler und Mißstände gibt. Die Sowjetmacht mobilisiert gerade die Arbeitermassen zur Überwindung der Mißstände, indem sie offen in der Presse diese Fehler mitteilt. Die Reformisten glauben aber noch immer, durch Ausnutzung solcher Veröffentlichungen die deutschen Arbeiter irreführen zu können. Sie wollen durch die Veröffentlichungen nicht die Beseitigung dieser Mängel, sondern sie wünschen, daß solche einzelne Mängel zum System werden.

Die „Gewerkschaftszeitung“ zitiert zum Beispiel zwei Arbeiter, die sich gegen den sozialistischen Wettbewerb wenden. In dem Brief eines Arbeiters heißt es:

„Ich sehe keinen Nutzen in diesem Wettbewerb. Wie soll man nicht erbozt sein, wenn der Plan des Betriebes den Plan der persönlichen Bereicherung zerstört, wenn man nach der Arbeit im Betrieb keine Kraft mehr für die Arbeit im Dorfe hat.“

Zweifellos gibt es eine größere Zahl von Arbeitern, die so denken. Das sind jene Schichten, die im Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung vom Dorfe in die Fabrik kommen, aber die Arbeit dort mehr als „Nebenbeschäftigung“ betrachten und deren ganzes Denken nur darauf gerichtet ist, ihre bäuerliche individuelle Wirtschaft zu verbessern.

In einem anderen zitierten Brief wird gesagt:

„Als alter Arbeiter teile ich vollkommen diese Ansicht (Wettbewerb sei Ausbeutung), und deshalb beteilige ich mich auch selbst nicht am Wettbewerb und versuche nicht, die anderen in der Produktivität der Arbeit zu überflügeln.“

Es ist natürlich, daß viele alte Arbeiter, die an die vorsintfluthen Arbeitsmethoden der Vorkriegszeit und des Kriegskommunismus gewöhnt sind, nur schwer in die Masseninitiative des sozialistischen Aufbaus und des sozialistischen Wettbewerbs

hineingezogen werden können. Also auf die rückständigsten Schichten, die noch fest mit dem Dorfe verbunden sind, die auf einem verhältnismäßig niedrigen kulturellen Niveau stehen, und auf alte Arbeiter stützen sich die Reformisten in ihrer Argumentation gegen den sozialistischen Aufbau.

Wenn die sozialdemokratischen Schlichter in Deutschland die Arbeitszeit verlängern, scheren sie sich einen Teufel um die Meinung der Arbeiter. Wenn aber in der Sowjetunion die Arbeitszeit verkürzt wird und unter solchen Bedingungen die Arbeiter selbst dafür sorgen, daß die Solidarität nicht durch einige Arbeiter verletzt wird, die nach altem Brauch „blauen Montag“ machen oder die Produktion sabotieren, dann treten die Reformisten als die mitleidigen Freunde solcher Elemente auf.

*„Betrieb und Gewerkschaft“ Nr. 1,
1. Januar 1930.*

Betriebsrätewahl und Kampf gegen Hungerregime

Rede in einer

Belegschaftsversammlung der AEG Brunnenstraße

19. Februar 1930

Die Betriebsrätewahlen 1930 finden im Zeichen des Kampfes gegen das Hungerregime und für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion statt. Der Teilstreik der Arbeiter in den Opel-Werken für die Verteidigung des Betriebsrates, der Streik der Droschkenchauffeure in Berlin, der Kampf der Verkehrsarbeiter für Siebenstundentag bei Lohnausgleich und gegen die Herabsetzung der Löhne, die zahlreichen Teilkämpfe in den Betrieben für Lohnerhöhung, gegen Herabdrückung der Akkordpreise, der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, wie er in den gemeinsamen Kundgebungen vor den Betrieben zum Ausdruck kommt, beweisen, daß immer breitere Arbeitermassen den Kampf aufnehmen, daß sie dieses Hungerleben nicht so weiterführen wollen wie bisher. Gleichzeitig beweisen die Demonstrationen und Protestresolutionen der Belegschaften und Erwerbslosen gegen den Polizeiterror, gegen das Kommunistengesetz, gegen Hungerregierung und Antisowjethetze, daß der Kampf um Lohn und Brot zugleich als Kampf gegen die kapitalistische Lohnsklaverei überhaupt geführt wird.

Zehn Jahre Betriebsrätegesetz: zehn Jahre versuchten Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter zum Wirtschaftsfrieden, zur Unterstützung der kapitalistischen Hungerpolitik zu erziehen. Viele sozialdemokratische Betriebsräte feiern jetzt das zehnjährige Jubiläum als treue Diener ihrer Direktion und als treue Diener der reformistischen Regierungspolitik.

Waren es nicht die reformistischen Funktionäre, die vor sechs Jahren feierlich verkündeten, daß die Rationalisierung zur Erhöhung der Löhne, zur Senkung der Preise, zur Ausdehnung des Absatzes und damit zur Einstellung neuer Arbeiter in den Betrieben führen werde? Ziehen wir die Bilanz der Rationalisierungspolitik. Was hat zum Beispiel die AEG durch die Rationalisierung erreicht?

Im Jahre 1928/29 war eine Umsatzsteigerung von 15 Prozent und eine Reduzierung der Arbeiterzahl von 65 000 auf 60 000 zu verzeichnen.

	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
	in Millionen Mark				
Reingewinn	8,3	10,7	12,3	16,5	19,2
	in Prozenten				
Dividende	6	7	8	8	9

Diese Riesengewinne sind die Folge der ständigen Herabdrückung der Akkordpreise, der Schinderei der Arbeiterinnen am Fließband, der Tatsache, daß mancher Arbeiter nicht einmal das Krankengeld in der Woche verdient, der Sparmaßnahmen, die verbieten, den Arbeitern auch nur warmes Wasser zum Waschen zu geben, der Abschaffung der fünf Minuten Waschpause usw.

Die Löhne der deutschen Arbeiter haben sich in den letzten sechs Monaten um 13,6 Prozent vermindert. Die Unfallziffer stieg im Jahre 1928 in Deutschland um 12 Prozent. 3¹/₂ Millionen Erwerbslose hungern. Die Regierung bereitet neue Massenbelastungen in Höhe von 700 Millionen Mark vor. Und die reformistischen Betriebsräte haben nicht nur diese Rationalisierungspolitik und diese Politik der Teuerung propagiert, sondern sie haben sich auch für die Entlassungen eingesetzt, sie haben sich gegen außer tarifliche Lohnbewegungen gewandt, sie haben die Herabdrückung der Akkordsätze unterstützt, sie haben die Politik des Zollwuchers und der Massenverbrauchssteuern, die Erhöhung der Verkehrstarife in Berlin, die Senkung des Lohnes der Verkehrsarbeiter und andere arbeiterfeindliche Maßnahmen der Koalitionsregierung und des sozialdemokratischen Berliner Magistrats unterstützt. Vergeßt nicht, daß der Sozialdemokrat Breitscheid dazu im Reichstag erklärte: „Wir sind stolz, dieser Regierung anzugehören.“

Bei der Betriebsrätewahl muß sich jeder Arbeiter klar sein, daß die Wahl sozialdemokratischer Betriebsräte die Unterstützung dieser Hunger- und Streikbruchpolitik bedeutet.

Die sozialdemokratische Betriebsrätepolitik stimmt völlig mit den Maßnahmen der AEG-Direktion gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition überein. Die Direktion hat den Antrag

auf Amtsenthebung des Arbeiterratsvorsitzenden gestellt, er soll gegen § 66 des BRG verstoßen haben, indem er nicht geholfen hat, den „Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“. Er soll gegen § 68 verstoßen haben, weil er nicht das „gegenseitige Einvernehmen mit der Direktion“ — das heißt die hündische Durchführung ihrer Befehle — hergestellt hat. Er soll gegen § 71 verstoßen haben, weil er den Geschäftsbericht nicht vertraulich behandelt, sondern sich die Summe der Erhöhung des Reingewinns und die Senkung der Lohnsumme zu gut gemerkt haben soll. Im Leuna-Werk wurde der Betriebsratsvorsitzende auf Denunziation der Reformisten entlassen, weil er eine Resolution gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenbestimmungen eingebracht hatte. In zahlreichen anderen Betrieben haben die reformistischen Betriebsräte es abgelehnt, gegen die Entlassung oppositioneller Betriebsräte Einspruch zu erheben, und sich dadurch mit den Maßnahmen der Unternehmer solidarisiert.

Durch alle diese Taten beweisen die sozialdemokratischen Funktionäre, daß sie die treuesten Organe der Severing, Zörgiebel, Wissell und Co. sind. Gleich einer Transmission funktioniert die Tätigkeit aller kapitalistischen Organe von den Beherrschern der Truste bis zu den reformistischen Betriebsräten.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie beschließt das Finanzprogramm der Bourgeoisie.

Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung beschließt neuen Zollwücher, neue Massenverbrauchssteuern, Erhöhung der Verkehrstarife und bereitet das Kommunistengesetz vor, um den Kampf der Arbeiter gegen diese Hungerpolitik zu brechen.

Die SPD versucht durch eine schrankenlose Verleumdungskampagne gegen die KPD und durch Propagierung der Arbeitszeitverkürzung mit gleichzeitiger Lohnsenkung (ebenso wie die Direktion des IG-Farben-Trustes) die Arbeiterfront zu zersetzen und den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen.

Der ADGB schließt langfristige Tarifverträge ab, damit er unter Berufung auf die Tariftreue verhindern kann, daß die Arbeiter die Teuerungspolitik der Regierung durch außertarifliche Lohnkämpfe beantworten.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte der AEG versuchen jede Lohnerhöhung im Namen der Tariftreue zu verhindern und beweisen damit, daß sie die treuesten Diener der AEG-Direktion sind. Gleichzeitig unterstützen sie die Entlassung von Arbeitern.

Der Kampf um die elementarsten Interessen, wie sie in den euch vorgelegten Kampfforderungen niedergelegt sind, muß zur Sache aller Arbeiter der AEG Brunnenstraße werden. In allen Betriebsabteilungen gilt es, dazu Stellung zu nehmen. Es ist besonders nötig, in den Abteilungen, wo Arbeiterinnen beschäftigt sind, Abteilungsversammlungen einzuberufen.

Die Sozialdemokraten haben Angst vor den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen. Sie wollen deshalb die Wahlperiode der Betriebsräte künftig auf zwei bis drei Jahre verlängern. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird demgegenüber mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß der Betriebsrat zu jeder Zeit neu gewählt werden muß, wenn mehr als die Hälfte der Belegschaft es fordert.

Dieser Versuch, das Betriebsrätegesetz aus Angst vor den Massen zu ändern, steht in Zusammenhang mit der Faschisierung der Staatsgewalt überhaupt. Bei einer solchen Teuerungspolitik reichen die „demokratischen Mittel“ der Massenbeherrschung nicht aus. Je auswegloser sich die kapitalistische Krise entwickelt, um so mehr wenden Bourgeoisie und Sozialdemokratie die Methoden des Terrors gegen die Arbeiterklasse an.

Durch Verleumdung, durch Massenverhaftungen von Redakteuren, durch Verbot der antifaschistischen Organisationen soll die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Führung, der KPD, vorbereitet werden.

Bei euch, in der AEG Brunnenstraße, pflanzte sich am 1. Februar Schutzpolizei an den Fabriktoeren und Kriminalpolizei auf dem Fabrikhof auf. Seitdem haben wiederholt Besichtigungen des Betriebes durch geheimnisvolle „Zivilisten“ stattgefunden. Die Direktion und ihre Verbündeten, die Zörgiebel, Köcher und Co., wollten mit Hilfe der Schutzpolizei die Kampfsolidarität der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, die gemeinsamen Kundgebungen der Ausgebeuteten im Betrieb und der Hungernden außerhalb des Betriebes zerschlagen. Das ist ihnen nicht gelungen und wird ihnen nicht gelingen. Die Belegschaft wird die Polizei-

provokationen mit der Organisierung des proletarischen Selbstschutzes und mit der Vorbereitung des internationalen Erwerbslosentages am 6. März in allen Werkstätten, in allen Betriebsabteilungen beantworten. Setzt alle Kräfte ein, damit am 6. März der Proteststreik in Form des früheren Arbeitsschlusses geschlossen durchgeführt wird.

Zehn Jahre Betriebsrätegesetz, zehn Jahre Kampferfahrungen! Zuerst verkündeten die Reformisten, daß die Rationalisierung zur Erweiterung des Innenmarktes und zur Erhöhung der Löhne führe. Später erzählten sie die schönsten Märchen vom „amerikanischen Wirtschaftswunder“ und seinen Propheten Ford und Hoover. Heute wird die Unterstützung der imperialistischen Politik auf dem Weltmarkt stärker propagiert denn je.

Aber vom amerikanischen Wirtschaftswunder des ADGB ist nichts mehr zu sehen. Die Produktion in den USA sinkt. Sechs Millionen Erwerbslose liegen in den Vereinigten Staaten auf der Straße. Wir erleben das Heranwachsen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Der Kampf um den Weltmarkt verschärft sich tagtäglich. Unter diesen Verhältnissen ist das Feuer der Imperialisten und ihrer reformistischen Schildknappen mehr denn je gegen die Sowjetunion konzentriert.

Die gegenwärtige internationale Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, die Hetze gegen die Sowjetbotschaft, der Aufruf der ganzen schwarzen Meute gegen die Kulturrevolution in der Sowjetunion, die Hetze des „Vorwärts“ für den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion usw., das sind Resultate der Furcht der kapitalistischen Welt vor dem siegreichen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Während die kapitalistische Welt von tiefen Krisen erschüttert ist, während es in den kapitalistischen Ländern „rentabel“ ist, die Betriebe stillzulegen, schreitet die sozialistische Offensive in der Sowjetunion siegreich vorwärts, und die Lebenshaltung der Arbeiter steigt unaufhörlich.

Während in Deutschland die Gewerkschaften die Betriebsrätewahlen ausnutzen, um die Arbeiter für die Hungerpolitik der Koalitionsregierung zu gewinnen und gegen die Sowjetunion zu hetzen, werden in der Sowjetunion die Betriebsrätewahlen durch eine gründliche Diskussion zu den Fragen des sozialistischen Aufbaus eingeleitet.

Durch Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen wollen die Imperialisten vor Durchführung des grandiosen Fünfjahrplans die Sowjetunion überfallen und die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern niederschlagen, damit die Kriegführung im Hinterland und an der Front gesichert und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, die Verbrüderung der Arbeiter mit der Roten Armee verhindert wird.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 43,
20. Februar 1930.*

Die Kommunistische Partei — Organisator und Führer der Massenkämpfe

Zum 18. Bezirksparteitag der KPD
Bezirk Groß-Berlin—Brandenburg—Lausitz—
Grenzmark

Die zentrale Aufgabe unseres 18. Bezirksparteitages des Bezirks Groß-Berlin—Brandenburg ist die Herausarbeitung der Taktik, Methoden und organisatorischen Formen zur Organisation der Wirtschaftskämpfe und des politischen Massenkampfes gegen die Hungeroffensive des Trustkapitals der Bürgerblockregierung und ihrer reformistischen Lakaien. Der Klassenfeind schwingt die Hungerpeitsche gegen Millionen Werktätige. Betriebe werden stillgelegt, Lebensmittel werden vernichtet, Löhne werden gesenkt, die Sozialversicherung wird abgebaut, und der Faschismus erhebt im Dienste des Finanzkapitals und seiner Bürgerblockregierung frecher sein Haupt. Immer offensichtlicher zeigt sich für die breitesten Massen, daß die kapitalistischen Eigentumsinteressen unvereinbar sind mit der Sicherung der Lebensexistenz der Werktätigen.

Der Widerstand des Proletariats gegen die Hunger- und Unterdrückungsoffensive der Bourgeoisie wächst. Die Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai in Berlin und die gewaltige Massendemonstration beweisen das Anwachsen der Kampfkraft des revolutionären Proletariats und die Verbreiterung und Festigung der proletarischen Einheitsfront. Es genügt aber nicht, wuchtige Kampfdemonstrationen durchzuführen, sondern es ist gegenwärtig notwendiger denn je, die allgemein wachsende Aktivität der Arbeiterklasse in organisierte Kampfkraft umzumünzen, die in den Wirtschaftskämpfen und in der Vorbereitung des revolutionären Proletariats auf politische Massenstreikbewegungen ihren Ausdruck finden muß.

Ausgehend von dieser gegenwärtigen Hauptaufgabe, wird der Bezirksparteitag mit bolschewistischer Selbstkritik die Lehren der politischen Massenstreikbewegungen, der Wirtschaftskämpfe, der Betriebsrätewahlen, der Arbeit in den Massenorgani-

sationen und die Fortschritte in der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Schaffung ihrer Massenbasis im Betrieb diskutieren. Diese bolschewistische Selbstkritik ist Sache des gesamten Proletariats, denn je klarer die Arbeiterklasse die Schwächen und Fehler im revolutionären Kampf erkennt, um so leichter ist es, die Schwächen zu beseitigen und damit das Tempo des revolutionären Kampfes zu beschleunigen. Deshalb werden wir nach dem Bezirksparteitag über die Ergebnisse unserer Diskussion und die gefaßten Beschlüsse in den Betrieben und Massenorganisationen der Arbeiter und in öffentlichen Mitgliederversammlungen vor den breitesten Massen berichten.

Dabei ist es besonders notwendig, die Lehren der Betriebsrätewahlen für die weitere Kampforganisierung auszuwerten. Der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es mit Hilfe der revolutionären Arbeiter in den Großbetrieben gelungen, bei den Betriebsrätewahlen in der Stadt Berlin mehr als 200 rote Einheitslisten aufzustellen. Das ist ein großer Fortschritt der selbständigen Massenmobilisierung in den Betrieben auf der Grundlage konkreter Kampfforderungen.

Infolge der rechtsopportunistischen Praxis zahlreicher Funktionäre ist es uns aber nicht gelungen, breitere Massen von Arbeitern in den Großbetrieben vom Einfluß der reformistischen Bürokratie und vom Nationalfaschismus loszulösen.

Die Hauptlehre aus diesen Erfahrungen muß die Verbesserung unserer Betriebsarbeit im Sinne einer ständigen, systematischen revolutionären Arbeit sein. Es gilt jetzt, nach den Betriebsrätewahlen den Kampf für die Teilforderungen zu organisieren, die von der Belegschaft für den Betrieb oder die Betriebsabteilung beschlossen wurden, es gilt, aufmerksam alle Vorgänge in den Betrieben zu beobachten, um bei Akkorddifferenzen, sanitären Mißständen, Schinderei am Fließband, niedrigen Löhnen, Entlassungen die Arbeitermassen zu mobilisieren, damit sie mit Hilfe des Streikkampfes ihre Forderungen durchsetzen.

Gleichzeitig gilt es, vor allem aus Anlaß der Tarifabläufe, den Kampf für die Arbeiterforderungen in den einzelnen Industrien zu organisieren. Der Ablauf des Manteltarifes in der Metallindustrie steht im Mittelpunkt des Kampfes der Kommunistischen

Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition für Siebenstundentag und Lohnerhöhung, gegen die wirtschaftsfriedliche und Streikbruchpolitik der reformistischen Bürokratie. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat ihre Forderungen zusammenhängend als Tarifforderungen formuliert und damit die Voraussetzungen für eine allumfassende Mobilisierung der Metallarbeiter geschaffen.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Arbeiterinnen und Jungarbeiter werden in den nächsten Wochen in den Betrieben und Versammlungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den Tarifforderungen und zur betrieblichen Organisierung des Kampfes für die Durchsetzung dieser Forderungen Stellung nehmen. Während die Gewerkschaftsbürokratie hinter dem Rücken der Arbeiter zum Tarifablauf Stellung nimmt und die Urich und Co. im Interesse des Unternehmerprofites den Siebenstundentag ablehnen, stellt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihre Forderungen vor den Massen der Betriebsarbeiter zur Diskussion und schmiedet die proletarische Einheitsfront im Kampf um Siebenstundentag und Lohnerhöhung.

Die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition werden alle Kräfte einsetzen, damit die Arbeiter die von den Reformisten mit den Unternehmern vereinbarten Verträge nicht anerkennen. Nur die von allen Betriebsarbeitern gewählte Delegiertenkonferenz und die dort gewählte Verhandlungskommission hat das Recht, auf Grund der Beschlüsse der Delegiertenkonferenz mit den Unternehmern zu verhandeln und Verträge abzuschließen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieses Bezirksparteitages, die Taktik und die Organisationsmethoden in den Wirtschaftskämpfen im Kampf gegen die reformistische Bürokratie und in der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition auszuarbeiten.

Diese Organisierung der Tageskämpfe ist ein Teil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse gegen Trustherrschaft, Bürgerblock, Diktatur und Reformismus.

Alle diese Teilkämpfe müssen auf die Durchbrechung der kapitalistischen Gesetze gerichtet sein. Sie müssen sich mit ihrer Spitze gegen das kapitalistische System richten und müssen so

den Arbeitermassen zum Bewußtsein bringen, daß im Interesse des Kampfes um ihre elementarsten Lebensforderungen der politische Massenstreik als die gegenwärtig stärkste Waffe im Kampf gegen Trustherrschaft und Reformismus organisiert werden muß.

Aber gerade der Widerspruch zwischen den elementarsten Lebensinteressen der Arbeiter und der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie gibt die Möglichkeit, die sozialdemokratischen Arbeiter für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen, sie von der Sozialdemokratie loszulösen und in die proletarische Kampffront einzubeziehen. Systematischer als bisher muß die Partei in den Betrieben und Massenorganisationen diese Aufgabe erfüllen, damit wir mit breiteren Massen die Offensive gegen den Klassenfeind organisieren können.

Notwendig ist es, gegen den Nationalfaschismus und vor allem gegen seine Agenturen in den Betrieben den Kampf zu verstärken. Der Kampf gegen den Faschismus muß zur Sache aller klassenbewußten Arbeiter werden. Durch Wahl antifaschistischer Kampfausschüsse und Organisation des proletarischen Selbstschutzes gilt es, den ideologischen Kampf und die Zersetzungsarbeit gegenüber dem Nationalfaschismus systematischer durchzuführen und dem faschistischen Terror entgegenzutreten.

Die Berliner Organisation und vor allem die Betriebszellen müssen in erster Linie durch Ausbau des Patenschaftssystems die revolutionäre Arbeit unter den Landarbeitern verstärken, Vertrauensleute auf den Gütern gewinnen und systematisch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch die Verbreitung der „Land- und Forstarbeiterzeitung“ aufbauen.

Diese gegenwärtigen Hauptaufgaben in der Organisation des revolutionären Massenkampfes, zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse sind nur zu lösen, wenn die Partei mit bolschewistischer Festigkeit die opportunistische Hauptgefahr und das linke Sektierertum in ihren eigenen Reihen überwindet. Der Gewerkschaftslegalismus, der Verzicht auf den Kampf gegen den Reformismus, die Blockpolitik mit den reformistischen Funktionären in Gemeindeparlamenten, Betriebsräten und Arbeiterorganisationen — diese Politik der Kapitulation vor dem Druck der Bourgeoisie und ihrer Lakaien ist die größte Gefahr. Aber ebenso

muß der Kampf gegen die linkssektiererischen Tendenzen und Abweichungen geführt werden. Jene Genossen, die nicht verstehen, daß wir die breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die sozialdemokratischen Arbeiter in die proletarische Klassenfront einbeziehen müssen, jene Genossen, welche die rechten sozialdemokratischen Führer, die unteren Betriebsfunktionäre und die sozialdemokratischen Arbeiter in gleicher Weise als Arbeiterfeinde behandeln, lehnen damit ebenso die Einheitsfronttaktik wie die Arbeit in den Massenorganisationen ab.

Indem der Bezirksparteitag in den Mittelpunkt seiner Beratungen die Fragen der Organisierung des revolutionären Massenkampfes stellt, schafft er jene Voraussetzungen, welche die Partei befähigen, neue Erfolge im Kampf um die Mehrheit zu erringen und die breitesten proletarischen Massen näher an den Kampf um die Diktatur heranzuführen.

Die Stärkung der Kommunistischen Partei, die Verbreiterung der proletarischen Kampffront müssen angesichts der wachsenden imperialistischen Kriegsgefahr, der verstärkten Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion tausendfach verstärkt werden. Der Bezirksparteitag muß der Auftakt sein zur Mobilisierung der werktätigen Massen für die Vorbereitung des 1. August, des Weltkampftages des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegshetzer der II. Internationale, für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion.

Unter Führung der Kommunistischen Internationale und unseres bolschewistischen Zentralkomitees mit Genossen Thälmann an der Spitze vorwärts im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 120,
24. Mai 1930.*

Gegen die Politik des Lohnraubes

Rede im Reichstag

27. Juni 1930

Der Arbeitsminister des deutschen Trustkapitals hat das Programm der deutschen Industriellen mit eindeutiger Klarheit entwickelt. Die zentrale Losung des deutschen Unternehmertums heißt: „Vereinfachung der Lebensführung der Arbeiter“, Abbau der Löhne und Unterstützungsraub. Das ist das Programm dieser Regierung, das Programm des deutschen Unternehmertums. Der Vertreter der reformistischen Gewerkschaften, Herr Graßmann, hat zu den zahlreichen arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die der „christliche“ Arbeitsminister hier behandelte, zur Schlichtungspolitik, zu den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, zu dem Oeynhausener Schiedsspruch, zu dem Lohnraub in Mansfeld auch nicht mit einem Wort Stellung genommen.

Der Arbeitsminister des Trustkapitals, dieser ausgesprochene Lohnraubminister, hat hier von einem fünfprozentigen Abbau der Bauarbeiterlöhne, von der Durchführung des Systems des Lohnraubes, wie es im Schiedsspruch von Oeynhausen festgelegt ist, gesprochen. Graßmann hat darauf nichts weiter zu antworten als: „Wir haben einige Besorgnisse.“ Das zeigt, wie weit der sozialdemokratische und gewerkschaftliche Apparat mit diesem System der weiteren Verelendung der Werktätigen verwachsen ist und versucht, die Krise auf Kosten der werktätigen Bevölkerung zu überwinden.

„Vereinfachung der Lebensführung“ war das Lösungswort der Bürgerblockregierung. Der Vertreter des ADGB war nur etwas besorgt darüber, daß diese Vereinfachung der Lebenshaltung zu einer Organisierung des Streikkampfes gegen dieses System führen werde und daß die Arbeiter nicht nur diese Bürgerblockregierung, sondern auch die ganze reformistische Gewerkschaftsbürokratie zum Teufel jagen würden.

Es ist kein Zufall, daß sowohl der „christliche“ Arbeitsminister als auch der sozialdemokratische Redner auf die Ursache der

Krise nicht eingegangen sind. Die Tatsache, daß gegenwärtig im Weltmaßstabe 60 Millionen Erwerbslose vorhanden sind, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sich weiter vertieft, wie es besonders im Zusammenhang mit dem letzten Kurssturz zum Ausdruck gekommen ist, die Tatsache, daß während der ungeheuren Verelendung von Millionen Werk-tätigen in Amerika sechs Millionen Tonnen Weizen in den Ele-vatoren liegen, um zu verhindern, daß die Weizenpreise herab-gedrückt werden und die Erwerbslosen etwas zu essen bekommen, die Tatsache, daß das Kapital nur die eine Sorge hat, es möge doch eine Mißernte geben, obwohl Millionen bereits hungern — alle diese Tatsachen sprechen für sich.

Auch in Deutschland hat die „christliche“ Regierung 400 000 Tonnen Roggen aufgekauft zu dem Zweck, ihn in den Scheuern verderben zu lassen, damit die Roggenpreise auf dem deutschen Markt nicht gedrückt werden. 400 000 Tonnen Roggen verderben, um einen Preisdruck zu verhindern, und deshalb müssen Millio-nen Erwerbslose weiter hungern. Alle Parteien, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, haben gegen unseren Antrag ge-stimmt, diesen Roggen den hungernden Erwerbslosen zu geben.

Der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftspolitik kommt in diesen Tatsachen zum Ausdruck. Wenn der Arbeits-minister selbst sagt, daß mit einer weiteren Verschärfung der Wirt-schaftskrise zu rechnen sei und daß im Herbst die Zahl der unter-stützten Erwerbslosen auf ungefähr zwei Millionen anwachsen werde, so heißt das, daß faktisch fünf Millionen Werktätige mit ihren Familien werden hungern müssen. Gerade in dieser Situa-tion, wo die Erwerbslosigkeit weiter wächst, will die Hunger-regierung durch Abbau der Unterstützungsmaßnahmen die Erwerbslosen zum Lohndruck ausnutzen und die ganze Schwere der Krise auf die werktätigen Massen abwälzen.

In dieser Lage, in der sich offen der kapitalistische Wirtschafts-wahnsinn zeigt, erklärt der ADGB in seiner Broschüre über „Kapitalbildung“:

„Die Gewerkschaften haben trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu dem weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft volles Vertrauen.“

Sie haben volles Vertrauen zu dieser Bürgerblockregierung, daß sie auf dem Wege über das Schlichtungswesen und den Lohn-

druck die Lebensbedingungen weiter verschlechtert und auf diese Art und Weise die Krise der kapitalistischen Wirtschaft überwindet. Es sind dieselben Tiraden, die wir nach dem Jahre 1923 gehört haben.

Wenn Herr Stegerwald die gegenwärtige Lage mit der Krise von 1923 vergleicht, so erinnern wir daran, daß zu jener Zeit versucht wurde, die Krise durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Lohnabbau zu überwinden. Damals wurde versucht, den Arbeitern die Rationalisierung mit dem Hinweis schmackhaft zu machen: Wenn ihr mehr arbeitet, so kann die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn erhöht werden! Was ist das Ergebnis dieser Rationalisierungspolitik? Das Ergebnis ist notwendigerweise die weitere Vertiefung der Krise, weil im Zusammenhang mit der ungeheuren Steigerung der Produktionsmöglichkeit die Verelendung der werktätigen Massen fortschreitet, der Markt nicht erweitert, sondern verengt wird. Wenn damals in Berlin einer der Führer des ADGB, Herr Eggert, erklärte:

„In Übereinstimmung mit der Reichsverbandsdenkschrift halten wir die Rationalisierung, das heißt die Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit des Sach- und Arbeitsaufwandes in der Produktion zu steigern, für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung“,

so werden heute Millionen Arbeiter die sozialdemokratischen Führer fragen: Ihr habt die Steigerung des Wohlstandes als Ergebnis der Rationalisierung versprochen. Die Arbeitsleistung ist zwar durch die Knute der Rationalisierung gesteigert worden, aber jetzt kommt der generelle Lohnabbau, der Abbau aller Lohnsätze über die tariflichen Bestimmungen hinaus. Das ist die „Wohlstandssteigerung“ für das Trustkapital, für die Kohlebarone, für die Herren von Kohle und Eisen. Sie kommt in der Steigerung der Dividenden zum Ausdruck, während den Arbeitern der Lohn weiter gekürzt wird.

Seinerzeit wurde die kommunistische Stellungnahme gegen die Rationalisierung von den Reformisten als ein unhaltbarer Standpunkt bezeichnet. Wörtlich erklärt damals Herr Eggert:

„Die Gewerkschaften haben die Rationalisierung schon zu einer Zeit gefordert, als das Unternehmertum noch an die Reorganisation des in

der Kriegs- und Inflationszeit erstarrten Produktionsapparates dachte. Auch die kommunistische Auffassung wandte sich gegen diese gewerkschaftliche Forderung mit der Begründung: Solange es eine privatkapitalistische Wirtschaftsordnung gebe, dürfte von den Gewerkschaften die Rationalisierung nicht gefordert werden. Wie unhaltbar diese kommunistische Ansicht vom Standpunkt des Wohles der Arbeiterklasse aus ist, lehrt schon eine flüchtige Betrachtung der Wirtschaftsstruktur.“

Nun, wir fragen heute: Betrachten Sie nur „flüchtig“ die gegenwärtige Wirtschaftslage, wer hat recht gehabt? Zu wessen Nutzen war die Rationalisierung? Wessen Taschen wurden durch die Rationalisierung gefüllt? Wer verelendete infolge der Rationalisierung? Die Antwort ist klar und eindeutig: Die Arbeitszeit wurde nicht verkürzt, der Reallohn der Arbeiter wurde gesenkt.

Ebenso wie damals in der Einheitsfront von der Volkspartei bis hinüber zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern die Losung ausgegeben wurde, die Rationalisierung müsse durchgeführt werden, wird jetzt ein ebensolcher Schwindel mit der Propagierung der sogenannten Preissenkungsaktion getrieben.

Damals hieß es: Rationalisierung bringt Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung! Heute heißt es: Preissenkung bringt Ankurbelung der Wirtschaft, bringt die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Aber ebenso wie es ein demagogischer Schwindel war, daß als Folge der Rationalisierung die Arbeiter in die Betriebe eingestellt würden, ebenso ist es ein Schwindel, daß im Zusammenhang mit den Versprechungen von der Preissenkung neue Arbeitsplätze durch Erwerbslose besetzt werden können.

Zuerst haben die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten die Existenz der Wirtschaftskrise überhaupt zu leugnen versucht; jetzt sagen sie: Es wird möglich sein, diese Wirtschaftskrise mit Hilfe einiger Palliativmaßnahmen sehr schnell zu überwinden. Sie wollen die Arbeiter über die Tatsachen des besonderen Charakters der gegenwärtigen Krise hinwegtäuschen; sie wollen den Arbeitern einreden, daß diese Krise nur die Auswirkung des imperialistischen Krieges sei.

Das Besondere dieser Krise besteht gerade darin, daß sie erstens nach der relativen Stabilisierung, nach einer vorübergehenden teilweisen Festigung des Kapitalismus in den Jahren

1926 und 1927 in Erscheinung tritt. Damit kommt klar zum Ausdruck, daß die Ursache dieser Krise in dem kapitalistischen Ausbeutungssystem, in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegt. Zweitens tritt diese Krise in ihrer ganzen Tiefe in Erscheinung nach der Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, nach all den Versprechungen, daß auf dem Wege der Rationalisierung ein neuer Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft möglich sei. Drittens erfaßt diese Krise nicht nur Teile des kapitalistischen Systems, sondern sie erfaßt das gesamte kapitalistische System, insbesondere die Hochburg des Finanzkapitals, die Vereinigten Staaten.

Während in den kapitalistischen Ländern die Betriebe stillgelegt werden und eine gewisse Schrumpfung der Wirtschaft zu verzeichnen ist, sehen wir in der Sowjetunion die Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren, die Durchführung des Siebenstundentages und den Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Zur gleichen Zeit, wo die kapitalistische Welt von der Wirtschaftskrise zerrüttet wird und die Krise weiter wächst, sehen wir in allen kapitalistischen Ländern den revolutionären Aufschwung des Klassenkampfes. Zum Unterschied von früheren Krisen, wie 1920/21, wo teilweise eine rückläufige Entwicklung des Klassenkampfes zu verzeichnen war, erleben wir gegenwärtig das Anwachsen der Streikwelle in England, in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, erleben wir den ungeheuren Aufschwung der revolutionären Bewegung, der antiimperialistischen Revolution in den Kolonialländern, die ihren Ausdruck findet in den Massenstreiks in Indien, in den politischen Massendemonstrationen in Indien, in den Aufständen in China, in der Gründung der Sowjetherrschaft in Teilen Chinas. Das sind die Tatsachen der gegenwärtigen Lage.

Vor einigen Wochen haben die Bürgerlichen in diesem Hause erklärt, der Youngplan würde eine Erleichterung bringen. Ja, der Youngplan hat eine Erleichterung für einige Großindustrielle und für das deutsche Bankkapital gebracht. Für die Werktätigen hat er eine ungeheure Steigerung des Elends gebracht. Und in dieser Zeit der Wirtschaftskrise zeigt sich, wer den Kampf gegen den Youngplan in der Tat führt.

Als vor Monaten diese Fragen hier im Reichstag behandelt wurden, versuchten die Nationalsozialisten als die Führer im Kampf gegen den Youngplan aufzutreten, in der Tat aber ist es diese Partei, die am schärfsten diesen Plan gegen die Arbeiter durchführt. In der Tat sind es die Frick und Genossen, welche die Steuerlasten, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Youngplans den Arbeitern aufgebürdet werden sollen, in Thüringen einführen. Die Einführung der Kopfsteuer in Thüringen ist das Vorbild für die Politik der Bürgerblockregierung im Reich, das Vorbild für die Durchführung der Forderungen des Reichverbandes der Deutschen Industrie und der Deutschen Volkspartei. Die Erhöhung der Mietpreise in Thüringen und der Abbau des Mieterschutzes beweisen die Durchführung des Youngplans durch die Nazis.

Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in Thüringen, die Lohnsenkungen bedeuten eine Durchführung des Youngplans. Die Ablehnung der von den Kommunisten gestellten Erwerbslosenforderungen im Thüringer Landtag bedeutet die Durchführung des Youngplans. Und wenn Sie (zu den Nationalsozialisten) hier im Reichstag allen Zollwucherbeschlüssen dieser Hungerregierung zugestimmt haben, dann haben Sie damit bewiesen, daß Sie die treuesten ausführenden Organe dieser Hungerregierung und die treuesten Stützen dieser ganzen Hungerrepublik sind.

Der „Aufschwung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft“ im Zusammenhang mit der Annahme des Youngplans war eine Fata Morgana. Sie sollte die Werktätigen über den tatsächlichen Sinn des Youngplans täuschen, der in der Abwälzung der ganzen Reparationslast auf die Schultern der werktätigen Massen besteht.

Der Weg der Brüning-Regierung ist der Weg der Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden, der Androhung des Artikels 48^[15], der Einsetzung des Polizeiparates und seiner nationalsozialistischen Knüppelgarde gegen die streikenden Arbeiter. Mit diesen Mitteln wollen Sie den Lohn- und Unterstützungsraub durchführen, gleichzeitig aber die Vorbereitungen treffen, um den Übergang zur faschistischen Diktatur in Deutschland herbeizuführen.

Der Oeynhausener Schiedsspruch, zu dem bezeichnenderweise der Führer des ADGB in diesem Hause nichts zu sagen hatte, hat die größte prinzipielle Bedeutung für den Kurs des deutschen Trustkapitals. Indem die Eisenpreise als Richtschnur für die Lohnsenkung genommen werden sollen, soll erstens ein gewisser Gleitlohn nach unten erzielt werden. Zweitens soll auf dem Wege der betrieblichen Vereinbarung ein weiterer, entscheidender Schritt in bezug auf die betriebliche Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen unternommen werden. Den Unternehmern soll in höherem Maße ermöglicht werden, durch betriebliche Vereinbarungen und durch weitere Zersplitterung der Arbeiter die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Wenn Herr Stegerwald sagte, im Zusammenhang mit diesem Schiedsspruch würde höchstens eine $7\frac{1}{2}$ prozentige Lohnsenkung durchgeführt, so steht heute schon nach den Mitteilungen der Direktionen im Ruhrgebiet fest, daß der Lohn in der Metallindustrie des Ruhrgebietes mindestens um zehn Prozent gesenkt werden soll. Also zehn Prozent tatsächliche Lohnsenkung ohne Preiskürzung! Denn die Senkung der Eisenpreise wirkt sich in keiner Weise auf die Lebenshaltung der Werkstätigen aus. Der Lebenshaltungsindex der Werkstätigen setzt sich zusammen aus ungefähr fünfzig Prozent Ausgaben für Agrarprodukte, zehn Prozent für Miete, drei Prozent für Steuern, Sozialversicherung usw., so daß eine Senkung der Eisenpreise sich auf die Lebenshaltung der Werkstätigen überhaupt nicht auswirkt; sie kann im günstigsten Falle den Preis der Fertigwaren um ein Prozent beeinflussen.

Aber der Herr Arbeitsminister Stegerwald hat ja darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur um diese $7\frac{1}{2}$ prozentige Lohnsenkung für die Metallarbeiter im Gebiet Nordwest handelt. Er sprach davon, daß seit einem Dreivierteljahr eine Senkung der Akkordlöhne um 20 bis 25 Prozent eingetreten sei. Diese Senkung ist mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt worden.

Jetzt soll generell, ohne Rücksicht auf die schlechtesten Tarife, der Lohn gesenkt werden, das ist der Sinn der Rede Stegerwalds gewesen. Zum Zwecke einer Lohnsenkung auf dem Wege der Durchbrechung aller bestehenden Tarifverträge hat die Reichs-

regierung mit der Reichsbahndirektion jenen Brief vereinbart, den Siemens über die Notwendigkeit einer allgemeinen Senkung der Löhne für Arbeiter und Angestellte der Reichsbahn zur Einsparung von 250 Millionen Mark geschrieben hat.

Dieser Appell an die Bürgerblockregierung, die Löhne durch gesetzliche Maßnahmen allgemein zu senken, zeigt die Linie, in der die Bürgerblockregierung in der nächsten Zeit alle Kräfte einsetzen wird, um den Real- und Nominallohn der Arbeiter weiter herabzusetzen.

Schon heute sehen wir, daß in Gebieten, wo die Tarife seit Jahren umkämpft werden, wie zum Beispiel in der Metallindustrie in Osnabrück, die Unternehmer betrieblich die gegenwärtigen Löhne ohne Rücksicht auf die noch längere Zeit laufenden Tarifverträge kündigen.

Herr Stegerwald hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit die Zahl der verbindlich erklärten Schiedssprüche zurückgegangen ist und daß man künftig mit der Verbindlichkeitserklärung noch zurückhaltender sein werde. Diese Erklärung stimmt mit der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in der bekannten Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ völlig überein. Die letzten Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie zeigen ja, daß nicht nur die christlichen, sondern auch die reformistischen Gewerkschaftsführer bestrebt sind, auf dem Wege der freien Vereinbarung die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Das ist das Wesentliche in der Veränderung der Schlichtungs- und Tarifpolitik der letzten Zeit. Ebenso wie im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe usw. soll an die Stelle der verbindlich erklärten Schiedssprüche die tarifliche Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie treten.

Eine wichtige Frage ist die Frage der Höhe des Tariflohns. Herr Stegerwald hat erklärt, daß die Löhne der Arbeiter weit über den Tariflöhnen liegen. Umgekehrt ist es richtig! Die Tariflöhne liegen unter dem, was die Arbeiter für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse brauchen. Diese Niedrighaltung der Tariflöhne ist das notwendige Ergebnis der ganzen wirtschaftsfriedlichen Tarif- und Schlichtungspolitik der sozialdemokratischen

Gewerkschaftsbürokratie. Die Ablehnung jedes Kampfes der Arbeiter gegen die Hungerlöhne, die Vereinbarung der Tarife in den Schlichtungskammern, den Dunkelkammern der Schlichtungsinstanzen, hat notwendigerweise zur Folge, daß die Tariflöhne weit unter den tatsächlichen Löhnen liegen. Die Arbeiter müssen ohne Rücksicht auf diese Tarife den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Die Tatsache der Differenz zwischen den Tariflöhnen und den Nominallöhnen zeigt nur, daß die Gewerkschaften den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Mobilisierung der Arbeiter hätten führen können, wenn sie den ernstesten Willen dazu gehabt hätten, denn die Arbeiter haben unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Einzelkämpfen die Erhöhung der Löhne durchgesetzt. Es handelt sich also nicht darum, daß die gegenwärtigen Nominallöhne zu hoch sind, sondern darum, daß die Tariflöhne der Arbeiter viel zu niedrig sind, denn mit den gegenwärtigen Tariflöhnen können die Arbeiter nicht die notwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten.

Aus diesem Grunde sagen wir als Kommunisten und als revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Arbeitern: Erkennt die Tarifverträge und die Schiedssprüche, die von den Unternehmern und Gewerkschaftsführern in den Dunkelkammern der Schlichtungsinstanzen vereinbart werden, nicht an! Kämpft für die Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht auf die von den reformistischen Bürokraten vereinbarten Tarifverträge! Denn wenn sich kein Arbeiter nach diesen Tarifen richtet, dann sind alle Schlichtungsvereinbarungen illusorisch, dann können die Unternehmer und die Gewerkschaftsführer sitzen, solange sie wollen; auf die Löhne der Arbeiter werden solche Vereinbarungen keinen Einfluß haben. Nur auf dem Wege des Kampfes für die Tarifforderungen der Gewerkschaftsopposition ist es möglich, zu Tarifverträgen zu kommen, die den Arbeitern höhere Löhne bringen. Nur durch einen solchen Kampf ist es möglich, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen durchzusetzen.

Herr Stegerwald hat versucht, die Politik des Lohnraubes zu verschleiern, indem er sie mit der Propaganda der Preissenkung verknüpft hat. Aber er selbst mußte erklären, daß angesichts der sinkenden Weltmarktpreise die deutschen Unternehmungen um

eine Preissenkung nicht herumkommen. Also, da die gegenwärtigen Preise in bestimmten Industrien sowieso nicht aufrechterhalten werden können, erklärt man: es ist notwendig, die Löhne der Arbeiter zu senken, und versucht, mit dem Preissenkungsschwindel den Arbeitern die Lohnsenkung schmackhaft zu machen.

Aber wir werden nicht vergessen, und wir werden den Arbeitern immer wieder einhämmern: Der erste Schritt dieser Lohnrauboffensive war die Zollwucherpolitik der sozialdemokratischen Müller-Regierung^[16]. Zuerst wurden auf dem Wege der Erhöhung der Zölle, die eine Belastung der Werktätigen in Höhe von zwei Milliarden Mark bedeutete, die Sicherheiten getroffen, daß ein Sinken der Lebensmittelpreise, die entscheidend für die Lebenshaltung der Werktätigen sind, nicht eintritt. Als die Müller-Regierung das durchgeführt hatte, da stand für das deutsche Trustkapital der Lohnraub als das Zentralproblem im Mittelpunkt. So hat die Müller-Regierung dafür gesorgt, daß infolge des Zollwuchers eine Senkung der Lebenshaltungskosten der Werktätigen gar nicht eintreten kann. Und wenn gegenwärtig in Berlin infolge der Milchzölle und anderer Maßnahmen die Preise für die Milch und einzelne Lebensmittel gestiegen sind, so verdanken das die Arbeiter allen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die diese Zölle beantragt und für sie gestimmt haben.

Im Zusammenhang mit der Lohnrauboffensive wird versucht, durch Senkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Erwerbslosen gegen die Arbeiter in den Betrieben zu mobilisieren, die Konkurrenz zwischen den Arbeitern zu verschärfen. Die bisherigen Erfahrungen der Kämpfe zeigen aber, daß trotz dieser Versuche, die weitere Verelendung der Erwerbslosen durch Senkung der Unterstützungssätze zu betreiben, die Erwerbslosen den Kampf der Arbeiter unterstützen. Der Kampf in Mansfeld zum Beispiel zeigt die Solidarität der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern. Und wenn die ganze Gesellschaft der Unterstützungsräuber, die in diesem Reichstag hier sitzt, jetzt mit allen Mitteln den Lohnraub durch die Senkung der Unterstützungssätze beschleunigen will, so antworten wir mit der Organisierung des Kampfbündnisses der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter, so

rufen wir den Erwerbslosen zu: Streik gegen Lohnraub, Kampf gegen Unterstützungsraub, Erwerbslose vor die Betriebe, Erwerbslose in die Belegschaftsversammlungen! Und wir rufen: Betriebsarbeiter, beantwortet den Lohnraub mit Demonstrationen in und vor den Betrieben, mit Streikbewegungen, wehrt auf diese Weise den Lohnraub ab. In geschlossener Front werdet ihr gegenüber der Front des Unternehmertums und ihrer reformistischen Agenten siegen!

Der Vertreter der Nazis ist mit dieser Feststellung nicht einverstanden. Aber es ist Tatsache, daß beim Berliner Streik der Droschkenchauffeure die Nazis es waren, welche erklärten, daß sie die Arbeit aufnehmen, und die auf diese Weise den Berliner Unternehmern geholfen haben, den Lohnabbau durchzuführen. Und ich erinnere daran, daß gegenwärtig beim Streik der Arbeiter in Mansfeld Anhänger der Nationalsozialistischen Partei Streikbrecherdienste leisten. Diese Rolle der Nationalsozialisten, welche völlig mit ihrer Politik des Zollwuchers im Reichstag übereinstimmt, ist die Politik der Durchführung des Youngplans. Sie geben sich Mühe, der Bourgeoisie zu zeigen, daß sie die aktivsten Elemente in der Durchführung des Youngplans, der Knebelung der Arbeiter sind, daß sie es vor allem sind, welche versuchen, die Arbeiter in die Ketten des Youngplans zu schlagen.

Aber es handelt sich nicht nur um die Senkung der Unterstützungssätze, wie sie von Stegerwald hier vertreten wurde, sondern auch um die Erhöhung der Karenzzeit für Erwerbslose ohne zuschlagberechtigte Angehörige auf vierzehn Tage. Das bedeutet, daß die Arbeiter erst nach drei Wochen Erwerbslosigkeit eine Unterstützung bekommen, und auch wer monatelang Kurzarbeit hatte und sich kaum das Notwendigste zum Leben kaufen konnte, muß nach der Entlassung ebenfalls drei Wochen ohne jede Unterstützung bleiben.

Weiter bedeutet die Durchführung der 52wöchigen Anwartschaft praktisch, daß alle Bauarbeiter und andere Saisonarbeiter aus der Versicherung ausgeschaltet werden. Das ist das Gegenstück zu der Forderung Stegerwalds auf Senkung der Löhne der Bauarbeiter um fünf Prozent: Senkung der Löhne um fünf Prozent und gleichzeitig Ausschaltung der Bauarbeiter aus der Arbeitslosenunterstützung, um so die Bauarbeiter zu zwingen,

sich zu niedrigeren Löhnen abzuschinden. Durch die Ausschaltung der Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung sollen ungefähr 160 Millionen Mark eingespart werden. Das ist die „christliche“ Politik dieser Bürgerblockregierung.

Weiter wird in dem Gesetzentwurf gesagt:

„Wer die Arbeitsstelle ohne wichtigen oder berechtigten Grund oder infolge seines Verhaltens verlassen hat, dem wird die Unterstützung auf acht Wochen usw. gesperrt, und das kann auf die doppelte Dauer verlängert werden.“

Was bedeutet das? Wenn gegenwärtig im Betrieb der AEG ein Arbeiter mit dem Lohnabbau nicht zufrieden ist, bekommt er eine Verwarnung. Bei der dritten Verwarnung wird er aus dem Betrieb hinausgeworfen, weil er mit dem Lohnraub nicht einverstanden ist, weil er es ablehnt, Überstunden zu einer Zeit zu machen, wo Millionen von Erwerbslosen auf der Straße hungern. Das ist Ihre christliche Politik, die Unterstützung des Hinauswurfs der Arbeiter aus dem Betrieb ohne Unterstützungsanrecht.

Zur gleichen Zeit treten die Unternehmer auf und verlangen die Abschaffung der Arbeitsvermittlung. In der „Kölnischen Zeitung“ vom 25. Juni wird entsprechend den Forderungen der Industriellen gesagt:

„Es ist doch, um mit der Arbeitsvermittlung anzufangen, ein Unding, anzunehmen, daß in einem Zeitpunkt, wo auf jeden frei werdenden Arbeitsplatz mindestens zehn bis zwanzig Arbeitsuchende kommen, noch Raum für eine wirkliche Arbeitsvermittlung sei. Bei einer derartigen Arbeitsmarktlage vermitteln die Arbeitsuchenden sich selbst.“

Das ist die organisierte Unterstützung des Lohndrucks, indem auf das Elend der Erwerbslosen, die schon jahrelang hungern, spekuliert wird. Das ist aber gleichzeitig der Versuch, die revolutionären Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung auszuschalten, das ist der Versuch der christlichen und der reformistischen Gewerkschaftsführer, auf diese Weise die revolutionären Arbeiter vom Betriebe fernzuhalten. Das ist die „christliche“ Politik der Stegerwald und Co.

Zur gleichen Zeit sollen 500 Millionen Mark an der Krankenversicherung eingespart werden.

(Reichsarbeitsminister Stegerwald: Das behaupten die Ärzte!)

Nicht nur die Ärzte behaupten das, sondern die Arbeiter merken heute schon, was an der Krankenversicherung erspart wird, obwohl heute der Krankenschein noch nicht eine Mark und das Rezept noch nicht 50 Pfennig kostet.

Faktisch bedeuten die Vorschläge der Bürgerblockregierung zum Abbau der Krankenversicherung eine Senkung des Krankengeldes um 35 bis 40 Prozent. Sie bedeuten, daß das Krankschreiben nur noch mit Hilfe der Vertrauensärzte erfolgt. Stellen Sie sich vor, wie bei den Betriebskrankenkassen von Siemens und der AEG die Vertrauensärzte die Arbeiter schinden werden, um zu verhindern, daß Betriebsarbeiter, auch wenn sie kaum noch gehen können, krankgeschrieben werden.

Angesichts der Lohnraub- und Unterstützungsrauboffensive der Unternehmer und der Bürgerblockregierung fordern wir die gesamte Arbeiterklasse auf, den Kampf für den Siebenstundentag zu führen, um auf diesem Wege Millionen von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die kommunistische Fraktion hat Kampfforderungen zur Arbeitsbeschaffung gemeinsam mit der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und dem Reichsausschuß der Erwerbslosen beschlossen. In diesen Kampfforderungen werden die Arbeiter aufgerufen, in den geschlossenen, einheitlichen Kampf für den Siebenstundentag mit Lohnausgleich, gegen den Lohnraub auf dem Wege der Kurzarbeit, für den Lohnausgleich bei Kurzarbeit einzutreten. In unseren Kampfforderungen wird weiter verlangt:

„Alle Unternehmer, private wie die des Reichs, der Länder und Gemeinden, haben die vorhandenen offenen und frei werdenden Arbeitsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden. Sämtliche offenen Arbeitsplätze dürfen nur durch die Vermittlung des zuständigen Arbeitsamts unter Kontrolle des von den Arbeitern gewählten Erwerbslosenausschusses besetzt werden.“

Wir fordern die Arbeitslosen auf, um diese Kontrolle bei der Arbeitslosenvermittlung zu kämpfen und selbst bei den Arbeitsvermittlungstellen festzustellen, ob die Vermittlung der Reihenfolge nach geschieht, und auf diese Weise zu verhindern, daß der Lohnraub und Lohndruck durch die Arbeitsvermittlung unterstützt werden.

Wir fordern weiter:

„Zur Behebung der Wohnungsnot gibt das Reich Zuschüsse an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 850 Millionen Mark zur Erstellung von gemeindeeigenen Arbeiterwohnungen.“

Weiter: Für die Arbeitsbeschaffung stellt die Reichsregierung außer den bereits im Etat für die produktive Erwerbslosenfürsorge eingesetzten Mitteln weitere 500 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Zur Förderung des Baues von gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen werden 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

In diesen Kampfforderungen wird weiter verlangt: Für den Ausbau der Reichsbahnanlagen usw. wird eine Summe von 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, und außerdem wird den Kommunen für den Bau von Krankenhäusern, Heilstätten usw. ein Reichszuschuß in Höhe von 150 Millionen Mark überwiesen.

Wir haben bereits am 8. Februar 1929 einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung verpflichtete, dem Reichstag unverzüglich ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beschlußfassung vorzulegen. Es ist charakteristisch, daß damals alle bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten gegen diesen Antrag gestimmt haben.

Wir stellen nunmehr unsere Kampfforderungen, die wir im außerparlamentarischen Kampf um den Siebenstundentag in erster Linie durchsetzen werden, erneut zur Abstimmung. Wir werden sehen, ob die Sozialdemokraten, die so viel von der Arbeitsbeschaffung reden und in der Tat das Gegenteil machen, ebenso wie damals mit Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft gegen die Interessen der Arbeiter kämpfen. Zu derselben Zeit, wo die Arbeitslosen um Brot und Arbeit kämpfen, zu derselben Zeit, wo in Mansfeld die Arbeiter gegen den Lohnraub kämpfen und streiken, versucht die Bürgerblockregierung in noch stärkerem Maße als bisher die reformistischen und christlichen Gewerkschaften für die Durchführung ihres Programms des Lohnraubes einzuspannen. Es charakterisiert die Politik der Führer des ADGB: Zu der Zeit, wo die Arbeiter in Mansfeld kämpfen, sitzen die Führer des ADGB in irgendeiner Berliner Weindiele mit den

Vertretern der Unternehmer zusammen, um über den Abbau der Löhne zu kühnhandeln.

Denn der Zweck aller dieser Verhandlungen ist der Abbau der Löhne und nichts anderes. Die Unternehmer und Gewerkschaftsführer haben zwar eine Erklärung veröffentlicht, sie hätten formell diese Art der Verhandlungen abgebrochen; in Wirklichkeit führen sie sie in den Räumen des Reichswirtschaftsrats noch intensiver fort. Wir erinnern die deutschen Arbeiter an die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen im Reichswirtschaftsrat aus früheren Jahren. Als im Jahre 1923 in der Zeit der Wirtschaftskrise der deutsche Kapitalismus unter dem Ansturm der Arbeiter die tiefste Erschütterung durchmachte, waren es die Gewerkschaftsführer, die mit den Unternehmern und Regierungsvertretern im Reichswirtschaftsrat verhandelten und Vorschläge über die Beseitigung des Achtstundentages, über das Überzeitabkommen im Bergbau, über die Verschärfung des Lohnabzugs, über die Ausdehnung des Zollwuchers vereinbarten. Jetzt sollen diese Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat noch schlimmer als damals der weiteren Massenbelastung dienen. Das ist der Sinn der gegenwärtigen Verhandlungen.

Diese arbeiterfeindliche Politik soll durch das sogenannte Aktionsprogramm der Sozialdemokratie verschleiert werden. Es wird dort einleitend gesagt:

„Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise.“

Dieselbe Methode wie die des Herrn Stegerwald — der Versuch, den Arbeitern durch die Losung „Abbau der Preise“ Sand in die Augen zu streuen. Das kennzeichnet zur Genüge den wahren Zweck dieses sogenannten „Aktionsprogramms“: Unterstützung der Politik der Bürgerblockregierung. Am Schluß des Programms wird gesagt:

„Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichs muß dem Doppelzweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden.“

Das heißt, die Arbeiter sollen in höherem Maße belastet werden.

Die Arbeiter werden mit Hilfe der Waffe des Streiks für die Lohnerhöhungen und für die Kampfforderungen kämpfen, welche von den Arbeitern anlässlich der Tarifbewegung im Ruhrgebiet, in Mansfeld, an der Wasserkante und in Berlin aufgestellt worden sind: Kampf für den Siebensturentag mit Lohnausgleich, 20 Pfennig Lohnerhöhung, Zusammenschweißung der Arbeiterfront unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Ablehnung aller Schiedssprüche, Ablehnung aller jener Tarifvereinbarungen, die von der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern hinter dem Rücken der Arbeiter abgeschlossen werden, Kampfbündnis der Arbeiter von Mansfeld, der Arbeiter des Ruhrgebiets, der Berliner Arbeiter und der Hamburger Werftarbeiter.

Das ist unsere Antwort auf das „christliche“ Ausbeutungsprogramm der Bürgerblockregierung und ihres Arbeitsministers. Das ist die Antwort der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf jene Politik, wie sie von Graßmann vertreten wurde, die Politik der Unterstützung des Bürgerblocks, die Politik der allergrößten Koalition von den Deutschnationalen und der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie.

Wir rufen die Arbeiter auf, sich für die Kampfforderungen, die ich hier entwickelt habe, zur proletarischen Einheitsfront zu organisieren. die Streikbewegung zu organisieren und die Einsetzung des Militärs, den Polizeiterror, die faschistischen Methoden, das Wüten der Klassenjustiz mit politischen Massenstreiks, mit der Organisierung der Betriebswehren, mit dem revolutionären Massenkampf zum Sturze der Bürgerblockherrschaft, zum Sturze dieses Hungerregimes zu beantworten.

*Verhandlungen des Reichstags, 4. Wahlperiode,
185. Sitzung,
S. 5939—5946.*

Naziführer als Landsknechte des Finanzkapitals

Diskussionsrede in einer NSDAP-Versammlung
im Friedrichshain, deren Vortrag von den Nazis
gewaltsam verhindert wurde

27. Juni 1930

Der Referent begann seine Ausführungen mit dem Appell, daß sich das Volk für seine Existenz zur Wehr setzen solle. Von wem wird die Lebensexistenz der werktätigen Massen bedroht? Von den Herren der Industrie, der Börse und des Großgrundbesitzes.

Sie begannen mit dem Lohnraub in Mansfeld, im Ruhrgebiet, in Berlin. Das Finanzkapital führt den Youngplan mit Zollwucher, Lohnraub und Unterstützungsraub an den Erwerbslosen durch. Wer kämpft dagegen? Unter Führung der Kommunisten streiken die Mansfelder Arbeiter, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition schmieden die Metallarbeiter des Ruhrgebietes die proletarische Kampffront gegen die großkapitalistischen Ausbeuter.

Die Nationalsozialistische Partei erklärt, daß sie die Interessen der Arbeiter vertrete und gegen das Finanzkapital kämpfe. Aber sie mobilisiert die Arbeiter nicht für Siebenstundentag und Lohn-erhöhung und gegen den Lohnraub, sondern sie stellt sich offen auf die Seite der Ausbeuter. Die Nationalsozialistische Partei hat die Anweisung gegeben, daß die Nationalsozialisten in Mansfeld Streikbruch leisten. Unter dem Schutze der Polizeihorden des Sozialdemokraten Waeting leisten die Nationalsozialisten Streikbrucharbeit und fallen damit ihren Arbeitsbrüdern, die gegen die großkapitalistischen Lohnräuber kämpfen, in den Rücken.

Wenn der Referent erklärt: „Ein Mensch, der sich alles gefallen läßt, ist verachtet“, so antworten wir darauf: Die Streikbrecher der Nationalsozialistischen Partei werden von den Arbeitern nicht nur verachtet, sondern sie werden vom Streikschutz der Arbeiter, von den roten Betriebswehren, als Landsknechte der Unternehmer mit allen Mitteln bekämpft werden.

Ihr nationalsozialistischen Arbeiter, die ihr an der Werkbank steht oder stempeln geht, ihr leidet ebensolchen Hunger wie die kommunistischen und parteilosen Arbeiter. Die Großkapitalisten wollen ihre Profite erhöhen, indem sie euch noch mehr aussaugen. Deshalb müßt ihr mit uns gegen diese Blutsauger kämpfen!

„Ein Volk hat so viel Brot, als es sich erkämpft“, so verkündete das Referat. Niemand wird bestreiten, daß in Deutschland genügend Brot vorhanden ist, daß aber trotzdem Millionen Werktätiger hungern. Eines der Mittel zur Aushungerung der Werktätigen ist der Zollwucher, durch den die Großagrariere die Preise so in die Höhe treiben und hochhalten, daß sich Millionen nicht das zum Leben Notwendige kaufen können. Während der Pause fragte ich einen SA-Führer, wie es komme, daß die nationalsozialistischen Führer im Reichstag dem Minister Schiele, dem Führer der Zollwucherpolitik, das Vertrauen ausgesprochen haben, indem sie es ablehnten, dem kommunistischen Mißtrauensantrag zuzustimmen.

Der SA-Führer bestritt diese Tatsache und bewies damit lediglich, wie er von seinen Führern belogen worden ist. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion, die angeblich den Kampf gegen die SPD führt, allen Zollwucherbeschlüssen der Regierung Müller, die eine Belastung der Werktätigen in Höhe von 2 Milliarden bedeuten, zugestimmt hat. Kein einziger Zollantrag wurde im Reichstag durchgepeitscht, der nicht die Stimmen der Nazis erhalten hätte. Wenn in den letzten Wochen in Berlin die Milch teurer wurde, wenn Mehl und Kartoffeln im Preise stiegen, so haben das die nationalsozialistischen Arbeiter den Führern der NSDAP zu verdanken. Die Milliarden, welche durch den Zollwucher aus euch gepreßt werden, wandern in die Taschen der Großagrariere, und mit einem Teil davon werden die Tributzahlungen an das internationale Finanzkapital durchgeführt.

„Geben ist seliger denn Nehmen.“ Dieses vom Referenten zitierte Sprichwort kann man in zwei entgegengesetzten Richtungen anwenden. Die Kommunisten sind der Meinung, daß die Arbeiter das Finanzkapital, die christlichen und jüdischen Ausbeuter, enteignen müssen, damit die Millionen Werktätiger menschenwürdig leben können. Deshalb kämpfen die Kommunisten nicht nur

für Lohnerhöhung und Siebenstundentag und für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, sondern auch für die Vernichtung des kapitalistischen Ausbeuterstaates.

Im Reichstag beantragten die Kommunisten eine Erhöhung der Steuern um 20 Prozent auf Vermögen über 20 000 Mark. Aber die Nazis stimmten dagegen. Sie wollen den Ausbeutern und Millionären nichts nehmen, sondern sie nehmen nur den Arbeitern. Herr Frick hat zum Beispiel in Thüringen die Erhebung einer Kopfsteuer in Höhe von 6 Mark verfügt.

Also: ein Erwerbsloser mit ein paar Mark Unterstützung muß ebenso die 6 Mark Kopfsteuer zahlen wie der reiche Fabrikant. Während die Arbeiter durch Lohn- und Unterstützungsraub, durch Zollwucher und Massenverbrauchssteuern ausgehungert werden, schenken die Nazis dem Finanzkapital Millionen. Die Brüning-Regierung forderte eine Ermäßigung der Kapitalertrags- und Verkehrssteuer, ein Geschenk an das Finanzkapital in Höhe von 200 Millionen Mark, und die nationalsozialistischen Führer unterstützten diesen Antrag der gleichen Brüning-Regierung, die angeblich von den Nazis bekämpft wird. Die Taten der Nazis beweisen, daß ihre Phrase „Krieg den Raffern“ die tatsächliche Unterstützung des Finanzkapitals durch die NSDAP verschleiern soll.

Die Nazis fordern die Zwangsarbeit für Erwerbslose. Die Bürgerblockregierung hat deutlich durch ihren „christlichen“ Arbeitsminister den geplanten Unterstützungsraub an den hungernden Erwerbslosen bekanntgeben lassen. Während Millionen Werk-tätiger hungern, sind die Scheunen voll Getreide; 400 000 Tonnen Roggen hat die Hungerregierung aufgespeichert, damit die Getreidepreise nicht herabgedrückt werden. Angesichts dieses Wahnsinns der kapitalistischen Wirtschaft haben die Kommunisten gefordert, daß diese 400 000 Tonnen Roggen den Erwerbslosen kostenlos abgegeben werden. Aber die Vertreter der Nationalsozialistischen Partei, deren Redner sich heute scheinbar so warm für die Interessen der Erwerbslosen einsetzten, stimmten gegen diesen Antrag.

Im Berliner Stadtparlament verlangten die Kommunisten die unentgeltliche Benutzung der städtischen Verkehrsmittel für die Erwerbslosen. Die Nazis stimmten dagegen. Demgegenüber for-

dern die Nazis, Arm in Arm mit den Unternehmern und Großagrariern, die Zwangsarbeit für die Erwerbslosen. Sie haben im Reichstag beantragt,

„daß ein Dienstpflichtjahr mit der Maßgabe einzuführen ist, daß

- a) arbeitsdienstpflichtig alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sind und
- b) die Arbeitsdienstpflicht, soweit Bedarf vorliegt, auf dem Lande auszuüben ist, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates“.

Am krassesten zeigt sich der Widerspruch zwischen den Interessen der werktätigen Massen und den Interessen der nationalsozialistischen Führer dort, wo die Nazis durch ihre faschistische Herrschaft ihr Programm in die Praxis umsetzen.

Im Thüringer Etat hat Herr Frick an Ausgaben für die Volksschulen 1 250 000 Mark gestrichen, aber zu der gleichen Zeit der evangelischen Kirche 1 125 000 Mark mehr geschenkt als vordem. Den Fürsten werfen die Nationalsozialisten Millionen in den Rachen. Allein der Herzog Ernst von Gotha erhielt 150 Millionen Mark Abfindung, und den sogenannten Schwarzenburger Fürsten schenkte der Faschist Frick 530 000 Mark an Rentennachzahlung und Abfindung. Gleichzeitig aber baute er die Erwerbslosenunterstützung ab.

Der Referent schimpfte über die hohen Gehälter der höheren Beamten. Aber was tat Herr Frick in Thüringen? Er „senkte“ die Ministergehälter von 20 000 auf 18 000 Mark. Ist das nicht eine lächerlich geringe „Gehaltssenkung“? Aber gleichzeitig erfreut sich dieses Thüringer Ländchen drei vollbezahlter Minister, während einer noch viel zuviel ist. Früher hat Herr Frick vom Beamtenabbau geredet, aber nach seinem Regierungsantritt wurde noch ein dritter Ministerposten geschaffen. Das ist echt nationalsozialistische Futterkrippenpolitik.

Herr Frick ist aber sehr menschenfreundlich. Er hat eine Verfügung erlassen, daß jede Frau, die das zwölfte Kind gebiert, von der faschistischen Regierung eine „silberne Brosche“ erhält. Zu gleicher Zeit läßt Herr Frick Hunderte von Arbeiterfrauen auf Grund des § 218 in das Zuchthaus sperren, weil sie infolge ihres Elends nicht imstande sind, ihre Kinder zu ernähren, und deshalb die Frucht abtreiben.

Statt den Arbeiterfrauen zu helfen, statt ihren Lohn während der Schwangerschaft zu sichern, statt die Löhne der Arbeiterschaft zu erhöhen, wollen die nationalsozialistischen Führer durch Zuchthauspolitik den Gebärzwang durchführen.

Am krassesten zeigte sich der Gegensatz zwischen der kommunistischen und der nationalsozialistischen Politik in Zella-Mehlis. Unter Führung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wurde im Etat der Stadt Zella-Mehlis folgendes eingesetzt:

„Herabsetzung des Oberbürgermeistergehaltes von 14 000 Mark auf 6000 Mark, Kürzung des Beamtengehaltes auf 4000 Mark, Streichung der Ausgaben für Kirche und Polizei, Erhöhung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, gestaffelte Filialgewerbesteuer, welche die Großbetriebe belastet; allen anderen Gewerbetreibenden mit Jahreseinkommen von weniger als 3000 Mark Steuerfreiheit.“

Der nationalsozialistische Innenminister Frick hat diese Beschlüsse, die ausschließlich den Interessen der Arbeiter und des werktätigen Mittelstandes dienen, aufgehoben und den Oberregierungsrat Ebeling mit der Aufstellung und Durchführung eines Zwangsetats beauftragt, der ausschließlich den Interessen der Besitzenden entspricht. Durch diesen Zwangsetat wurde ab 30. Januar 1930 der Gaspreis um 4 Pfennig und der Wasserpreis um 5 Pfennig pro Kubikmeter erhöht; eine Maßnahme, die vor allem die Erwerbslosen und die Arbeiterfamilien trifft.

Die Durchführung des Youngplans, das ist die Massenbelastung durch Zollwucher, Lohnraub, Unterstützungsraub usw. Die nationalsozialistischen Führer haben gegen den Youngplan geredet und gestimmt, aber gleichzeitig die Maßnahmen der Koalitionsregierung und der Bürgerblockregierung zur Durchführung des Youngplans unterstützt. In den Volksversammlungen schöne Worte über „soziale Gerechtigkeit“, aber an der Futterkrippe in Thüringen erweist sich der Nationalsozialist Frick als der aktivste Durchführer des Youngplans.

Durch Mietpreiserhöhungen, Massensteuern und Unterstützung des Lohnabbaus schlägt er die Werktätigen mit den Ketten des Youngplans. Den Fürsten schenkt er Millionen, den Arbeitern nimmt er das Letzte.

Herr Frick hält es offensichtlich für möglich, den Werktätigen im Interesse der Tributzahlungen das Letzte zu rauben. Wenn der

Referent erklärt, daß es oft schwer ist, den Unterschied zwischen Bourgeois und Arbeiter zu erkennen, so will ich nicht bestreiten, daß das einem Hauptmann a. D. und den Führern der Nationalsozialistischen Partei, die die treuen Landsknechte des Finanzkapitals sind, nicht möglich ist. Aber den nationalsozialistischen Arbeitern wird es nicht schwerfallen, diesen Unterschied zu erkennen.

Das Gerede von der „Einheit der Nation“ dient nur dem Zweck, die Arbeiter vom Kampf gegen die Blutsauger abzuhalten. *Wir Kommunisten rufen die gesamte deutsche Arbeiterklasse auf, den revolutionären Kampf zur ZerreiBung der Ketten des Youngplans durch Vernichtung der Herrschaft des Finanzkapitals in Deutschland zu führen. Alle Macht der Arbeiterklasse! Geschlossene Kampffront aller Werktätigen gegen die Ausbeuter! Gemeinsamer Kampf der kommunistischen, der parteilosen, der christlichen, der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeiter gegen den gemeinsamen Feind, das deutsche und internationale Finanzkapital, für den Sozialismus!*

„Die Rote Fahne“ Nr. 150,
1. Juli 1930.

Kampf um die Betriebe

Unsere Partei ist zur stärksten Partei in Berlin geworden. Das ist das Ergebnis der prinzipiell klaren Führung des Wahlkampfes¹⁷⁾ auf Grund der Programmerkklärung unseres bolschewistischen Zentralkomitees und der gewaltigen revolutionären Pflichterfüllung jedes Parteimitgliedes und der unzähligen roten Wahlhelfer. Die größten Erfolge haben wir dort erzielt, wo die Partei am aktivsten an der Spitze der Arbeitermassen gegen Volksausplünderung und Faschismus, für Brot und Arbeit, kämpfte.

Die Erfolge der aufopfernden Tätigkeit der Genossen und Sympathisierenden zeigt sich auch in den Ergebnissen der Sammel-tätigkeit, in den zahlreichen Ortsgruppengründungen, in der Gewinnung von über 3000 Parteimitgliedern und im Aufbau neuer Betriebszellen.

Entscheidend für die Beurteilung der Wahlbewegung ist jedoch die Arbeit in den Betrieben. Zum erstenmal während einer Wahlbewegung sind die Kräfte der Organisation stärker auf die Großbetriebe konzentriert worden. Die Niederlagen bei der Betriebsrätewahl in den Siemenswerken und bei der BVG sind überwunden. In zahlreichen Großbetrieben, wo bisher die SPD vorherrschte, ist der Einbruch gelungen. Der Versammlungsbesuch zeigte offensichtlich die Umorientierung der Arbeiter. Große Teile der gewerkschaftlich organisierten sowie der SPD-Arbeiter, die vom Verrat der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie überzeugt sind, besuchten unsere Versammlungen, um zu erfahren, welchen Weg die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zeigen. Der Verlauf der Betriebsversammlungen stimmte mit dem Wahlergebnis, mit den Verlusten der SPD und dem Erfolg der KPD vollständig überein.

Jetzt gilt es, die wachsenden Massensympathien organisatorisch zu verankern. Das Mißverhältnis zwischen dem Wahlerfolg und der Mitgliederzahl der Partei muß überwunden werden. Wir haben in Groß-Berlin 739 000 Stimmen erhalten. Davon sind nur

rund drei Prozent in der KPD organisiert. Das zeigt: Wir haben einen sehr aktiven und guten Kader von Parteimitgliedern. Dieser Kader reicht aber nicht aus, um den Kampf der Millionen zu führen. Deshalb alle Kräfte einsetzen zur Gewinnung von neuen Parteimitgliedern und Konzentrierung der Werbung von Parteimitgliedern vor allem auf die Betriebe; Schaffung von Gruppen der revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen Betrieben. Jeder Betriebsarbeiter und Erwerbslose, der am 14. September die KPD gewählt hat, muß durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition erfaßt werden.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Monate, diesen Arbeitermassen die Beschlüsse des V. RGI-Kongresses über die Streikstrategie und -taktik zum Bewußtsein zu bringen und alle klassenbewußten Betriebsarbeiter auch organisatorisch zu erfassen.

Tausende roter Wahlhelfer haben während der Wahlbewegung revolutionäre Arbeit geleistet. Sie müssen jetzt durch die Zellen für die Partei gewonnen und durch die Gewerkschaftsopposition zur revolutionären Gewerkschaftsarbeit im Betrieb herangezogen werden.

Die Verstärkung unserer Massenarbeit bedingt die Heranziehung der Arbeiter zur revolutionären Selbstkritik. Nur auf diesem Wege ist es möglich, unmittelbar Fehler und Schwächen unserer Arbeit zu korrigieren und breiten Massen zum Bewußtsein zu bringen, wie revolutionäre Arbeit durchgeführt werden soll. Es muß jetzt endlich erreicht werden, daß nicht nur Funktionäre der KPD, sondern jeder revolutionäre Arbeiter mithilft, die Schwächen und Fehler in der proletarischen Klassenfront zu überwinden, indem er seine Erfahrungen der Bezirksleitung der Partei mitteilt. Wir fordern hiermit alle Arbeiter auf, ihre Kritik und praktischen Vorschläge zur Wahlbewegung uns zur Auswertung in der Organisation und in der Presse mitzuteilen.

Besonders notwendig ist es, die revolutionäre Arbeit in den Großbetrieben noch sorgfältiger als bisher zu prüfen. Die Wahlbewegung hat gezeigt, daß in einer Anzahl Großbetriebe ein gewisser Legalismus vorherrscht. Manche Genossen beschränken ihre Tätigkeit auf den Rahmen des Betriebsrätegesetzes. Diese opportunistische Praxis in den Großbetrieben muß gegenwärtig

in den Mittelpunkt der revolutionären Selbstkritik gestellt werden.

Erfolge verpflichten! Als stärkste Partei in Berlin ist es jetzt unsere Hauptaufgabe, die Arbeiter und darüber hinaus auch die anderen Schichten der Werktätigen in den revolutionären Massenkampf für Brot und Arbeit, gegen Volksausplünderung und Faschismus zu führen. Das Finanzkapital bereitet neue Maßnahmen der Volksausplünderung vor und will sie mit faschistischen Methoden durchsetzen. Die SPD hat sich bereits verpflichtet, die Bourgeoisie im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Äußerung des „Vorwärts“, daß der Hauptschlag gegen den Kommunismus geführt werden müsse, zeigt klar die Rolle der Sozialdemokratie als Stütze des Faschismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Es ist den Nazis bisher nicht gelungen, in den Betrieben ernstlich Fuß zu fassen. Die Bourgeoisie ist sich bewußt, daß sie keine Artikel-48-Verordnung durchsetzen kann gegen den gemeinsamen Widerstand der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen.

Weil die Sozialdemokratie heute noch Einfluß in den Großbetrieben hat und deshalb für die Bourgeoisie ein wichtiger Faktor zur Zersetzung der Arbeiterfront ist, deshalb die Zusammenarbeit von Brüning und Braun. Die Hauptaufgabe der SPD besteht in dieser Situation darin, die Arbeiter in den Betrieben für die Durchführung der Artikel-48-Verordnungen und für den Verzicht auf jeden Massenkampf gegen Bürgerblock und Faschismus zu gewinnen.

Unter diesen Bedingungen ist es leichter denn je, die sozialdemokratischen Arbeiter, die heute noch glauben, daß die SPD gegen den Bürgerblock kämpfen will, für die Einheitsfront des Proletariats zum Kampf gegen den Faschismus unter der Führung der KPD zu gewinnen. Der Kampf gegen den Reformismus ist vor allem in den Betrieben von entscheidender Bedeutung für den revolutionären Kampf gegen den Faschismus.

Während die Reformisten besonders in den Betrieben die Arbeiterfront zu zersetzen versuchen und damit dem Faschismus unmittelbar den Weg bereiten, zeigt der blutige Terror gegen das Proletariat in Berlin die Zusammenarbeit von Faschismus und Reformismus. Die Schüsse der Hitlerfaschisten und der Zörgiebel-

polizei auf das Karl-Liebknecht-Haus galten der gesamten Arbeiterklasse. Gerade weil es dem Faschismus in Berlin nicht gelungen ist, entscheidenden Einfluß zu gewinnen, wird er in den kommenden Wochen stärker denn je seine Kräfte auf Berlin konzentrieren und durch blutigen Terror mit Unterstützung der Zörgiebelpolizei versuchen, stärkeren Einfluß zu gewinnen. Es gilt unter diesen Verhältnissen, nicht nur die Partei, sondern das gesamte Proletariat des roten Berlins unter Einsetzung aller Kräfte gegen den Faschismus zu mobilisieren.

Der wachsende Widerspruch zwischen der kapitalistischen Politik der Nazis und den Interessen ihrer Anhänger erleichtert unsere Agitation in den Reihen der Nazianhänger. Gleichzeitig gilt es, den wehrhaften Kampf gegen den Faschismus beschleunigt zu organisieren. Schafft Betriebswehren in den Betrieben und Erwerbslosengruppen bei den Stempelstellen! Wir müssen besonders beachten, daß es auch in Berlin den Nazis gelungen ist, Stimmen aus dem Heer der Erwerbslosen zu gewinnen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der stärkeren Konzentration unserer Massenarbeit auf die Erwerbslosen, der Verstärkung der Arbeit auf den Stempelstellen und der Verbindung mit den Betriebsarbeitern.

Neben den von der Regierung vorbereiteten Maßnahmen der Volksausplünderung steht im Mittelpunkt des Kampfes in Berlin der Lohnraub in der Metallindustrie. Die Massen der Metallarbeiter haben am 14. September für die KPD gestimmt. Das war der Auftakt zum Kampfe in der Metallindustrie. Die Metallarbeiter haben am 14. September gegen den Lohnraub durch Artikel-48-Steuern und durch den Verband Berliner Metallindustriellen gestimmt, jetzt muß der Kampf organisiert werden. Die Kräfte der Partei und auch der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen vor allem in den Metallbetrieben eingesetzt werden, weil das die entscheidenden Positionen für die revolutionäre Bewegung sind. Streik in den Berliner Metallbetrieben, das bedeutet einen wuchtigen politischen Schlag gegen den Faschismus und gegen den Reformismus.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 217,
17. September 1930.*

Der Streik der Berliner Metallarbeiter

Der Streik der Berliner Metallarbeiter, der Arbeiter der wichtigsten Industriegruppe im Herzen Deutschlands, war die Einleitung großer revolutionärer Massenkämpfe in ganz Deutschland. Auf der Basis des weiteren Fortschreitens der wirtschaftlichen und politischen Krise, der wachsenden Radikalisierung der Massen und der monatelangen Vorbereitung durch die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entwickelte sich der Metallarbeiterkampf in Berlin zum ersten großen Kampf gegen die Brüning-Diktatur^[18]. 130 000 Metallarbeiter streikten in geschlossener Front gegen jeden Pfennig Lohnraub. Der Gegenangriff der Arbeiter gegen den Lohnraub, für Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich richtete sich gegen das Kernstück des großkapitalistischen Wirtschaftsprogramms der Brüning-Regierung. Der Schiedsspruch war ein Bestandteil des Regierungsprogramms. Zum Unterschied von den bisherigen Kämpfen richtete sich der Berliner Metallarbeiterstreik nicht nur infolge der großen Zahl der Streikenden und des revolutionären Elans der Kämpfenden, sondern auch in seinen unmittelbaren Losungen gegen die Brüning-Diktatur.

Die Durchführung des Brüningschen Wirtschaftsprogramms erfordert vor allem die schärfste Hungeroffensive und Unterdrückung der Arbeiter in den entscheidenden Industrien. Das ist die Hauptfunktion der Brüning-Regierung, die sie mit aktiver Unterstützung der Sozialdemokratie durchzuführen versucht. Angesichts des wachsenden Einflusses der Kommunistischen Partei und der RGO ist die Bourgeoisie bestrebt, gegenwärtig den SPD- und Gewerkschaftsapparat noch stärker zur Durchführung ihres Programms einzuspannen, um auf diesem Wege leichter die Front der Arbeiter zersetzen zu können. Die Rolle des ADGB im Metallarbeiterstreik bedeutet eine neue Phase in der Entwicklung des Reformismus. Während vor Monaten die SPD-Führung erklärte:

„Wenn schon Diktatur, dann unter unserer Führung“, ist sie jetzt zur aktiven Mitarbeit an der Brüning-Diktatur übergegangen.

Die RGO, Industriegruppe Metall, hatte monatelang mit Hilfe ihrer Tarifvertragsforderungen den Kampf vorbereitet, und es waren in zahlreichen Großbetrieben vorbereitende Kampfausschüsse gewählt worden. Die Losung „Keinen Pfennig Lohnabbau!“ hat die organisierten und unorganisierten Arbeiter erfaßt. Besonders muß die ungeheure revolutionäre Aktivität der Arbeiterinnen hervorgehoben werden.

Während die Gewerkschaftsbürokratie in allen Betrieben den Kampf gegen den Streik unter der Parole: „In der Wirtschaftskrise ist Streik ein Verbrechen“ geführt hat, hielt sie es angesichts des Kampfwillens der Metallarbeiter für zweckmäßig, sich am Streik zu beteiligen. Sie war sich bewußt, daß bei einer Unterordnung der DMV-Bürokratie unter einen Schiedsspruch die Massen der Metallarbeiter den Streik unter Führung der RGO gegen den Verband der Berliner Metallindustriellen und gegen den DMV auf breiter Front durchgeführt hätten. So hielt es die Bürokratie für zweckmäßig, nachdem bereits einige Betriebe die Arbeit niedergelegt hatten, sich für den Streik zu erklären, um ihn besser abwürgen zu können. Die SPD wollte damit aber gleichzeitig der Bourgeoisie zum Bewußtsein bringen, wie unentbehrlich die Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsapparat für die Durchführung des Brüning'schen Wirtschaftsprogramms sind. Die SPD versuchte den Kampfwillen der Arbeiter auszunutzen, um ihre Posten im Staatsapparat zu erhalten.

Zum ersten Male ist es im Berliner Metallarbeiterstreik gelungen, die Einheitsfront der Metallarbeiter durch Wahl selbständiger Streikleitungen unter der Führung der RGO in der übergroßen Mehrzahl der Betriebe zusammenzuschweißen. Zwei Leitungen standen sich gegenüber: die von den Arbeitern in Belegschaftsversammlungen selbstgewählten Streikleitungen und die von der DMV-Bürokratie bestimmten sozialdemokratischen Funktionäre, die sich als „Streikleitungen“ bezeichneten.

Nur in einigen wenigen Fällen bestanden Streikleitungen, denen Reformisten und Anhänger der RGO angehörten. Aber auch in diesen Betrieben erkannten die Arbeiter bald die Notwendigkeit, die Losungen und die Taktik der RGO konsequent

durchzuführen, die Kampffront zu verbreitern, die wirtschaftlichen mit den politischen Losungen zu verknüpfen und selbständige Streikleitungen auf Grund der Forderungen und der Taktik der Zentralen Streikleitung zu wählen.

Der politische Charakter des Streiks erforderte die Einsetzung aller Kräfte für die Verbreiterung des Streiks nicht nur auf alle Betriebe der Berliner Metallindustrie, sondern auch auf die Betriebe der anderen Industrien in Berlin und auf die Metallindustrie im ganzen Reiche, besonders auf die Tarifgebiete, die jetzt in der Bewegung stehen. Es ist zwar gelungen, eine Anzahl Betriebe, die nicht zum Verband der Berliner Metallindustriellen gehören, in den Streik zu führen und in einigen Betrieben anderer Industrien Kampfausschüsse zu wählen, aber eine wesentliche Verbreiterung der Streikfront in Berlin oder im Reich ist nicht gelungen. Während die Sammelaktionen in den Wohngebieten und in den Betrieben der anderen Industrien den Beweis für die wachsende Kampfsolidarität der Arbeiter erbrachten, wurde nicht die Solidaritätsbewegung für die Metallarbeiter mit dem Kampf um eigene Forderungen in den Betrieben verknüpft. Die Losung „Kampfsolidarität mit den Berliner Metallarbeitern — dann kämpft ihr für euch selbst“ hat nicht die breite Masse der Arbeiter erfaßt. Nur die Vorhut der Erwerbslosen kämpfte Schulter an Schulter mit den Metallarbeitern als Massenstreikposten vor den Betrieben, als Agitatoren in den Wohngebieten, als aktive Helfer bei der Sammelaktion.

Einer der größten Erfolge der Bewegung ist die Streikbewegung der Lehrlinge. Unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes traten die Lehrlinge in zahlreichen wichtigen Betrieben in den Streik, um gemeinsam mit den Metallarbeitern ihre Lehrlingsforderungen durchzusetzen und das Streikrecht zu erkämpfen. Viele Arbeiter, auch viele Anhänger der RGO, traten anfangs gegen den Streik der Lehrlinge auf. Statt Unterstützung der Lehrlinge durch die erwachsenen Arbeiter, statt Einsetzung aller Kräfte zur Überzeugung der Arbeitereltern von der Notwendigkeit des Lehrlingsstreiks, verhielten sich die Metallarbeiter und viele Betriebe passiv oder traten gar gegen den Lehrlingsstreik auf. Erst gegen Ende der Bewegung hatte sich in der RGO allgemein die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Eingliederung der Lehrlinge in die Streikfront durchgesetzt.

Die Schwäche der Solidaritätsbewegung in den Betrieben der anderen Industrien ist zum Teil ein Ausdruck der politischen Schwäche der Parteizellen. Das Haupthindernis für die Gewinnung der Massen waren die rechtsopportunistischen Schwankungen. In verschiedenen Betrieben verzichteten die RGO-Anhänger auf das selbständige Auftreten für die Forderungen und Taktik der RGO und verhinderten damit selbst die Massengewinnung für die RGO.

Nach der Abmachung von Brüning und Urich versuchten die DMV-Funktionäre durch Urabstimmung die Streikabwürgung durchzuführen. Die Kraft der RGO reichte diesmal noch nicht aus, die geheime Urabstimmung zu verhindern. Wir sind für offene Diskussion der taktischen Fragen in der Belegschaftsversammlung mit anschließender öffentlicher Abstimmung. Es war ein Fehler der Betriebsgruppen der RGO, daß sie in den Betrieben, wo wir starken Einfluß hatten, an der reformistischen Geheimabstimmung teilgenommen haben. Gleichzeitig kamen in der Durchführung der Einheitsfronttaktik sektiererische Stimmungen und Tendenzen zum Ausdruck. In den Betriebsstreikleitungen waren nur wenige sozialdemokratische Arbeiter vertreten. Trotz der tiefen Krise in der SPD war es während der Bewegung nicht gelungen, eine größere Zahl sozialdemokratischer Arbeiter für die aktive Arbeit in den Streikleitungen und für die RGO zu gewinnen.

Während der Vorbereitung der Bewegung erklärten die DMV-Bürokraten, daß während der Wirtschaftskrisen Streiks nicht geführt werden können. Als sie die Bewegung nicht mehr aufhalten konnten, versuchten sie die Ziele des Streiks mit den Interessen der Schlichtungspolitik in Einklang zu bringen. Sie bezeichneten den Streik als einen „Proteststreik“ und versuchten ihn auf den gewerkschaftlichen Rahmen und auf wirtschaftliche Teilforderungen zu beschränken. Vor allem war der DMV bestrebt, den Streik zu isolieren, indem er den Streikbruch in allen Betrieben, die nicht dem Verband der Berliner Metallindustriellen angehörten, organisierte und jede Solidaritätskundgebung der Arbeiter in den anderen Industrien zu unterdrücken versuchte. Das Ausspielen der Organisierten gegen die Unorganisierten, die gemeinsame Aktion der reformistischen Bürokratie und der Polizei gegen die Sammeltätigkeit für die Streikenden sollte die Streikfront zer-

mürben und die Arbeiter für die Annahme eines Hungerschieds-
spruchs reif machen. Durch Ausstellung von Streikbruchkarten für
sogenannte Notstandsarbeiten, durch Stellungnahme gegen den
Streik der Lehrlinge und Angestellten, durch Verzicht auf das Streik-
postenstehen vor vielen Betrieben organisierte die reformistische
Bürokratie von Beginn des Streiks an direkt den Streikbruch.

Länger als zwei Wochen stand die Streikfront unerschütterlich
fest. Die revolutionäre Auswirkung des Streiks auf die Arbeiter
in den anderen Betrieben und Industrien und die wachsende
Solidaritätsbewegung gefährdeten unmittelbar die Regierung
Brüning und die Durchführung ihres großkapitalistischen Wirt-
schaftsprogramms. Der Streik hatte ungeheure Energien der
Metallarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft, vor allem
aber der Arbeiterinnen ausgelöst. Die Bourgeoisie forderte kate-
gorisch die Abwürgung des Streiks durch die Brüning-Regierung
und die Sozialdemokratie, denn wenn sie dazu nicht imstande ist,
dann haben die sozialdemokratischen Ministerposten in Preußen
für die Bourgeoisie jeden Sinn verloren. Die Bourgeoisie wollte
nicht nur den Lohnraub durchsetzen, sondern gleichzeitig die
organisatorische Kraft der Arbeiter zerschlagen, um dadurch
günstigere Voraussetzungen für die Durchführung ihrer faschi-
stischen Politik zu schaffen.

Gestählt durch große Kampferfahrungen, mit dem festen
Willen, zum neuen Angriff gegen die Feinde der Arbeiterklasse
zu rüsten, überzeugt von der Notwendigkeit der Schaffung einer
revolutionären Kampfgewerkschaft, haben die Metallarbeiter
die Arbeit aufgenommen. „Keinen Pfennig Lohnabbau!“ ist nach
wie vor ihre Kampflosung.

*„Die Internationale“, Heft 21,
1. November 1930.*

Anmerkung des Verfassers

Der V. Kongreß der RGI (September 1930) hatte beschlossen,
daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die sich bis dahin
auf die Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter innerhalb
der Gewerkschaften konzentriert hatte, zu einer selbständigen

Organisation entwickelt werden müsse, die sowohl Mitglieder der Gewerkschaften als auch unorganisierte Arbeiter erfaßt. Dieser Beschluß unterstützte die Austrittsbestrebungen aus den Gewerkschaften, die durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hervorgerufen worden waren. Er hat sich als nicht richtig erwiesen, da er die Trennung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder begünstigte.

W. U.

Wie bekämpfen wir den Faschismus?

Rede auf einer Kundgebung
in Berlin-Charlottenburg
25. November 1930

Wer ist der größte Feind der Arbeiterklasse? Jeder Arbeiter wird antworten: Der Faschismus. Die Sozialdemokratie und das Reichsbanner sind anderer Meinung. Der sozialdemokratische Polizeipräsident, Grzesinski, erklärte im Bezirk Kreuzberg, die Faschisten seien keine Gefahr, aber die Kommunisten. Auf den niederträchtigen Mord der Nazis in Charlottenburg antwortete derselbe Grzesinski, daß er nicht daran denke, die NSDAP zu verbieten. An demselben Tag erfolgt die von ihm mit Künstler vereinbarte Auflösung des „Jungsozialistischen Ordnerdienstes“.

Welches sind die faschistischen Kräfte? Nicht nur die Nazis. Auch Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Landbund und andere reaktionäre Organisationen, Reichswehr und Schupo (Schutzpolizei) stehen in der entscheidenden Situation dem Faschismus ebenso zur Verfügung. Schließlich die Brüning-Regierung, die mit Recht von den Kommunisten als halbfaschistisch bezeichnet wird. Wo ist ein Unterschied in der praktischen Politik zwischen Brüning und Frick? Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Brüning die Nazis in die Regierung aufnimmt. Jawohl, so nahe ist bereits die faschistische Gefahr in Deutschland. Und diese Regierung der unmittelbaren Vorbereitung der faschistischen Diktatur wird von den sozialdemokratischen Führern unterstützt.

Diese Unterstützung kann dem Proletariat den Kopf kosten, wenn die Hilfsdienstrolle der Severing, Braun und Grzesinski für Brüning gelingt. Denkt an den Metallarbeiterstreik! Die SPD-Führer werden ihre „eigene Republik“ im Stich lassen, wenn sie der Faschismus erobert. Wie können sie gegen den Faschismus kämpfen, wenn sie ihm bisher durch ihre Koalitionspolitik schon den Weg geebnet haben, wenn sie ihn durch ihre praktische Burgfriedenspolitik mit der Brüning-Regierung direkt fördern und die Arbeiter am Kampf gegen den Faschismus hindern?

Die Kluft zwischen den sozialdemokratischen Führern und dem proletarischen Teil ihrer bisherigen Anhänger wird täglich größer. Sie ist unüberbrückbar. Der Hauptvorstand der SPD stellt bereits die Frage der Spaltung. Morgen wird die Severing-Polizei genauso auf sozialdemokratische Arbeiter schießen, wenn sie im Kampf gegen den Faschismus stehen, wie heute auf die Kommunisten. Zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und kommunistischen Arbeitern ist aber kein Hindernis mehr, wenn sich die SPD-Arbeiter frei machen von dem Einfluß der Hetze ihrer Führer gegen uns, von der falschen opportunistischen Ideologie, als sei diese kapitalistische Republik bereits die Republik der Arbeiter. Wer heute noch daran glaubt, daß man mit dem Reichsbanner und seinen halbfaschistischen Teilhabern vom Zentrum und mit den Börsenjobbern von der Staatspartei den Faschismus bekämpfen kann, dem dürfte die letzte Erkenntnis erst durch die Flammenzeichen des mordenden und brennenden Faschismus aufgehen.

Entscheidet euch: Mit oder gegen Grzesinski? Wenn die Arbeiter gemeinsam kämpfen, wenn sie auf die Vereinbarungen der Bourgeoisie mit den sozialdemokratischen Führern pfeifen und fest zusammenhalten, dann sind sie eine unüberwindliche Macht. Zehntausende sozialdemokratischer Arbeiter und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend wollen den Kampf gegen den Faschismus. Aber der SPD-Parteivorstand dekretiert wie ein Polizeipräsident den Ausschluß der Mitglieder des Jungsozialistischen Ordnerdienstes. Warum? Weil sich ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus mit der Unterstützung des halbfaschistischen Brüning-Programms durch die SPD-Minister in Preußen und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten nicht vereinbaren läßt. In dieser ernsten Stunde, wo Brüning wieder mit dem Artikel 48 droht und sich die Lage in Deutschland außerordentlich verschärft, wo die Nazis auf der Lauer liegen, um vorzubrechen, fragen wir jeden SPD-Arbeiter:

Wollt ihr Kampf gegen den Faschismus und damit Kampf gegen die Unterstützung der Brüning-Diktatur durch die SPD, oder wollt ihr Unterstützung des Faschismus, wie sie durch Wels, Severing, Grzesinski und Co. geschieht?

Kampf gegen den Faschismus, das heißt auch Schaffung der entsprechenden Organisationen. Deshalb ist es notwendig, daß alle

Arbeiter, sozialdemokratische, parteilose und kommunistische, in den Betrieben und Wohngebieten Kampfausschüsse gegen den Faschismus wählen und mit allen Kräften den Kampfbund gegen den Faschismus unterstützen. Kampf gegen den Faschismus, das heißt: Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit, das heißt: Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Die Vernichtung des Faschismus, das heißt: Verjagung der Fabrikherren, der Grundbesitzer und aller Ausbeuter, das heißt: Alle Macht der Arbeiterklasse und Aufbau einer freien, sozialistischen Republik!

*„Die Rote Fahne“ Nr. 276,
26. November 1930.*

Faschistische Diktatur, das letzte Mittel der Bourgeoisie

Aus einer Rede vor Funktionären
der Berliner Partei- und Massenorganisationen
15. Dezember 1930

Die Brüning-Regierung hat die Beschlüsse des deutschen Finanzkapitals auf dem Wege der Artikel-48-Verordnungen verfügt, sie hat den Reichstag ausgeschaltet und zu gleicher Zeit entscheidende Maßnahmen zum Aufbau des faschistischen Staatsapparates durchgeführt. Die Liquidierung der Reste der bürgerlichen Demokratie, die Durchsetzung der Hunger- und Tributgesetze auf dem Wege der Artikel-48-Verordnungen zeigt, daß die „demokratischen Mittel“ der Volksausplünderung und Unterdrückung angesichts des wachsenden revolutionären Aufschwungs versagen. Die faschistische Diktatur ist das letzte Mittel der Bourgeoisie, den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft aufzuhalten, diese Ausbeutergesellschaft vor dem Ansturm des notleidenden Volkes zu schützen.

Das beschleunigte Tempo des revolutionären Aufschwungs in den letzten Monaten, der Streik der Berliner Metallarbeiter, der Streik in Chemnitz, die Schaffung des revolutionären Selbstschutzes in Hamburg, Leipzig usw., die gewaltigen Erwerbslosendemonstrationen im Reiche, die zahlreichen Teilstreiks in den verschiedensten Betrieben gegen den Lohnraub, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen — all das zeigt, daß die Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, so weiterzuleben, so weiterzuhungern, so weiterzuverelenden wie bisher. Diese Gegenoffensive der Arbeiterklasse und die wachsende Radikalisierung der kleinbürgerlichen Schichten will die Bourgeoisie mit faschistischen Mitteln niederschlagen.

Die Diktatur der Brüning-Regierung basiert auf der weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und der politischen Krise in Deutschland. Die gegenwärtigen Maßnahmen des Trustkapitals und seiner halbfaschistischen Brüning-Regierung

sind noch nicht das ausgereifte faschistische Herrschaftssystem. Der Reichsverband der Deutschen Industrie erklärte selbst, daß die fünfundzwanzig Diktaturgesetze und die Methoden ihrer Durchsetzung erst der Anfang seien. Gerade deshalb ist die Mobilmachung des gesamten arbeitenden Volkes nötig, um durch die Beseitigung der Diktatur in ihrem Anfangsstadium zu verhindern, daß sie auswächst zu jenem blutigen System des Terrors, der Hungerkatastrophe und des Krieges gegen die Sowjetunion wie in Polen, in Jugoslawien und in Italien. Der Faschismus kann dem arbeitenden Volke keine Arbeit und kein Brot bringen. Solange das Trustkapital die Fabriken, die Bergwerke, die Banken und den Grund und Boden besitzt, wird es im Interesse seines Profits und zur Eintreibung der Youngtribute das arbeitende Volk ausplündern. Der Weg des Faschismus bedeutet sowohl die Hungerkatastrophe für die Millionen Werktätigen wie die verstärkten Rüstungen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Die ganze Ausweglosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie kommt in dem letzten Bericht des deutschen Konjunkturinstituts zum Ausdruck. Das deutsche Konjunkturinstitut ist immer geneigt, die Krise möglichst zu verschleiern. Aber sogar dieses Institut muß die weitere Verschärfung der Krise feststellen. Es wird in diesem Bericht gesagt:

„Die industrielle Produktion liegt um rund ein Viertel, auf Teilgebieten wesentlich um die Hälfte unter der Vorjahrshöhe“,

wo wir ja ebenfalls schon die wirtschaftliche Krise hatten.

„Dabei ist für die kommenden Monate mit einer wachsenden Belastung des Arbeitsmarktes“,

also mit einer ungeheuer wachsenden Erwerbslosigkeit zu rechnen.

„Die Weltkonjunktur befindet sich nahezu in fortschreitender Abschwüchbewegung.“

In Deutschland sind die Indexziffern und die industriellen Auftragseingänge in den letzten Monaten weiter gesunken. Es wird dann weiter festgestellt, daß diese Verschärfung der Wirtschaftskrise das Volkseinkommen wesentlich gesenkt habe. Während das Volkseinkommen für das vergangene Jahr auf 10,5 bis 11,5

Milliarden je Vierteljahr berechnet wird, betrug es im dritten Vierteljahr 1930 etwa 900 Millionen Mark weniger. Die Einkommensverminderungen, auf das Jahr umgerechnet, dürften einen Betrag von 4 Milliarden Mark gegenüber 1929 ausmachen. Es wird dann weiter auseinandergesetzt, daß durch die Lohnsenkung, sowohl der übertariflichen wie der tariflichen Löhne, die Löhne 1929/30 um ungefähr 10 Prozent gesenkt wurden, während zu der gleichen Zeit nach dem amtlichen Index die Lebenshaltungskosten um 3,7 Prozent gesenkt worden sind. Das Konjunkturinstitut stellt also selbst eine Senkung der Löhne um 10 Prozent fest, während sie in Wirklichkeit mehr beträgt. Allein der Abbau der übertariflichen Löhne beträgt 15 Prozent. Hinzu kommt noch der Abbau der tariflichen Löhne um 6 bis 10 Prozent. Der amtliche Schwindelindex über die Lebenshaltungskosten ist aber nur um 7,5 Prozent gesunken.

In bezug auf die Entwicklung der Weltwirtschaftslage, die zweifellos für die Beurteilung der weiteren Entwicklung in Deutschland entscheidend ist, erklärt das Konjunkturinstitut:

„Der weltwirtschaftliche Konjunkturrückschlag (soll heißen: Weltwirtschaftskrise. *W. U.*) hat an Ausdehnung und Intensität zugenommen, wie das in der modernen Wirtschaftsentwicklung noch niemals zuvor beobachtet werden konnte. Die rückschrittlichen Tendenzen haben sich in den letzten Monaten noch weiter verschärft.“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird aber nicht nur durch weitere Stilllegung der Produktion und durch die gewaltige Zunahme des Heeres der Dauererwerbslosen gekennzeichnet, sondern durch die Erhaltung und Erhöhung der Profite des Großkapitals bei gleichzeitiger unerhörter Aussaugung der Arbeiter und der kleinbürgerlichen Schichten. Die sogenannte Sanierung der Reichsfinanzen durch die reaktionäre Brüning-Regierung ist nichts anderes als die „Umschichtung des Einkommens“ durch den Staatsapparat zum Nutzen des Finanzkapitals. Diese Wirtschaftspolitik, die den Weg zur Hungerkatastrophe für das arbeitende Volk bedeutet, wurde von der KPD im Reichstag durch die Anprangerung folgender Tatsachen enthüllt:

Durch die diktatorische Einführung der Kopf- und Negersteuer, der Ledigensteuer, der Getränkesteuer, durch die Verschlechterungen der Krankenversicherung, den Abbau bei den Erwerbs-

losen und die Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter werden allein den besitzlosen Schichten nicht weniger als zwei Milliarden geraubt. Durch die neue Notverordnung und die Kürzung des Etats werden geraubt: den Erwerbslosen 475 Millionen, den Kriegsbeschädigten 104 Millionen, den Bergarbeitern durch Einstellung der Zahlungen an die Knappschaftsversicherung 75 Millionen, den Invaliden, diesen Opfern der kapitalistischen Raubpolitik, 50 Millionen, der Familienversicherung, das heißt den werdenden Müttern, 15 Millionen, den hungernden Kindern eine Million für die Schulspeisungen. Für den Wohnungsbau und das Siedlungswesen werden 118 Millionen „gespart“. Das sind im neuen Etat auf Grund der neuen Verordnungen allein schon 838 Millionen Mark. Dazu kommt dann die neue Tabaksteuerbelastung mit 168 Millionen.

Ferner bringt das reaktionäre Programm eine unerhörte Drosselung des Wohnungsbaus: die Herabsetzung der Summen für den Wohnungsbau in diesem Jahre von 800 auf 400 Millionen und den Abbau jeglicher Gelder für den Wohnungsbau in den nächsten fünf Jahren, dazu die völlige Aufhebung des Mieterschutzes und die damit verbundene Herauftreibung der Mieten. Das bedeutet unerhörte Einschränkung des Wohnungsbaus, so daß nach fünf Jahren immer noch 1 700 000 Familien ohne Wohnung sein und 510 000 Familien in abbruchreifen Wohnungen hausen werden.

Durch diese Politik wird ebenfalls eine Milliarde gespart, so daß den besitzlosen Schichten durch das Brüning'sche Programm insgesamt mehr als 4 Milliarden genommen werden — ein Raubzug, wie er bisher in der Geschichte der deutschen Young-Republic noch nicht dagewesen ist! Zu gleicher Zeit aber Riesensummen für die Kriegsausrüstungen, für das Panzerkreuzer-ABC und ferner $\frac{3}{4}$ Milliarden für Geschenke an die Besitzenden durch Senkung der Besitzsteuer, 400 Millionen durch die Senkung der Realsteuern, 170 Millionen durch Herabsetzung der Industriebelastung, der übrige Teil durch Senkung der Kapitalertragssteuer, der Kapitalverkehrssteuer, der Vermögenssteuer usw.

So werden dem Großkapital $\frac{3}{4}$ Milliarden in den Rachen geworfen in einer Zeit, in der den Ärmsten der Armen der letzte

Bissen fortgenommen wird. Nicht weniger als 700 000 Erwerbslose müssen sich mit ihren Familien mit den erbärmlichen Hungersätzen der Wohlfahrtsunterstützung durchschlagen. Weitere 600 000 bis 700 000 bekommen überhaupt keine Unterstützung mehr. Im Etat von 1931 ist außerdem die letzte Million für Kinderspeisung gestrichen.

Während den Massen das Stück Brot vom Tische gestohlen wird, macht die halbfaschistische Regierung der Großindustrie, den Börsenhyänen und den Krautjunkern Millionengeschenke. Vor einigen Wochen wurde der AEG ein Lohnsteuerabzug von 1,7 Millionen Mark erlassen. Bei der Buch- und Betriebsprüfung hatte sich herausgestellt, daß Tantiemen der Direktoren der AEG, die ohnedies Gehälter von über 100 000 Mark erhalten, im Betrage von 2,1 Millionen Mark nicht zur Lohnsteuer angemeldet waren. Die AEG, die sich besonderer Beziehungen zum Reichsfinanzministerium erfreut und der schon einmal eine Umsatzsteuerschuld von 1,8 Millionen Mark geschenkt wurde, konnte dank ihrer Beziehungen erreichen, daß die 2,1 Millionen auf 400 000 Mark reduziert werden. Ein weiteres Geschenk hat die Brüning-Diktatur dem Besitz durch den Wegfall des Steuerabzugs vom Kapitalertrag gemacht. Das Geschenk beläuft sich auf 60 Millionen Mark. Dazu kommt das Versprechen einer Amnestie für kapitalistische Steuerhinterziehung. Die Hungergesetze werden im Reichsrat einstimmig von den Nazis bis zur SPD beschlossen. Das ist aber erst der Beginn, denn die Regierung hat die Einnahmen im Etat viel höher eingesetzt, als der Wirtschaftslage entspricht.

Der Weg zur faschistischen Diktatur, das bedeutet verstärkte Kriegsrüstung. Die imperialistischen Staaten wollen nicht nur die Sowjetunion als Absatzgebiet, als Gebiet für die Volksausplünderung erobern, sondern den sozialistischen Aufbau und die gewaltigen sozialen und kulturellen Errungenschaften der Sowjetunion vernichten, weil der Sieg des sozialistischen Aufbaus für die Arbeiterklasse der ganzen Welt und für die unterdrückten Kolonialvölker ein gewaltiger Ansporn ist, die Ausbeuter und Unterdrücker des arbeitenden Volkes ebenso wie in Rußland zu verjagen und den kapitalistischen Staatsapparat zu zertrümmern. Der Moskauer Prozeß gegen die Schädlinge, gegen die Industriepartei

hat nicht nur die Sabotage der im Solde des französischen Imperialismus stehenden Techniker aufgedeckt, sondern vor allem die planmäßigen Kriegsrüstungen der imperialistischen Staaten zum Interventionskrieg gegen den einzigen Arbeiterstaat enthüllt.

Die verstärkten Rüstungen der Reichswehr und der Schupo in Deutschland, die Verstärkung der Kriegsflotte in der Ostsee (300 Millionen Mark sind für den Bau von Kriegsschiffen vorgesehen), die Propaganda für „Rüstungsfreiheit“, wie sie besonders mit Hilfe der Nazis geführt wird, die Verhandlungen des Kommandeurs der Reichswehr in Paris, der Aufbau des „Grenzschutzes“ von Königsberg bis Schlesien dienen gleichzeitig der Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront. Noch niemals seit 1914 war die Kriegsgefahr so akut wie jetzt, wo infolge der Weltwirtschaftskrise die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und der grundlegende Widerspruch zwischen dem Lande des sozialistischen Aufbaus und den Ländern des kapitalistischen Zusammenbruchs auf die Spitze getrieben werden.

Wenn ich sagte, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise die Bourgeoisie den Faschismus als letzte Rettung der kapitalistischen Gesellschaft einsetzt, so ist dadurch bereits gesagt, daß es sich hier nicht um eine speziell deutsche Erscheinung handelt, sondern um eine typische Erscheinung in allen kapitalistischen Ländern in der gegenwärtigen dritten Periode. Die faschistische Entwicklung hat in den Ländern begonnen, die die schwächsten Glieder des Kapitalismus waren, in Italien, in Polen, in den Randstaaten, auf dem Balkan, in Österreich. Der Faschismus ist die unmittelbare Diktatur des Finanzkapitals unter dem Deckmantel der gemeinsamen Volksinteressen. Die faschistische Diktatur wird ausgeübt durch stärkste Zentralisation und Militarisierung der Staatsgewalt und stärksten Ausbau des Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie mit Hilfe der faschistischen Organisationen und der Einspannung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparates und anderer Organisationen in den Dienst der faschistischen Diktatur.

Die faschistische Diktatur zeigt entsprechend den besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern



Reichstagswahlen am 14. September 1930. Vor dem Karl-Liebknecht-Haus des ZK der KPD in Berlin.



auch verschiedene Formen und Methoden der Entwicklung. Der Faschismus kommt auf verschiedenen Wegen zur Macht. Ähnlich, wie die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform verschiedene Entwicklungsformen durchgemacht hat, so entsteht auch das faschistische Herrschaftssystem nicht plötzlich in seiner ausgereiften Form.

Brüning beseitigt die parlamentarische Regierungsform der Weimarer Republik. Die Regierung erklärt, daß sie „unabhängig von Kombinationen der Parteien“ und von der Entscheidung des Reichstages die Hungergesetze durchführen werde.

Dem Reichstag schickt sie einen Zettel folgenden Inhalts:

„Berlin, den 1. Dezember 1930

An den

Reichstag

Berlin.

Betrifft: Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Ich beehre mich, gemäß Artikel 48, Absatz 3 der Reichsverfassung dem Reichstag von der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 Kenntnis zu geben.

Die Verordnung ist in Nr. 47 des Reichsgesetzblattes von 1930, Teil I, S. 517 ff., verkündet worden.“

In der Regierungserklärung wird ausdrücklich der neue Kurs der „Staatspolitik“ proklamiert, wonach nur diejenigen Parteien und Organisationen Existenzrecht haben, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehen. Was durch das Republikenschutzgesetz eingeleitet wurde, soll jetzt im Interesse des „Volksstaates“ durch Verfassungs- und Wahlrechtsänderung verschärft werden. Das ist die Begründung für die Unterdrückung aller revolutionären Organisationen und besonders für das frech angekündigte Verbot der KPD.

Die Diktatur des Reichspräsidenten, die Beratung der Gesetze im Reichsrat als der zukünftigen Ersten Kammer und die Vorbereitung der Gesetzesunterlagen durch den Reichswirtschaftsrat, der künftigen berufsständigen Körperschaft des Faschismus, des faschistischen Ständestaates, die Liquidierung der kommunalen Selbstverwaltung beweisen, wie weit die Faschisierung bereits fortgeschritten ist.

Die verstärkte Vorbereitung der Schupo und der Reichswehr als Bürgerkriegstruppe gegen die Arbeiterklasse und ihre Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm und der neuorganisierten SS der Nazis, mit dem Grenzschutz und mit dem Reichsbanner zeigt, wie die Bourgeoisie angesichts der wachsenden Kampfkraft der Arbeiter ihre Wehrmacht durch die faschistischen Organisationen verstärkt.

Es ist charakteristisch, daß die ganze bürgerliche Presse selbst klar und eindeutig erklärt, daß es sich hier nicht um eine Einzelmaßnahme der Anwendung des Artikels 48 handelt, sondern um das Begräbnis der bürgerlichen Demokratie, um die weitere Fasisierung.

Die „Germania“ schreibt folgendes:

„Eine sachliche Einzelberatung der Notverordnung kommt nicht in Frage, sondern nur eine Annahme oder Ablehnung im ganzen.“

Das heißt: Der Reichstag hat die Schnauze zu halten, wir haben bestimmt, und er darf höchstens mithelfen, diese Diktatur zu verschleiern. Weiter erklärt die „Germania“, die ja am besten wissen muß, was die Regierung will:

„Es steht hier nicht zur Debatte, was für eine Rolle wir dem Reichsrat unter den politischen und gesetzgeberischen Körperschaften im Deutschen Reich zuweisen wollen — wir sind der Meinung, daß seine Entwicklung zur Zweiten Kammer (sie meinen aber in Wirklichkeit die Erste Kammer. W. U.) ein notwendiges und nützlich Bestreben ist und daß sein Ansehen und seine Bedeutung in dem Maße wachsen und gewinnen, in dem sie beim Reichstag abnehmen. Der Reichstag wird zu beweisen haben, daß er die Zeichen der Zeit versteht und daß er der Staatspolitik die Bahn frei macht.“

Das ist der klare Ausdruck dafür, daß der Reichsrat das eigentliche Organ zur Vorberatung der wichtigsten Regierungsmaßnahmen sein soll. Und der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, erklärt:

„Selbstmord des Parlaments.“

Die öffentliche Meinung konstatiert zwar mit einigem Erstaunen, aber doch ohne ernstliche Entrüstung die Tatsache, daß das Deutsche Reich heute ohne Parlament regiert wird. Wir sprachen da eben ein großes Wort gelassen aus: daß das deutsche Volk ohne Parlament regiert wird.

Aber warum soll man es nicht aussprechen! Hat es einen Zweck, seinen Kopf in irgendeinen Sand zu stecken?"

Ich glaube, daß das deutlich genug ist. Und weiter heißt es:

„Der große Unterschied zwischen Deutschland und jenen anderen Ländern (gemeint sind die Länder mit faschistischen Diktaturen. Es wird also anerkannt, daß in anderen Ländern bereits faschistische Diktaturen bestehen, und jetzt ziehen sie die Konsequenzen für Deutschland. W. U.), die aufhörten, parlamentarische Demokratien zu sein, besteht darin, daß dort den Ländern diese Staatsform genommen wurde, während das Volk selbst in Deutschland drauf und dran ist, auf gesetzlichem, fast verfassungsrechtlichem Wege, also sozusagen auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie, selbst diese parlamentarische Demokratie abzuschaffen.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ stellen die Frage: „Ist das nun Diktatur?“, und sie bestätigen, daß es der Anfang der Diktatur ist. Über die Rolle der SPD sagen sie folgendes:

„Fallt ihr (die Sozialdemokraten) diesen Männern (der Brüning-Regierung) in den Arm — wie ihr es nach dem, was ihr euren Wählern im Wahlkampf an blauem Dunst vorgemacht habt, eigentlich tun müßtet —, so kommt der Bolschewismus oder die wirkliche Diktatur. Vor beiden habt ihr aber noch größere Angst als vor der Diktatur in Anführungsstrichen. Deshalb heißt die neueste Parole, ausgegeben vom großen Rudolf Breitscheid: Hier stehe ich, ich kann auch anders, Brüning, helfe mir. Amen!“

Die Bourgeoisie sagt mit offenem Hohn: Jawohl, das ist Diktatur, aber ihr Sozialdemokraten, ihr habt doch noch viel größere Angst vor der Diktatur des Proletariats, also bitte, dann helft lieber der faschistischen Diktatur.

Bereits in der Stellungnahme zum Hinauswurf der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion aus der Stadtverordnetenversammlung in Berlin erklärte die „Germania“ am 28. November 1930:

„So weit aber konnte es nur kommen, wo der wahre demokratische Sinn der Selbstverwaltung — Ordnung des gegliederten Volkes zu sein — in sein Gegenteil verkehrt wird und das Prinzip der Ordnung untergeordnet wird der Diktatur der Masse und der Zahl... Diesem zweiten Akt der Tragödie schließt sich, wenn nicht eine baldige Umkehr einsetzt, ein dritter Akt des Untergangs der Selbstverwaltung notwendig an.“

Hier wird klarer als jemals gesagt: Der Sinn der „Selbstverwaltung“ ist Verschleierung der Diktatur des Finanzkapitals. Wenn mit Hilfe der „Selbstverwaltung“ diese Forderungen der Bourgeoisie nicht durchgesetzt werden können, dann wird sie zur faschistischen Diktatur greifen.

Die prinzipielle Bedeutung der Politik der Brüning-Regierung für die Vorbereitung der faschistischen Herrschaft erläuterte vor kurzem der frühere Reichswehrminister Geßler vor dem Deutschen Herrenklub in einem Vortrag über die „Staatskrise“. Unter der Führung von Hindenburg tagten die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die Führer des deutschen Bankkapitals, die führenden Generale, Freiherr von Hammerstein, der Kommandierende General von Berlin, die Mitglieder der Reichsregierung und einige abgetakelte Fürsten. Auf dieser Konferenz wurde klar und eindeutig gesagt: Unser Programm ist die Organisierung des „dritten Reiches“. Herr Geßler sagte:

„Das gemeinsame Interesse des ganzen Volkes verlange, eine organisatorische Form zu suchen, die die Freude an der staatlichen Gemeinschaftsarbeit, an seinem Mechanismus und an seiner Funktion wieder belebt.“

Hier sehen wir die klassische Demagogie des Faschismus: Die Diktatur des Finanzkapitals wird durch den Schwindel von den gemeinschaftlichen Interessen des Volkes im „Nationalstaat“ verschleiert. Das ist gerade der Unterschied zu der einfachen Unterdrückungspolitik des wilhelminischen Deutschlands. Im wilhelminischen Deutschland wurde einfach mit den Methoden des Herrn von Jagow die Arbeiterklasse unterdrückt und ausgeplündert. Im faschistischen System geschieht die Volksausplünderung und brutalste Unterdrückung der Arbeiterklasse durch eine straff zentralisierte Staatsgewalt unter dem Deckmantel der „Volksgemeinschaft“, die ihre Massenstützpunkte in den faschistischen und reformistischen Organisationen hat. Aber Herr Geßler hat diese Äußerungen noch dechiffriert, indem er erklärte:

„Es ist im besonderen die Aufgabe der Verfassung, das Reale des Staates den Idealen zuzuführen, dem ‚dritten Reich‘, wie es unsere Jugend nennt.“

„Wir müssen die Grenze zwischen Staatstätigkeit und Staatshilfe neu ziehen. Auch die bange Sorge, die heute weiteste Kreise erfüllt, ob

nicht die ihnen auferlegten schweren Lasten und Opfer umsonst sein werden, wird nicht beruhigt werden können, wenn das gegenwärtige System nicht beseitigt wird durch einen Neuaufbau des Staates auf der Grundlage tätiger Mitwirkung des einzelnen."

Gebler sagt hier ausdrücklich, daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern das ganze werktätige Volk an dieses korrupte kapitalistische System nicht mehr glaubt. Aus diesem Grunde will das Finanzkapital unter der Firma des „dritten Reiches“ seine Volksausplünderung und Unterdrückung fortführen. Die Finanzkapitäne wollen die Illusion erwecken, daß die Lasten und Opfer, die jetzt den Massen aufgebürdet werden, „nicht umsonst“ sind, sondern daß das „dritte Reich“ ihnen Brot und Arbeit geben wird.

Diese Rede im Deutschen Herrenklub unter dem Vorsitz von Hindenburg zeigt die Grundlinie der faschistischen Politik. Das „dritte Reich“ ist das Reich der Kapitalisten und Grundbesitzer. Sie beherrschen die Produktion und damit auch die Staatsgewalt. Sie wollen unter der Firma des faschistischen „dritten Reiches“ ebenso wie unter der Firma der demokratischen Republik ihre Profite sichern und die Volksmassen ausplündern. Sie suchen durch das „dritte Reich“, das nichts anderes sein wird als ein Deckname für die faschistische Diktatur des Finanzkapitals, den kapitalistischen Ausweg aus der Krise auf Kosten des Hungertodes von Millionen Werktätiger.

Während die Ausbeuter durch den Faschismus die Grundlage ihrer Herrschaft, die Fabriken, den Grund und Boden und ihre Milliardenprofite, sichern wollen, steht vor der Arbeiterklasse klar und deutlich die Aufgabe der Beseitigung der halbfaschistischen Staatsgewalt, das heißt die Organisation des revolutionären Massenkampfes für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Brüning-Regierung verkündet bereits die Maßnahmen zur Faschisierung:

1. Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten;
2. Änderung des Wahlrechts. Insbesondere müsse Schluß gemacht werden mit der „schrakenlosen Beteiligung der Jugendlichen am politischen Leben“;
3. weitere Entwicklung des Reichsrates zu einer Ersten Kammer;

4. weiterer Ausbau des Reichswirtschaftsrates zu einer berufsständischen Körperschaft, zu einem sogenannten Wirtschaftsparlament, mit dessen Hilfe die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit dem faschistischen System verwachsen;
5. Änderung der Gemeindeverfassung in eine faschistische Gemeindeverfassung, wie das in dem Gesetzentwurf der Preussischen Regierung (Gesetz Groß-Berlin) bereits festgelegt ist. Da braucht die Brüning-Regierung keine Änderung vorzunehmen;
6. Entwicklung und Stärkung des Betriebsfaschismus in dem Sinne, daß die Unabdingbarkeit der Tarife beseitigt wird, das heißt die Tarifverträge können durch Vereinbarungen der Unternehmer und der reformistischen Betriebsräte ersetzt werden. Das Schwergewicht des Abschlusses von Tarifverträgen wird in die Betriebe verlegt;
7. offene Bürgerkriegsrüstungen, verstärkte Ausbildung der Polizei und der Reichswehr und ihre Zusammenarbeit mit den faschistischen Mordorganisationen, mit der SS und dem Stahlhelm als Werkzeuge des Bürgerkrieges gegen die Arbeiterklasse;
8. verstärkte imperialistische Kriegsrüstungen und Rüstungspropaganda sowie verschärfte Antisowjethetze.

Ebenso wie die bürgerliche Demokratie entsprechend der Entwicklung der Klassenkräfte von 1918 bis 1930 die verschiedensten Herrschaftsmethoden aufwies (von der sozialdemokratischen Regierung 1918 bis zur halbfaschistischen Brüning-Regierung 1930), so werden sich auch die faschistischen Herrschaftsformen und Unterdrückungsmethoden entsprechend der Entwicklung der Klassenkräfte verschärfen, wenn das Proletariat nicht aufräumt.

Das deutsche Finanzkapital hat durch Herrn Dr. Geßler im Herrenklub aussprechen lassen, daß der „Neubau des Staates“ notwendig ist, um jene breiten Massen des werktätigen Volkes, die an der kapitalistischen Gesellschaft verzweifeln und einen Ausweg suchen, einzufangen und unter der Firma des „dritten Reiches“ fester an die Politik des deutschen Finanzkapitals zu ketten. Aber Volkspartei, Zentrumsparlei, Staatsparlei wollen einen möglichst stetigen Aufbau der faschistischen Diktatur mit

möglichst wenig Erschütterungen. Das ist die Hauptdifferenz zwischen den zwei Fraktionen des Faschismus, zwischen der einen Fraktion unter Führung der Duisberg, Brüning und Co. und der anderen unter Führung von Hitler, Hugenberg und Co. Die Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie wollen unter voller Ausnutzung der Sozialdemokratie und des reformistischen Gewerkschaftsapparates die faschistische Staatsgewalt aufbauen und dadurch den Massencharakter dieser Organisationen liquidieren.

Damit ist auch schon die Frage beantwortet: Wer sind die Herren des „dritten Reiches“, das Herr Brüning zu etablieren begonnen hat? Das sind diejenigen, die die Fabriken, den Grund und Boden, die Banken besitzen, das sind die Duisberg, Klöckner, Siemens, Borsig und Co. Sie sind die Führer des deutschen Trustkapitals und bestimmen die Politik des „dritten Reiches“. Die Nazis als Organisation, die durch ihre radikale Phraseologie breite Massen des Kleinbürgertums und Teile von Arbeitern eingefangen hat, können nur im Sinne der Interessen des Finanzkapitals und in Ausführung seiner Befehle durch radikale Phrasen einen Teil der werktätigen Masse an das faschistische Staatssystem „heranführen“ und den blutigen Terror Hand in Hand mit der faschistischen Polizei und der Reichswehr gegen die Vorhut der Arbeiterklasse anwenden.

Je mehr die NSDAP an die Futterkrippe kommt — und der „Hauptkampf“ zwischen NSDAP und SPD geht in der Tat um die Futterkrippe —, um so klarer muß sie ihr arbeiterfeindliches Programm enthüllen. Die objektiven Bedingungen für die Lösung der Arbeiter von der NSDAP sind deshalb besonders günstig und erfordern, daß wir in allen Versammlungen der NSDAP auftreten.

Gegenüber dem internationalen Finanzkapital, gegenüber den kapitalistischen Gläubigern, die die Younganleihen unterzeichnet haben, erklärte Hitler im „Völkischen Beobachter“:

„Der rechtsverbindliche Charakter von Privatschulden, ganz gleich aus welchem Anlaß sie aufgenommen worden sind, steht zweifelsfrei immer fest. Das deutsche Volk . . . erfüllt und wird immer auch in aller Zukunft seine privaten kaufmännischen Schuldverpflichtungen der Welt gegenüber ernst und getreu erfüllen.“

Das ist die unumwundene Anerkennung der Younglasten, die bekanntlich von privaten Gläubigern unterzeichnet wurden. Dementsprechend stimmten die Nazis im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gegen den kommunistischen Antrag, die Zahlungen aus dem Youngplan einzustellen.

In den Regierungen Thüringens und Braunschweigs helfen sie mit bei der Durchführung des Youngplanes, bei der Eintreibung der Tributlasten von den Ärmsten. Solange das Finanzkapital im Besitz der Fabriken, der Banken, des Grund und Bodens ist, wird das arbeitende Volk doppelt ausgeplündert, nämlich zum Nutzen des ausländischen wie des nationalen Finanzkapitals, das nur eine Religion kennt: den Profit.

Die Politik der NSDAP in Thüringen und Braunschweig, ihre Unterstützung des Zollwuchers im Reichstag und die Ablehnung der Millionärsteuern im Reichstag beweisen, daß die NSDAP keinem kapitalistischen Ausbeuter ein Haar krümmt, aber durch Kopfsteuer usw. das werktätige Volk auf das schlimmste belastet. Die NSDAP fordert die Arbeiter auf, vor den kapitalistischen Ausbeutern des eigenen Landes zu kapitulieren. Der „Völkische Beobachter“ schreibt:

„Das Ergebnis eines jeden Streiks von heute kann, wirtschaftlich gesehen, nur noch ein schlimmeres Ende sein“,

das heißt, die Arbeiter sollen den Lohnabbau im Interesse der Sicherung der Profite der deutschen Unternehmer ruhig über sich ergehen lassen. Was kümmert Herrn Hitler die Not der Arbeiter? Solange die Kapitalisten im Besitz der Fabriken sind, werden die Arbeiter Hunger leiden.

In der Reichstagsitzung vom 4. Dezember erklärte Herr Feder:

„Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums...“

„Wir erkennen auch die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers an, die nicht beseitigt werden sollen. Wir sind für die Beseitigung des Gewinnertrages.“

Selbst der „Völkische Beobachter“ erklärte sich für die „legitimen Ansprüche des Kapitalismus auf Sicherheit und angemessene Verzinsung“.

Also Sicherheit des Kapitals; und was wird mit der Sicherheit der Lebensexistenz der Millionen Arbeiter? Sicherheit für ange-

messene Verzinsung durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter. Deshalb haben die Nazis im Reichstage gegen die Millionärbesteuerung gestimmt, damit den christlichen und jüdischen Kapitalisten ihre hohen Zinsen gesichert werden. Die Nazis stimmten gegen folgende von der KPD beantragten Steuern:

Sondersteuer von 20 Prozent für Millionäre,

Steuer von 20 Prozent auf sämtliche Dividenden,

Sondersteuer von 20 Prozent auf sämtliche Aufsichtsrats-tantiemen,

Sondersteuer von 20 Prozent auf alle großen Einkommen über 50 000 Mark.

Die Vernichtung des Masseneinflusses der Nazis ist entscheidend davon abhängig, wie es unsere Partei versteht, nicht nur zu agitieren, sondern den Kampf für die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten aktiv zu führen und in diesem Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit die nationalsozialistische Phraseologie durch die eigenen Erfahrungen der Massen zu entlarven.

Aus der Broschüre

„Volksrevolution gegen Faschismus“.

Herausgegeben vom ZK der KPD.

SPD, Nazis und die Arbeiter

Nölting und Feder als Vertreter der SPD und der NSDAP haben mit Erlaubnis der Brüning-Regierung im Rundfunk über die Frage diskutiert: Wie kann man am besten die faschistischen Taten unter sozialistischen Phrasen verschleiern? Dem Unternehmertum kann eine solche Rundfunkkomödie nicht schaden, und der Radioapparat ist geduldig.

Während SPD-Nölting sich im Rundfunk krampfhaft bemühte, den „tiefen Gegensatz“ zwischen SPD- und Nazipolitik zu „beweisen“, knatterten im Ruhrgebiet aus den Revolvern der Severing-Polizei und der faschistischen Mordbanden Schüsse gegen die streikenden Ruhrkumpel. Severings faschistische Polizei-offiziere, nationalsozialistische Mordbanden und Mitglieder der Schutzformationen, der Reichsbannerknüppelgarde, kämpften bürgerkriegsmäßig gegen die tapferen Ruhrkumpel, die zum Angriff gegen die Lohnräuber übergegangen waren. Wohl berichtete der Rundfunk über die Worte der Nölting und Feder, aber nicht über die Taten ihrer Organisationen. Die Übertragung des Geknatters der Schüsse aus Polizeikarabinern und Nazirevolvern durch den Rundfunk hätte genügt, um den Hörern zum Bewußtsein zu bringen, was hinter dieser Rundfunkkomödie steckt.

Die Nazis seien gegen die „Wirtschaftsdemokratie“, sie seien „gegen das Verlangen der Arbeiter nach gleichberechtigter Anteilnahme an der Wirtschaftsführung“, erklärt feierlich Herr Nölting. Selbstverständlich sind die Nazis für die unumschränkte Diktatur der Unternehmer, um die Arbeiter noch schlimmer auszuplündern. Die erste Tat Mussolinis war die Abschaffung der Vertrauensleute in den Betrieben und die blutige Unterdrückung jeder Streikbewegung. Aber der Herr Nölting ist ein vorsichtiger Mann, er sagte kein Wort über die gegenwärtigen Schlichtungsdiktate und über den Polizeiterror gegen die streikenden Arbeiter. Wäre er auf diese sehr aktuelle Frage eingegangen, so hätten die Zuhörer sehr bald entdeckt, daß Streiks nicht nur im

„dritten Reich“ verboten sind, sondern daß schon heute die Severing, Grzesinski und Co. und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie dem Unternehmertum beweisen, daß sie ähnlich wie die Faschisten den Kampf der Arbeiter um Lohn und Brot abzuwürgen versuchen.

Der Gegensatz zwischen SPD und Nazis in der Frage der „Wirtschaftsdemokratie“ bezieht sich in der Tat nur auf die Phraseologie. Die Faschisten proklamieren die Interessen der Produktionspolitik als das oberste Gebot des Staates, der Unternehmerorganisationen und der „Gewerkschaften“. Aber tun nicht der Amsterdamer Gewerkschaftsbund und der ADGB dasselbe? Haben sie sich auf dem Stockholmer Kongreß nicht ausdrücklich die „Unterstützung der Produktionspolitik“, das heißt die Vertretung der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft, als die erste Aufgabe gestellt, der die Vertretung von Arbeiterinteressen untergeordnet werden müsse? Unterstützen sie nicht ähnlich die Durchführung der Hungerdiktate der Brüning-Regierung mit Artikel 48, wie die faschistischen Gewerkschaftsbürokraten in Italien die Lohnraubdiktate Mussolinis?

Die Faschisten sind ebenso für die „staatliche Regelung des proletarischen Schicksals“, wie sie in den Beschlüssen des Kieler Parteitages der SPD gefordert wird und wie sie im staatlich organisierten Lohnabbau, im Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Krankenunterstützung zum Ausdruck kommt. Der Unterschied zwischen der „Produktionspolitik“ der Faschisten und der des ADGB besteht nur darin, daß der ADGB als Arbeiterorganisation diese Vertretung der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft mit dem „Verlangen der Arbeiter nach gleichberechtigter Anteilnahme an der Wirtschaftsführung“ zu verschleiern sucht. Solange das Finanzkapital im Besitze der Fabriken, der Banken und des Grund und Bodens ist, bedeutet die „Anteilnahme“ nichts anderes als Unterstützung der Ausbeuter.

Herr Nölting und die Sozialdemokratie klagen wehleidig über die Demagogie der Nationalsozialisten. Die Nazis haben im Reichstage gegen die 20prozentige Abgabe von allen Vermögen über 500 000 Mark, gegen die Tantiemen- und die Dividendensteuern, gegen die 20prozentige Sondersteuer auf Einkommen über 50 000 Mark und gegen die sofortige Einstellung der Young-

zahlungen gestimmt. Das sozialdemokratische „Freie Wort“ schreibt dazu:

„Aber wir würden verwirren, statt aufzuklären, wenn wir es so darstellen wollten, als ob die Annahme dieser kommunistischen Anträge ohne weiteres geboten gewesen wäre. (Also, die SPD war im Grunde ebenfalls gegen die Anträge! W. U.) Wir selbst haben auf der anderen Seite gegen Aufhebung -der Bürgersteuer, gegen Beseitigung der Krankenschein- und Medizinalabgabe und gegen Bewilligung einer besonderen Winterbeihilfe für Erwerbslose stimmen müssen, weil wir sonst lediglich die Reichsfinanzen in neue unheilbare Verwirrung gebracht hätten.“

Also, die nationalsozialistische Reichstagsfraktion stimmte offen für die Interessen des Finanzkapitals, gegen die Millionärsteuer und gegen die Sonderbesteuerung der christlichen und der jüdischen Aktionäre. Was tat die SPD? Sie stimmte für die Belastung der Millionenmasse des werktätigen Volkes durch die Artikel-48-Steuern. Die Nazis stimmten im Interesse der Reichen und Satten gegen die Millionärsteuer. Was kümmert sie die Not der Arbeiter, der Erwerbslosen, des verelendeten Mittelstandes? Die SPD stimmt für die Ausplünderung des werktätigen Volkes, damit die Reichsfinanzen im Interesse des Panzerkreuzerbaues, der Verstärkung der Reichswehr, der Schuporüstungen usw. „saniert“ werden.

Durch diese offene Unterstützung der Volksausplünderung hat gerade die Sozialdemokratie den Nationalsozialisten die Möglichkeit gegeben, breite kleinbürgerliche Massen „gegen den Marxismus“ zu mobilisieren. Durch ihren schändlichen Arbeiterverrat hat die Sozialdemokratie den Marxismus diskreditiert und den nationalistischen Einflüssen den Weg bereitet.

Weil die Sozialdemokratie die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft vertritt und der Zusammenbruch des Kapitalismus die Bourgeoisie zwingt, mit faschistischen Methoden ihre Katastrophopolitik durchzusetzen, deshalb unterstützt die Sozialdemokratie konsequenterweise den Faschisierungskurs der Brüning-Regierung. Die Sozialdemokratie kann weder gegen den Faschismus der Seeckt-Brüning und Co. noch gegen den Faschismus der Hitler und Hugenberg kämpfen. Mit Recht schrieb die bürgerliche Presse am 2. Dezember: „Brüning hat die Sozial-

demokratie verhaftet.“ Deshalb kann Brüning auch ohne Gefahr Nölting und Feder auf Rundfunkwelle „Wirtschaftsfrieden“ schwätzen lassen.

Was müssen die Arbeiter tun? Schmiedung der proletarischen Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus, für Brot, Arbeit und Freiheit! Das ist das Gebot der Stunde! Gegen die Unternehmer, die Staatsgewalt und ihre nationalsozialistischen und reformistischen Helfer gilt es die gemeinsame, unüberwindliche Kampffront der Arbeiterklasse zu organisieren. Kommunistische, sozialdemokratische, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter leiden gleichermaßen unter dem Lohnraub, unter der Volksausplünderung durch Kopfsteuer und dergleichen, unter dem Unterstützungsraub, unter der halbfaschistischen Brüning-Diktatur und der Youngknechtschaft.

Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf, Streik gegen den Lohnabbau, für Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich unter selbstgewählten Streikleitungen, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, das ist der Weg der Arbeiterklasse. 12 Prozent Lohnraub hatte Brüning den Kohlenbaronen versprochen. Der Angriff der Ruhrkumpel ließ es ihm zweckmäßiger erscheinen, 6 Prozent zu diktieren, um die Steigerung des Kampfes zu erschweren. Wenn schon der Streik der 65 000 Ruhrkumpel einen Teil der Pläne des Unternehmertums und seiner Regierung zerrissen hat, was wird erst, wenn die Hunderttausende der Arbeiter zum Angriff übergehen und durch die Einheitsfront im Streikkampf ihre Forderungen erkämpfen!

Nicht die Frage der „Wirtschaftsdemokratie“ steht vor den Arbeitern, sondern die Frage: Wie organisieren wir den gemeinsamen Kampf der kommunistischen, parteilosen, sozialdemokratischen, christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Lohnräuber und ihre Minister der Youngregierung? Die Berliner Metallarbeiter und noch mehr die Ruhrkumpel haben den Weg gezeigt. Handelt nach den Erfahrungen des Ruhrkampfes: Der Angriff ist die beste Verteidigung!

Aber auch die Millionen der erwerbslosen Arbeiter, der verelendeten Mittelständler und Kleinbauern müssen zur Tat schreiten. Unterstützungsraub an den Erwerbslosen und Kranken,

Youngsteuern auf die Schultern des werktätigen Volkes, Steuer-
geschenke an die Millionäre — das ist die Politik der Brüning-
Regierung, das ist der Weg zur Hungerkatastrophe für das werk-
tätige Volk. Proteste allein genügen nicht mehr. Die Erwerbs-
losen müssen ihre Forderungen auf Winterbeihilfe, Erhöhung der
Unterstützungen usw. im Massenkampf durchsetzen und durch
die gemeinsame Tat die Einführung der Zwangsarbeit unmöglich
machen. Die Mittelständler und Kleinbauern, die durch die
Youngsteuern der Brüning-Regierung und die Wucherpreise des
Monopolkapitals ausgeplündert werden, müssen aktiv gegen die
Durchführung dieses Raubzuges des Finanzkapitals auf die
Taschen des werktätigen Volkes den Kampf führen und sich dazu
mit dem Industrieproletariat verbünden.

Wenn die faschistischen Polizeioffiziere auf Kommando der
Sozialdemokraten Severing und Co., wenn die nationalsozialisti-
schen Sturmabteilungen auf Befehl von Goebbels und wenn die
Reichsbannerrollkommandos auf Befehl von Wels und Hörsing
den Kampf des arbeitenden Volkes um Brot und Arbeit durch
faschistischen Terror unterdrücken wollen, dann gilt es mit
tausendfachen Kräften den revolutionären Massenkampf zu
mobilisieren; denn wenn die Millionenmassen des arbeitenden
Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei zielbewußt
um Brot, Arbeit und Freiheit kämpfen, dann wird die Masse
siegen. Der gemeinsame Kampfaufmarsch der sozialdemo-
kratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter bei der
Beerdigung des ermordeten Antifaschisten Schneider war ein
verheißungsvoller Auftakt. Jetzt gilt es, den wehrhaften Kampf
gegen den Faschismus tausendfach zu verstärken. Deshalb die
Losung aller Arbeiter, die ehrlich den Kampf gegen den Faschi-
smus wollen: Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus, in
die Betriebs- und Erwerbslosenstaffeln!

In zahlreichen Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen
haben die Arbeiter spontan für die Organisierung der Kampf-
einheit gegen den Faschismus Stellung genommen. Während der
Gauvorstand des Reichsbanners einen Beschluß veröffentlicht, in
dem er gegen jeden gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen den
Faschismus protestiert, hat die Belegschaft von Bergmann-Rosen-
thal nicht nur allgemein zur Einheitsfront gegen den Faschismus

aufgerufen, sondern auch die nächsten praktischen Maßnahmen vorgeschlagen. Wir begrüßen den Vorschlag auf Einberufung eines antifaschistischen Delegiertenkongresses der Betriebsarbeiter, der Erwerbslosen, der Frauen und Jugendlichen, der Angestellten und unteren Beamten, des verelendeten Mittelstandes und der Kleinbauern!

Der demokratisch gewählte Kongreß des arbeitenden Volkes unter Führung der Arbeiter der Großbetriebe soll nicht nur die Mobilisierung des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die drohende Hungerkatastrophe, gegen Volksausplünderung und Faschismus bedeuten, sondern die nächsten Kampfmaßnahmen und die Verstärkung des Kampfapparates der Arbeiterklasse beraten und beschließen.

Mögen die Nölting und Co. über „Wirtschaftsdemokratie“ spintisieren — das arbeitende Volk wird unter Führung der Kommunistischen Partei handeln.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 11,
14. Januar 1931.*

Einheitsfront aller werktätigen Schichten gegen Volksausplündererei und Youngsklaverei

Aus der Diskussionsrede in einer
NSDAP-Versammlung im Saalbau Friedrichshain
22. Januar 1931

Wer führt die Youngsklaverei durch? Sind nicht die deutschen Unternehmer die Sklavenhalter des internationalen Finanzkapitals? Sind nicht die Siemens, Borsig, Klöckner, Kirdorf und Co., die selbst Hunderte von Millionen an den Reparationsachlieferungen verdient haben und noch heute verdienen, die Handlanger der internationalen Hochfinanz? Dienen nicht die Artikel-48-Steuern Brüning, denen sowohl Frick als auch der Sozialdemokrat Braun im Reichsrat zugestimmt haben, der Ausplünderung des Volkes? Welcher Unterschied besteht zwischen der Eintreibung der Youngsteuern durch Brüning und der Kopfsteuern durch Frick in Thüringen?

Wer kämpft gegen das deutsche und das internationale Finanzkapital? Diejenigen kämpfen dagegen, die diese Volksausplünderung mit allen Mitteln zu verhindern suchen. 65 000 Ruhrkumpel streikten gegen den Lohnraub. Der christliche Arbeitsminister Stegerwald hatte den Kohlenbaronen zehn Prozent Lohnabbau versprochen. Infolge der Angriffstreiks der Ruhrkumpel konnte er nur sechs Prozent durchsetzen. Das war revolutionärer Massenkampf gegen die Eintreibung der Youngtribute und gegen die Herauspressung der Tribute für die christlichen und deutschen Kapitalisten aus den Knochen der Arbeiter. Kampf gegen Youngsklaverei, das ist Kampf gegen den monopolistischen Preiswucher des Großkapitals, das ist Kampf gegen den Lohn- und Gehaltsraub durch Kopfsteuer, Tabaksteuer usw. Die einzige Partei, die das Volk in diesem Kampfe führen und den Sieg über die Volksausplünderer erringen wird, ist die Kommunistische Partei. Nicht mit weißen Mäusen und Blindschleichen^[19], sondern mit der Waffe des Streiks werden die Arbeiter ihre Lebensforderungen erkämpfen.



22. Januar 1931. Walter Ulbricht als Diskussionsredner in einer Naziversammlung im Saalbau Berlin Friedrichshain.



Die Führer der NSDAP verhindern nicht nur gemeinsam mit Severings Polizei den Kampf gegen die Youngtribute, sondern verleugnen ihre Hauptparolen vom 14. September. Damals riefen sie: „Zerreißt den Youngplan!“ „Keinen Pfennig Youngtributel!“ aber einige Wochen später, am 23. Oktober, erklärte der nationalsozialistische Vertreter im Reichstagsausschuß, Herr Reventlow: „Die Nazis haben niemals die Zerreißung des Youngplans gefordert.“ Die Besprechungen der Großindustriellen mit Herrn Hitler hatten also offensichtlich Erfolg. Die nationalsozialistischen Abgeordneten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung der Youngzahlungen. Die Ministeritis der Naziführer führte zum offenen Verrat an den Wählern. „Generalstreik gegen Young“, rief vor dem 14. September Herr Goebbels im „Angriff“. Nach den Verhandlungen Hitlers mit den Vertretern des Bergbaulichen Vereins im Ruhrgebiet liest man kein Wort mehr über den „Generalstreik gegen Young“.

Der Referent hat erklärt: „Wir versuchen es, auf andere Weise den Kapitalismus abzuwürgen.“ Alle Anwesenden warteten gespannt, welche Methoden der Referent nun zur Abwrgung des Kapitalismus vorschlagt. Aber er schwieg darüber. Er sagte auch nichts über den Kampf gegen die „Minister- und Korruptionsgehlter“, das bisher wichtigste nationalsozialistische Schlagwort. Warum wohl? Wir sind uns mit den nationalsozialistischen Arbeitern sicher einig, daß der Youngregierung und ihren Ministern kein Pfennig bewilligt werden darf. Wir glauben, daß die nationalsozialistischen Arbeiter und Angestellten zumindest mit dieser Auffassung der KPD völlig einverstanden sind. Aber was taten die Naziführer? Am 17. Januar bewilligten sie Herrn Dietrich, der den Raub an den Erwerbslosen und die Zwangsarbeit für die Werk-tätigen durchführen will, nicht nur eine Gehaltszulage von 4800 Mark, sondern obendrein 2250 Mark für die luxuriöse Ausstattung seiner Wohnung.

Sozialdemokratische Führer und Naziführer waren es, die zum Streikbruch im Ruhrkampf aufriefen. Severings Polizei und SA-Gruppen kämpften gemeinsam gegen die streikenden Arbeiter.

Nazis schenken Millionären weitere Millionen, während das arbeitende Volk hungert. Angeblich führen die Nazis den Kampf gegen die Volksausplünderer. Aber in Wirklichkeit schenken sie

ihnen Riesensubventionen. Am 21. Januar verlangte der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt im Haushaltsausschuß des Reichstages die Bewilligung von 700 000 Mark Subventionen für den Lahn- und Siegerländer Bergbau, das heißt für die Vereinigten Stahlwerke und den Millionär Krupp. Am 21. Januar stimmten die Naziführer für die Subventionen an die Mansfeld-AG in Höhe von 7 Millionen Mark. Den Herren Otto Wolff, Jakob Goldschmidt und Co., diesen Millionären wurden noch weitere Millionen geschenkt. So sieht der Kampf der Naziführer für „Enteignung der Bank- und Börsenfürsten“ aus. Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um die Durchführung des Programms der Nazis. Offen erklärte Herr Feder im Reichstag am 4. Dezember: „Wir anerkennen die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers“, und ergänzte: „Sie haben keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen unterzuschieben.“

Während die nationalsozialistischen Führer die Geldsäcke des Großkapitalismus der Youngrepublik nicht nur schützen, sondern sogar noch auffüllen wollen, rufen sie gleichzeitig zum Arbeitermord auf. In seiner Rede am 18. Januar in Coburg sagte Hitler: Jeder müsse selbst bemüht sein, des inneren Feindes Herr zu werden, dann würde Deutschland seine Freiheit wiedererhalten.

Wer ist dieser „innere Feind“? Nach Auffassung der Arbeiter sind es die kapitalistischen Blutsauger, nach Meinung der Hitler, Severing und Co. sind es die revolutionären Arbeiter oder, wie Severing sagt, „rebellierende Volkshaufen“, die nicht mehr gewillt sind, die Volksausplünderung ruhig hinzunehmen, sondern sich in einheitlicher Kampffront unter Führung der Kommunistischen Partei zusammenschließen zum Massenkampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals, gegen die Youngsklaverei, gegen die Brüning-Diktatur.

Vor jedem nationalsozialistischen Arbeiter, Angestellten und Kleingewerbetreibenden steht die Frage: Mit den Kommunisten gegen die Kapitalshyänen, gegen die deutschen Sklavenhalter des internationalen Finanzkapitals, gegen die Wucherer und Schieber, oder mit den Kapitalisten und mit den nationalsozialistischen Führern gegen die revolutionären Arbeiter. Die nationale Befreiung des werktätigen Volkes von den Fesseln des Youngplans ist nicht mit, sondern nur gegen die deutschen Ausbeuter und

ihre Regierung möglich. *Der Sieg des arbeitenden Volkes über die Ausbeuter und Sklavenhalter im eigenen Land, das ist gleichzeitig der siegreiche Kampf um die nationale Betreuung des deutschen Volkes, das ist der Weg zu Brot, Arbeit und Freiheit, das ist die Zerreißung des Youngplans. Schaut auf die Sowjetunion, die sich von allen Feinden betreit hat!*

Es lebe die Einheitstront des kämpfenden Proletariats und aller Werktätigen gegen Volksausplünderung, Youngsklaverei und Faschismus!

„Die Rote Fahne“ Nr. 20,
24. Januar 1931.

Gegen die drohende faschistische Diktatur

Rede im Reichstag

5. Februar 1931

Herr Brüning erklärte hier, daß er bei seinen Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise mit allen Kreisen der Bevölkerung einig sei. Aber es ist offensichtlich, daß alle Kreise der werktätigen Bevölkerung nicht einig mit ihm sind. Jene Arbeitermassen, die in Oberschlesien, im Osten und in Sachsen diesen Kanzler mit faulen Eiern und faulen Äpfeln empfangen haben, haben bestimmt nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie mit ihm einverstanden sind, sondern Herr Brüning kam, und alle Arbeiter riefen das eine Wort: Hungerkanzler.

Das war die „Verbundenheit“ des arbeitenden Volkes mit dem Kanzler der Regierung des deutschen Finanzkapitals. Herr Brüning hat sich in seinen Ausführungen besonders für die Mitarbeit verschiedener bürgerlicher Parteien und insbesondere des Vertreters der Sozialdemokratie bedankt. Er hat aber vergessen, sich formell bei den Beauftragten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu bedanken; denn der Etat ist doch mit den Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vorberaten worden. Herr Brüning hat jedoch besonders unterstrichen, daß die Großindustrie und die Agrarier mit ihm über die Durchführung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen einig sind.

Einig sind sie sich vor allem über die Maßnahmen gegen die Erwerbslosen. Fünf Millionen Erwerbslose liegen auf der Straße, und der Kanzler dieser Hungerregierung wagt es hier, diese fünf Millionen hungernder Arbeiter mit der Erklärung zu verhöhnen: Es wird eine Kommission zur Untersuchung eingesetzt. Weil einige seiner Verwaltungsbeamten nichts zu tun haben, sollen sie im engen Kreise über die Frage der Erwerbslosigkeit diskutieren, während zu gleicher Zeit die Kommissare zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung eingesetzt werden.

Nach dem vorliegenden Etat bekommt im nächsten Jahre eine Million Erwerbsloser keinen Pfennig Unterstützung mehr. Während im Januar vorigen Jahres noch 80 Prozent der Erwerbslosen

aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt wurden, waren es im Dezember nur noch 57 Prozent, und die Maßnahmen der Regierung führen dahin, daß noch weitere Hunderttausende der Unterstützung beraubt werden, bis das Ziel des deutschen Finanzkapitals erreicht ist, das Herr Dietrich in Stuttgart proklamiert hat: Vollständige Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, das heißt Hungertod für Millionen von Arbeitern.

Die Folge dieser Politik, die von der christlichen Zentrums-
partei und von der Sozialdemokratie unterstützt wird, ist die, daß in Berlin allein an einem Tage acht hungernde Erwerbslose Selbstmord begingen. Und zu der gleichen Zeit, wo Erwerbslose aus bitterster Not zum Gasschlauch greifen, beschließen die bürgerlichen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten Millionen Subventionen an die Großindustrie. Den Großindustriellen im Mansfelder Gebiet, den Otto Wolff, Goldschmidt und Konsorten, die Hunderte von Millionen besitzen, werden von dieser Regierung, von diesem Reichstag noch sieben Millionen in den Rachen geworfen. Im Mansfelder Land hungert das arbeitende Volk, und den Millionären der Mansfeld-AG werden noch weitere sieben Millionen geschenkt.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des ungeheuren Unterstützungs- und Lohnraubes an den Werkstätigen hat die Brüning-Regierung den Preissenkungsschwindel propagiert, um es der Sozialdemokratie zu erleichtern, den Lohnraub der Großindustriellen zu unterstützen. Herr Brüning hat heute kein Wort über seine „Preissenkungsaktion“ gesagt. Was ist denn bei der Kommissionsarbeit herausgekommen? In Berlin sind die Lebensmittelpreise gestiegen. Nach den amtlichen Mitteilungen betrugen die durchschnittlichen Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie am 14. Januar dieses Jahres 1,2 Prozent mehr als am 17. Dezember vorigen Jahres, das heißt also, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel der Werkstätigen sind in die Höhe getrieben worden. Wodurch? Durch die Zollwucherpolitik, die von den Müller und Co., von der Koalitionsregierung der Sozialdemokratie eingeleitet wurde und jetzt von den Brüning und Co. fortgesetzt wird. Preistreiberei statt Preissenkung!

Ende Januar kostete der Weizen in Danzig 85 Reichsmark und in Berlin 266 bis 268 Reichsmark, der Roggen in Rotterdam 70 bis

72 Reichsmark, in Berlin 156 bis 158 Reichsmark, das Stabeisen in Belgien 80 Reichsmark, in Oberhausen 133 bis 143 Reichsmark. Das ist die monopolistische Preispolitik des deutschen Finanzkapitals. Das werktätige Volk muß hungern, weil es nicht einmal das Roggenbrot bezahlen kann. Das ist die Politik der Brüning-Regierung.

Der Sinn der Rede des Herrn Brüning bestand darin, besonders zu unterstreichen, daß es in dieser Situation für die deutsche Bourgeoisie zweckmäßiger ist, beide Arme zu verwenden, sowohl die Nationalsozialisten, die Mordbanden, als auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie. Das deutsche Finanzkapital, der Reichsverband der Deutschen Industrie weiß, daß in den nächsten zwei Monaten die Tarifverträge für sechs Millionen Arbeiter ablaufen. In den nächsten Monaten soll Hunderttausenden von Erwerbslosen die Unterstützung geraubt werden. Brüning und das deutsche Finanzkapital sind der Meinung, daß diese Hungermaßnahmen besser durchzuführen gehen, wenn es seine Agenten in den Reihen der Arbeiter, die Gewerkschaftsbürokratie, richtig ausnützt.

Das ist der Sinn der Erklärung des Herrn Brüning. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen treiben diese Reaktionäre gleichzeitig dazu, daß der Polizeiterror gegen die Arbeiter verschärft und die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den nationalsozialistischen Mordbanden verstärkt wird.

Das Zusammenspiel von Sozialdemokratie und Nationalsozialisten in der Unterstützung dieser Diktatur des Finanzkapitals kommt am klarsten darin zum Ausdruck, daß alle entscheidenden Maßnahmen gegen das arbeitende Volk von beiden Parteien unterstützt worden sind. Ich erinnere daran, daß im Kampfe gegen den Lohnraub im Ruhrgebiet die Severing-Polizei gegen die streikenden Ruhrarbeiter kämpfte, daß die Gewerkschaftsbürokratie zum Streikbruch aufrief, daß gestern Herr Limbertz von dieser Stelle aus erklärte, daß sie aufgefordert haben, die streikenden Arbeiter mit Knüppeln niederzuschlagen, und daß zu derselben Zeit die SA-Horden der Nazis mit der Polizei gegen die Streikposten und die streikenden revolutionären Arbeiter kämpften. Das ist der gemeinsame Kampf von sozialdemokratischen Führern und Nationalsozialisten zur Unterstützung der deutschen

Kohlenbarone, um die Youngtribute aus den Knochen der Arbeiterschaft herauszupressen.

Haben wir nicht in der Unterstützung des deutschen Unternehmertums dasselbe Zusammenspiel? Als die Großindustriellen für die Mansfeld-AG Millionen Subventionen forderten, da war es im Reichstagsausschuß der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt, der gemeinsam mit seinem sozialdemokratischen Kollegen für die Subventionierung der Mansfelder Großindustrie eintrat. Und wer hat, als die Kommunisten die Einführung der Millionärsteuer verlangten, dagegen gestimmt? Die Vertreter der Nationalsozialisten ebenso wie die Vertreter der Sozialdemokratie. Aber diese staatlichen Maßnahmen der Ausplünderung und Unterdrückung sind unter den jetzigen Bedingungen der wachsenden revolutionären Kampfkraft der Arbeiter für die Bourgeoisie nicht mehr ausreichend, um ihr Programm durchzusetzen. Deshalb in den letzten Wochen der blutige Mordterror der Nationalsozialistischen Partei. Die Geldschränke der Großindustrie müssen vor den anstürmenden Arbeitslosen gesichert werden.

Das Zusammenarbeiten von Polizei und Nationalsozialisten ist offensichtlich. In Berlin verbietet Grzesinski die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen den Faschismus, und die Nationalsozialisten nutzen diese Gelegenheit aus, um den Mordterror in den Straßen Berlins durchzuführen. Die Sozialdemokraten Severing, Grzesinski und andere verboten die antifaschistischen Wehrorganisationen der Arbeiter, und die Faschisten glauben, daß sie jetzt ihren Mordterror ungehindert durchzuführen imstande sind. Hitler forderte im „Völkischen Beobachter“ das Verbot der revolutionären Organisationen. Und Grzesinski antwortet am nächsten Tage in einem Interview: Wir sind bereits dabei, die Vorbereitungen zu treffen.

Der Kanzler hat in seiner Rede ausführlich die Notwendigkeit der Durchführung seines Hungeretats begründet, um die Youngzahlungen sicherzustellen. Er hat dabei besonders unterstrichen, daß die Reparationslasten unter Stärkung der Industrie und Landwirtschaft erfüllt werden sollen. Das heißt: Die Younglasten sollen durch Lohnabbau, durch Unterstützungsraub, durch die Belastung des werktätigen Mittelstandes, durch Ausplünderung der

Kleinbauern ausschließlich aus den Knochen des werktätigen Volkes herausgepreßt werden bei gleichzeitiger Stärkung der Industrie und der Großagrарrier. Das heißt: Nehmt dem Werktätigen das Letzte im Interesse des internationalen und des deutschen Finanzkapitals und gebt dem deutschen Finanzkapital so viel, wie es überhaupt in seinen Rachen hineinbekommen kann! Bei dieser Durchführung des Youngplans helfen alle Youngparteien von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie.

Der Vertreter der Nationalsozialistischen Partei hat bei Begründung der Ablehnung der Dividendensteuer und Millionärsteuer erklärt, die Einführung der Dividendensteuer sei für sie untragbar. Für die deutschen Großindustriellen, für die Dividendenschlucker, für die Großaktionäre ist die Einführung der Dividendensteuer untragbar, und deshalb hat die Großindustrie den Hitler und Goebbels befohlen: Ihr müßt gegen die Millionärsteuer stimmen! So zeigen sich die Nationalsozialisten immer klarer als die Agenten des Finanzkapitals, deren Aufgabe es ist, als Landsknechte des Finanzkapitals gegen jene Volksmassen zu kämpfen, die mit revolutionären Mitteln den Massenkampf gegen die Youngtribute durchführen.

Kampf gegen das Hungerprogramm, das heißt Kampf gegen die Durchführung der Youngsteuer, das heißt Organisierung des Steuerstreiks, Organisierung der Steuersabotage, Rüstung zu politischen Massenstreiks. Ebenso, wie die Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei in Streiks gegen den Lohnraub getreten sind, so werden sie in den nächsten Wochen unter Führung der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den weiteren Lohnraub, im Kampf gegen den Unterstützungsraub den politischen Massenstreik vorbereiten, um den Klassenfeind an der entscheidenden Stelle zu treffen, um durch die Mobilisierung der Betriebe die Volksausplünderung zu bekämpfen und die deutsche Großindustrie entscheidend zu schlagen. Dann soll Herr Brüning hier reden, soviel er will. Der Massenmarsch der Arbeiterbataillone wird den Youngplan, die Youngsteuern und den Abbau der Erwerbslosenunterstützung unmöglich machen.

Wenn in dieser Situation gemeinsam mit den Nationalsozialisten die Polizeikräfte gegen die Arbeiter eingesetzt werden, so

sagen wir den Arbeitern klar und eindeutig: Es muß Schluß gemacht werden mit dem faschistischen Mordterror in Berlin! Wir werden die Aufforderung des Goebbels im „Angriff“ zum Arbeitermord mit der Aufforderung an die Arbeiter beantworten, den proletarischen Selbstschutz zu organisieren.

Die Nationalsozialisten stellen in diesem Reichstag einen Antrag auf Reichstagsauflösung. Vor dem 14. September haben sie gerufen: „Generalstreik gegen Young!“ Seit dem 14. September sprechen sie nur noch von Reichstagsauflösung. Glaubt etwa heute noch ein Arbeiter, daß eine Reichstagsauflösung der Ausweg für die hungernden Arbeiter, für die hungernden Klein-gewerbetreibenden ist? Nicht dieser Reichstag bestimmt, sondern die deutschen Großindustriellen und Großagrarier bestimmen die Politik in Deutschland. *Wir sagen deshalb dem arbeitenden Volke: Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter im Kampfe um Lohn und Brot, um Arbeit und Freiheit die Fabriken, den Grund und Boden, die Banken und die Waffen in ihre eigenen Hände nehmen.*

*Verhandlungen des Reichstags 5. Wahlperiode,
17. Sitzung,
S. 683—687.*

Gegen das Demonstrationsverbot in Berlin

Rede im Reichstag

24. Februar 1931

Die Kommunistische Partei beantragt, daß als zweiter Punkt ein Antrag auf sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbots für Groß-Berlin auf die Tagesordnung gesetzt wird. Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und die Brüning-Regierung haben eine solche Angst vor den Arbeitern und Erwerbslosen, daß sie nicht nur den Lustgarten, sondern sogar die Jungfernheide für Demonstrationen gesperrt haben. Die Begründung, die Herr Grzesinski seinem Demonstrationsverbot gegeben hat, zeigt, daß gegenwärtig in Deutschland wohl Kundgebungen für die Hungerpolitik der Brüning-Regierung erlaubt sind, aber keine Kundgebung der hungernden Erwerbslosen gegen diese Hungerdiktatur. Einen Tag nach dem Aufmarsch des Reichsbanners im Lustgarten, einen Tag nach dieser Kundgebung der Schutzformation des Reichsbanners (Schufo) und der Hörsinggarden für die Brüning-Regierung verbietet Herr Grzesinski, der Gendarm des Herrn Brüning, Demonstrationen der Arbeiter.

Herr Grzesinski erläßt ein Demonstrationsverbot für Berlin in einer Situation, in der in Deutschland die Lager überfüllt sind und Lebensmittel verfaulen, aber an den Stempelstellen Erwerbslose vor Hunger umfallen. In dieser Situation will Herr Grzesinski verhindern, daß in Deutschland die Hungernden auf den Straßen gegen die Ausbeuter und Volksausplünderer aufmarschieren.

Das Demonstrationsverbot hat aber noch eine tiefere Bedeutung. Zu der gleichen Zeit, wo die Nazis im Zusammenhang mit ihrem Auszug aus dem Reichstag den Mordterror gegen die Arbeiter organisieren, um auf diesem Wege der Brüning-Regierung bei der Volksausplünderung zu helfen, will Herr Grzesinski beweisen, daß er es besser kann als die nationalsozialistische Mordbande. Das ist der Sinn des Verbots. Wir haben verlangt, daß den Arbeitern die volle Demonstrationsfreiheit in Berlin gegeben wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das geht doch den Reichstag nichts an!) Wir denken, das geht ihn doch etwas an.

Herr Grzesinski hat erklärt, er denke nicht daran, die Polizei von den Straßen zurückzuziehen. Wir erklären hier nicht nur vor der Berliner Arbeiterschaft, sondern vor dem ganzen arbeitenden Volk, daß diese Maßnahme der Brüning-Regierung und ihrer Polizei eine bewußte Provokation des arbeitenden Volkes ist.

Verhandlungen des Reichstags 5. Wahlperiode,

31. Sitzung,

S. 1157—1158.

Gegen die reaktionäre Innenpolitik

Rede im Reichstag

24. März 1931

Die Innenpolitik der Brüning'schen Youngregierung wird durch den neuen Unterdrückungsfeldzug gegen das werktätige Volk und vor allem gegen die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiterorganisationen charakterisiert. Der Mord an dem Führer der Kommunistischen Partei in Hamburg, an unserem Genossen Henning, ist charakteristisch für die Methoden, die die herrschende Klasse anwendet, um den Hungerterror durchzuführen und die Youngtribute aus den werktätigen Massen herauszuholen. (Zuruf.)

Es wird mir zugerufen: Das waren die Nationalsozialisten. Ich frage Sie: Hätten denn die Nationalsozialisten diesen Meuchelmord durchführen können, wenn nicht das ganze System auf dieser Unterdrückung, auf dem schlimmsten Terror gegen die Arbeiterklasse aufgebaut wäre?

In Berlin marschierte der Stahlhelm unter dem besonderen Protektorat Hindenburgs, Brüning's und unter dem Schutze Grzesinskis auf. Der Stahlhelm, die Bürgerkriegsorganisation der Bourgeoisie, die Organisation, die neben der Reichswehr und der Schupo am stärksten bewaffnet ist, darf zur gleichen Zeit, wo den Arbeitern das Demonstrieren verboten wird, in Berlin unter dem besonderen Schutze des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten aufmarschieren. Die Rolle der rechten Sozialdemokraten als Wegbereiter des Faschismus ist durch nichts so klar gekennzeichnet worden als durch diese direkte Unterstützung des Stahlhelmaufmarsches, der faschistischen Mobilmachung. Denn die Einleitung dieses Volksbegehrens^[20] bedeutet nichts anderes als die allgemeine Mobilmachung für den Faschismus, die Vorbereitungen für das „dritte Reich“, die bürgerkriegsmäßigen Vorbereitungen für die Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Die Zersetzungspolitik der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung kann die Arbeiter nicht mehr von Streiks, von Massendemonstrationen, vom wehrhaften Kampf gegen den

Faschismus abhalten. Der Nationalfaschismus reicht ebenfalls nicht mehr aus, weil in dem Augenblick, wo nicht nur die Arbeitermassen, sondern auch die kleinbürgerlichen Schichten immer mehr ausgeplündert werden, diese Massen die Frage stellen: Wo bleibt der Kampf gegen den Youngplan, wo bleibt der Kampf für die Enteignung des Finanzkapitals? In dieser Situation, wo nicht nur die Arbeitermassen, sondern auch die Mittelschichten, ja sogar frühere Offiziere der Reichswehr^[21] sehen, daß der Marxismus die einzige Kraft ist, die gegen das Finanzkapital und das Youngsystem kämpft, gehen die Brüning-Diktatur und alle Parteien von Nazis bis SPD den Weg des verschärften Terrors, der verschärften Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse.

In Bayern hat man nicht nur die Demonstrationen, sondern auch die Versammlungen der Arbeiterorganisationen verboten, um die Mobilmachung des werktätigen Volkes gegen den Faschismus zu verhindern. In Berlin hat man den Jugendtag zu Ostern verboten, weil man Angst hat vor der Arbeiterjugend, vor dem wachsenden antifaschistischen Kampfwillen der Jugend, weil die Mucker immer mehr und mehr sogar die christliche Jugend verlieren, da diese zur kommunistischen Jugend übergeht und sich in die antifaschistische Kampffront einreihet.

Das Berliner Proletariat wird sich trotz Demonstrationsverbot nicht mehr die Straße verbieten und nicht durch die sozialdemokratischen Polizeioffiziere und Polizeihorden von der Straße verjagen lassen. (Glocke und Einwurf des Präsidenten Löbe: Herr Abgeordneter Ulbricht, ich bitte, solche Ausdrücke wie Polizeihorden und dergleichen zu vermeiden.)

Ich glaube, es handelt sich hier nicht um die Frage der Terminologie, sondern um die Taten. Wenn es Sozialdemokraten gibt, die der Meinung sind, die Lieferung von Munition durch die Schönfelder Polizei in Hamburg an die Faschisten, die Erschießung von Arbeitern in dem Moment, wo unsere Genossen den von den Faschisten gemeuchelten Kommunisten das letzte Geleit geben, sei nicht polizeilicher Arbeitermord, so sage ich: Wenn das nicht eine direkte Fortsetzung des faschistischen Meuchelmordes ist, dann gibt es überhaupt keinen Meuchelmord.

Das Demonstrationsverbot hat den Zweck, die Arbeiterklasse unmittelbar zu provozieren, um sie niederschlagen. Früher

wäre das vielleicht möglich gewesen. Heute ist die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft so weit gestärkt, daß kein Polizeiterror und keine Verbote die Arbeiter mehr einschüchtern.

Die Furcht des Faschismus vor der Arbeiterklasse kommt am klarsten in den Demonstrationsverboten zum 1. Mai und in der Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag in Braunschweig zum Ausdruck, die der braunschweigische Naziminister Franzen vorbereitet. Der 1. Mai steht in diesem Jahre im Zeichen der Volksaktion gegen den Faschismus, es wird ein Kampfmai gegen den Faschismus werden. Die Herren Franzen und Konsorten haben diese Bedeutung des 1. Mai sehr richtig erkannt, da sie bereits jetzt verlangen, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben wird. Und haben wir nicht in Berlin und anderen Städten ähnliche Maßnahmen unter sozialdemokratischer Führung? Ist es nicht Grzesinski, der in Berlin durch sein allgemeines Demonstrationsverbot den Massenaufmarsch gegen den Faschismus verhindern will? Ist es nicht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der ebenso vor dem Faschismus wie vor den Schlichtungsinstanzen und den Lohnräubereien kapituliert und der propagiert, den 1. Mai auf den 3. Mai zu verlegen, der die Arbeiter auffordert, am 1. Mai zu arbeiten und am 3. Mai abends irgendwelche Kaffeekränzchen durchzuführen?

Was ist denn der Unterschied zwischen dem, was die Franzen und Co. in Braunschweig tun, oder dem Demonstrationsverbot der Grzesinski und Konsorten in Berlin und den Maßnahmen des ADGB zur Verhinderung der Kundgebungen am 1. Mai. Herr Grzesinski scheint es nach den Lorbeeren des Arbeitermörders Zörgiebel zu gelüsten. (Glocke und Ordnungsruf.)

Ich nehme an, daß es gestattet ist, hier festzustellen, daß Herr Zörgiebel seit dem 1. Mai 1929 33 Arbeitermorde auf dem Gewissen hat. (Zweiter Ordnungsruf.)

Ich möchte nur die Tatsache feststellen, daß Herr Grzesinski in ähnlicher Weise wie Herr Zörgiebel den 1. Mai 1931 vorbereitet. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, an diesem 1. Mai mit Hilfe der Polizei verhindern zu können, daß die Arbeiter unter dem roten Banner des Kommunismus marschieren, dann irrt sie sich noch mehr als im vorigen Jahr. Die Antwort der Arbeiter auf die schändlichen Demonstrationsverbote wird die Bildung von Mai-